



Wirksame Wege...

für Familien mit geringem Einkommen
im Braunschweiger Land

...gestalten

Eine Initiative des Diakonischen Werkes der
Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig e.V. und der
Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz

SBK Stiftung
Braunschweiger
Kulturbesitz

Diakonie 

Impressum

Herausgegeben vom Diakonischen Werk der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig e.V.
in Zusammenarbeit mit der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz

Durchführung und Dokumentation der Studie:

GOE – Gesellschaft für Organisation und Entscheidung GbR, Bielefeld

Gesamtgestaltung und redaktionelle Textbearbeitung:

typografix-design GmbH, Braunschweig

Druck und buchbinderische Verarbeitung:

Sigert GmbH Druck- und Medienhaus, Braunschweig

Fotos und Abbildungen:

iStock und fotolia

Braunschweig, im April 2011

© Copyright: Nachdruck, Kopien oder elektronische Vervielfältigungen – auch auszugsweise –
dürfen nur mit Quellenangaben und ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Wirksame Wege...

**für Familien mit geringem Einkommen
im Braunschweiger Land**

...gestalten

**Eine Initiative des Diakonischen
Werkes der Ev.-luth. Landeskirche in
Braunschweig e.V. und der Stiftung
Braunschweigischer Kulturbesitz**



Dr. Lothar Stempin

Vorwort

Wirksame Wege für Familien mit geringem Einkommen

Der Versuch, die soziale Lage im Braunschweiger Land zu erheben und dann aus dieser Sozialberichterstattung noch Handlungsperspektiven formulieren zu wollen, kommt der Quadratur des Kreises nahe.

Die Sicht von Betroffenen und die Sicht der Akteure, die Welt der Zahlen und die konkrete Lebenswirklichkeit von Menschen mit geringem Einkommen werden aufeinander bezogen. Die Systematik der Sozialgesetzbücher und die daraus abgeleiteten Hilfesysteme und die konkrete Lebenssituation von Menschen berühren sich im Originalton von Betroffenen und Akteuren: Familien mit Kindern und geringem Einkommen wurden befragt, Akteure in den Städten und Landkreisen gehört. In einem Beirat haben Wohlfahrtsverbände und Gebietskörperschaften das Projekt begleitet. Durch wissenschaftliche Methoden wurden die Ergebnisse validiert und systematisiert. Die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz und das Diakonische Werk Braunschweig haben diese Studie beauftragt und den Prozess koordiniert.

Kann es gelingen, aus so verschiedenen Blickwinkeln und so unterschiedlichen Rollen zu gemeinsamen Interpretationen und Handlungsperspektiven zu kommen? Wohl kaum, denn die Quadratur des Kreises gilt gemeinhin als unlösbare Aufgabe, weil zwei gegensätzliche geometrische Formen nicht miteinander Freundschaft schließen können. Dennoch kann die hier präsentierte Studie als gelungener Versuch der Lösung dieser Aufgabe gesehen werden. Das Gespräch hat begonnen, gemeinsame Einsichten sind formuliert.

Manche sehen das im Folgenden präsentierte Unterfangen mit dem Verweis auf mathematische Grundregeln

möglicherweise kritischer. So wie die Forderung, sich an der Quadratur des Kreises zu versuchen, als Aufruf zu deuten wäre, die Gesetze der Geometrie zu durchbrechen, so ist dieses interdisziplinäre Projekt ein Weg, die Grenzen der eigenen Handlungsräume und die überkommenen Handlungsmuster zu durchbrechen. Deshalb müssen die Vorbehalte nicht verwundern. Die Befragten haben eingewandt: „Warum soll ich mich beteiligen? Ich bin noch nie befragt worden, was soll das jetzt bringen?“ Die Akteure waren skeptisch: „Wir tun doch schon alles, was möglich ist. Unmöglich können wir uns auf neue Verpflichtungen einlassen.“ Doch diese Grenzüberschreitung schenkt einen bemerkenswerten Erkenntnisgewinn.

Dieser stellte sich ein im Gespräch am Küchentisch bei Familien mit geringem Einkommen, in dem diese ihre Lebenswirklichkeit zur Sprache brachten. Der besondere Wert der Studie ist darin zu sehen, dass Betroffene in diesem Umfang zu Wort gekommen sind, denn „wer nichts sagt, der kann nicht gehört werden“.

Die Akteure sind im Verlauf der Studie vielfach am Konferenztisch zusammengekommen. Ganz oben stand das Interesse an kleinräumiger Wahrnehmung der sozialen Situation in ihrer Gebietskörperschaft, sie wünschten sich zudem eine große Zahl von Befragten aus ihrem Verantwortungsbereich. Der Austausch zeigt, dass die Verantwortlichen insgesamt eine realistische Einschätzung der Situation der an sie gewiesenen Menschen haben.

Bekanntlich lassen sich Kreis und Quadrat annähern, wenn man bereit ist, den Maßstab der Betrachtung zu ändern. Bei genauem Hinsehen, mit dem Blick für das Kleinteilige, stellen sich neue Einsichten ein. Von beson-

derer Bedeutung ist diese Erkenntnis: Die Situation von Familien mit geringem Einkommen ist aus vielen Gründen zugleich schwierig. Es ist nicht allein die Arbeitslosigkeit, nicht allein die Familiensituation, es sind Problembündel.

Etliche Hemmnisse zugleich stehen der gesellschaftlichen Teilhabe im Wege. Mit Besorgnis müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Bildung und Gesundheit Stolpersteine sein können. Insbesondere gesundheitliche Probleme sind in ihrer Tragweite nicht erkannt worden. Das schmerzt, weil damit der Selbstanspruch der bundesdeutschen Gesellschaft, den Zugang zu Bildung und Gesundheit unabhängig vom sozialen Status allen Menschen offen zu halten, nicht vollends eingelöst wird.

Die Wahrnehmung von Problembündeln, die Menschen belasten, korrespondiert mit der Einsicht, dass es nicht die einfache Antwort gibt, warum Menschen über geringes Einkommen verfügen; es gibt auch nicht den einen Grund, aus dem Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt Mühe haben.

Die Quadratur des Kreises gelingt nicht, so sehr man sich auch müht. Bis ins Unendliche kann man die Angleichung des Quadrates an den Kreis fortsetzen, nie werden sie deckungsgleich. Die soziale Aufgabenstellung ist nicht mit einer mathematischen zu verwechseln, aber die Studie führt uns auch die Unabschließbarkeit sozialpolitischer Bemühungen vor Augen.

Die sozialstaatlichen Interventionen, die Sozialgesetzbücher werden immer komplexer, die gewählten Mechanismen immer differenzierter. Die Sozialausgaben steigen scheinbar. Aber die sozialen Beziehungen und die soziale Lage werden nicht automatisch besser. Ganz im

Gegenteil: Armut nimmt nicht ab, sondern zu. Soziale Ausgrenzung scheint subtil wieder auf dem Vormarsch zu sein.

Wir werden der Brüchigkeit unserer Konzepte, der Grenzen unseres Könnens gewahr. Das kann zur Stigmatisierung der anderen führen. Gern wird so geredet: „Menschen suchen die Bequemlichkeit der sozialen Hängematte; sie scheuen die Anstrengung des Neuanfangs. Sie lassen ihre Kinder verwahrlosen, weil ihnen Genuss und Konsum wichtiger sind.“ Doch das einfache Bild schafft nur vordergründig Beruhigung.

Ja, das runde Bild verbreiteter öffentlicher Meinungen über diese Menschen wird durch die hier vorgestellten kantigen Ergebnisse in Frage, möglicherweise auf den Kopf gestellt: Die Frage – „Und wie kommen Sie klar?“ – rechnet mit der Fähigkeit der Menschen in sozialen Schwierigkeiten, ihre Lebenssituation selbst zu steuern. Mit eigener Kraft, mit der Unterstützung von Großfamilie und Freunden kommen sie über die Runden. Die Befragung der Menschen offenbart eine hohe Kompetenz in der Bewältigung schwierigster Lebenslagen.

Wir müssen uns fragen, wie es zu dieser Asymmetrie der Wahrnehmung und Interpretationen kommt. Die öffentlichen Urteile wirken wie implizite Entwertungsakte, die Familien mit geringem Einkommen nicht verborgen bleiben: „Wer wenig hat, der kann auch wenig.“

Aber diese fatale Koppelung von gesellschaftlichem Status und zugetrauter Lebenskompetenz wird in dieser Studie durchschaut. Durch die, die sich zu Wort gemeldet haben. Aber indirekt auch durch die, die resigniert ein Interview abgelehnt haben. Viele Kontakte hat es gegeben, aber nicht in der gleichen Zahl Interviews, „weil

das ja doch nichts bringt!“ Menschen verstummen, sind gefangen in ihrer Situation und schauen nach unten.

Ist das nicht ein dramatischer Ausdruck von unterbrochener Kommunikation, ein Indiz für eine vorangeschrittene gesellschaftliche Versäulung? Hier leben die, die Arbeit und Einkommen in genügendem Maße haben, dort die, die darüber nicht verfügen. Die einen planen ihren sozialen Aufstieg, die anderen durchleben ihre Abstiegs-karriere.

Der Arbeitstitel des Projektes lautet: „Handlungsorientierte Sozialberichterstattung für das Braunschweiger Land“. Die Ergebnisse bestätigen die notwendige Ausrichtung des Vorhabens auf Handlungsperspektiven und Veränderungsansätze. Der Betrachtungsraum des Braunschweiger Landes offenbart eine fundamentale Veränderung in der Verfasstheit der bundesdeutschen Gesellschaft, die neue Antworten erfordert. Wir sehen eine gesellschaftliche Großentwicklung der Aufspaltung der Gesellschaft in Menschen mit geringem und mit hohem Einkommen. Das plakative Bild von der sich öffnenden Schere zwischen Arm und Reich beschreibt den Vorgang gleichwohl zutreffend. Hinzu kommt, dass die sozialen Sicherungssysteme und ihre Interventionsstrategien der Hilfe und des sozialen Ausgleichs dieser Entwicklung nicht gewachsen sind.

Deshalb wird hier der Vorschlag unterbreitet, der Wirkung sozialen Handelns größere Aufmerksamkeit zu schenken. Der Maßstab der Wirkungsorientierung nimmt die sozialen Kosten für ein ganzes Leben, nicht nur für ein Haushaltsjahr einer Gebietskörperschaft oder einer Wohlfahrtseinrichtung, in den Blick. Die Kommunen nehmen ihre soziale Verantwortung sehr ernst, aber sie geraten selbst in eine prekäre Lage, weil ihnen der Lasten-

ausgleich für gesellschaftliche Verwerfungen zugemutet wird, ohne dass die entsprechenden Ressourcen bereitgestellt werden.

Am Beispiel der Gesundheitsprävention wird die Aufgabe deutlich: Wir haben mit vielen Menschen im SGB II – Bezug zu tun, bei denen die Vorsorge für die Gesundheit nicht rechtzeitig und angemessen betrieben worden ist. Sie sind aus gesundheitlichen Gründen aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden. Die Rehabilitationsmaßnahmen werden nicht optimal auf ihre berufliche Wiedereingliederung gerichtet. Und so geraten sie an den Rand. Der Wunsch der befragten Familien, in gesundheitlichen Themen mehr Unterstützung zu bekommen, benennt ein Risikofeld nachhaltiger gesellschaftlicher Desintegration.

Die Quadratur des Kreises ist eine beständige Aufgabe – eine Herausforderung, die Mathematiker seit langem beschäftigt. Wichtig ist aber in dem hier vorgestellten Unterfangen vor allem, jetzt die Weiterarbeit in den Städten und Gemeinden, in den Wohnquartieren, ihren Kirchengemeinden und Vereinen. Die Handlungsoptionen müssen präzisiert werden, damit sie bedarfsgerecht für die jeweilige Region und die darin betroffenen Menschen sind. Der ländliche Raum bedarf dabei besonderer Beachtung.

Aber auch die betroffenen Familien sollten in die Entwicklung wirksamer Hilfen einbezogen werden. Besonders ist denen zu danken, die durch ihre Bereitschaft zum Informieren die Lebenssituation von Familien mit geringem Einkommen vor Augen geführt haben.

In den vergangenen Jahren ist intensiv über das Braunschweiger Land als Region debattiert worden. Dabei haben Gesichtspunkte der Verwaltungsoptimierung und

Wirtschaftsförderung im Vordergrund gestanden. Nach meiner Wahrnehmung haben dabei soziale Fragen eine zu geringe Rolle gespielt. Könnte nicht die Weiterarbeit an den Ergebnissen dieser Studien der Anfang zu Regionbildung auf sozialem Fundament führen? Die Studie fordert geradezu eine regionale Sozialplanung im Braunschweiger Land. Die Gesprächsfäden zwischen den Gebietskörperschaften, den Wohlfahrtsverbänden, der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz sind geknüpft. Die umfänglichen Datenberichte liegen vor, die Empfehlungen zu Handlungsperspektiven nötigen zur Diskussion.



Dr. Lothar Stempin
Direktor des Diakonischen Werkes Braunschweig



**Oberbürgermeister
Dr. Gert Hoffmann**



**Landesbischof
Prof. Dr. Friedrich Weber**

Vorwort

Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz

Alle gesellschaftlichen Gruppen im Auge zu haben, bleibt eines der wichtigsten Ziele der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz, die sich seit dem Jahr 1569 für kirchliche, kulturelle und soziale Projekte sowie Wissenschaft und Forschung im Braunschweiger Land einsetzt. Gesellschaftliche Teilhabe gerade auch denjenigen zu ermöglichen, die weder über die finanziellen Ressourcen noch umfängliche soziale Netzwerke verfügen, stellt eine der großen Herausforderungen für Institutionen dar, die dem Dienst am Gemeinwohl verpflichtet sind.

Im Rahmen der nun vorliegenden „Handlungsorientierten Sozialberichterstattung“ wird der Blick auf einkommensschwache Haushalte mit Kindern gelenkt. Obwohl einige Annahmen aus Wissenschaft und Praxis bestätigt werden konnten, bleibt eine wichtige Erkenntnis, dass das Denken in Stereotypen viel zu häufig den Blick unzulässig verengt. Man tut gut daran, „Althergebrachtes“ immer wieder kritisch zu hinterfragen. Nur so ist es möglich, auf gesellschaftliche Veränderungen adäquat zu reagieren, um auch zukünftig den sich wandelnden Herausforderungen im sozialen Sektor gerecht zu werden.

Die im Rahmen der Studie erarbeiteten, konkreten Handlungsorientierungen werden allen Beteiligten und Interessierten einen guten Anlass für weiterführende Diskussionen und Überlegungen bieten. Und natürlich wird sich die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz an den anschließenden Veränderungsprozessen beteiligen und die eigenen Förderprogramme anpassen und ergänzen.

Dafür, dass die nun vorliegende Berichterstattung auf einem so hohen Niveau durchgeführt werden konnte, gilt unser Dank vielen Beteiligten: Allen voran dem Diakonischen Werk Braunschweig, der GOE, den beteiligten Gebietskörperschaften, den Akteuren des sozialen Sektors und allen Interviewerinnen und Interviewern, deren Engagement dieses Projekt so erst möglich gemacht hat.

Ein ganz besonderer, herausragender Dank aber gilt denjenigen, die sich für Interviews zur Verfügung gestellt haben. Ohne diese Bereitschaft, sich auch im ganz persönlichen Bereich zu öffnen, hätten die heute vorliegenden Erkenntnisse so nicht gewonnen werden können.

Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann
Präsident der
Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz

Landesbischof Prof. Dr. Friedrich Weber
Vizepräsident der
Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz



Niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, Aygül Özkan

Geleitwort

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration

Ich freue mich über die Initiative des Diakonischen Werkes der Ev.-luth. Landeskirche e.V. und der Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz. Auf der Grundlage ihrer Studie „Handlungsorientierte Sozialberichterstattung für das Braunschweiger Land“ ist diese Broschüre entstanden. Sie gibt den Akteuren vor Ort einen Leitfaden an die Hand, wie sie Alleinerziehenden oder Familien mit geringem Einkommen in Zukunft noch besser helfen können. Diesem Ziel fühle ich mich als Niedersächsische Sozialministerin, aber auch persönlich verpflichtet. Mein Haus hat daher gerne im Beirat der Braunschweiger Studie mitgearbeitet, deren Erkenntnisse auch für die Handlungsorientierte Sozialberichterstattung des Landes hilfreich sein können.

Statistische Zahlen zur Armutsentwicklung sind zwar wichtige Anhaltspunkte, geben aber nur bedingt Auskunft über die tatsächliche Lebenssituation und die Bedürfnisse von Eltern und Kindern. Die Verfasser der Braunschweiger Studie haben sich daher nicht auf eine reine Datenanalyse beschränkt. Zentrales Element der Studie ist die Befragung von Haushalten, die nur über ein geringes Einkommen verfügen und in denen minderjährige Kinder leben. Die Befragten haben unter anderem darüber Auskunft gegeben, welches in den vergangenen sechs Monaten ihre größten Probleme waren, wie sie damit umgegangen sind und in welchen Bereichen

sie sich Unterstützung gewünscht hätten. Mehr als 300 Interviews sind auf diese Weise in die Studie eingeflossen, die Erfahrungen und Wünsche der betroffenen Menschen zusammenfasst. Ebenfalls in die Studie sind die Einschätzungen der Akteure vor Ort eingeflossen, die dem Ergebnis der Haushaltsbefragung gegenübergestellt wurden.

Die aus der Datenzusammenstellung, der Haushalts- und Akteursbefragung gewonnenen Erkenntnisse liegen uns jetzt in Form dieser Broschüre vor. Unter dem Titel „Wirksame Wege zur Unterstützung für Familien mit geringem Einkommen im Braunschweiger Land gestalten“ schlägt sie eine Brücke zwischen Analyse und sozialpolitischer Umsetzung. Die Broschüre veröffentlicht wertvolle Erkenntnisse, die uns allen bei unserer gemeinsamen Arbeit zugunsten von Eltern und Kindern in benachteiligten Situationen eine Hilfe sein können. Dafür möchte ich mich bei den Initiatoren und allen Mitarbeitern auf diesem Wege ganz herzlich bedanken.

Aygül Özkan
Niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen,
Familie, Gesundheit und Integration



Walter Werner



Dr. Ingo Gottschalk

Geleitwort

Verein für Sozialplanung e.V.

Sozialplanung ist das Analyse- und Steuerungsinstrument für kommunale Sozialpolitik. Die vom Diakonischen Werk Braunschweig in Auftrag gegebene und von der Gesellschaft für Organisation und Entscheidung (GOE) durchgeführte Studie „Handlungsorientierte Sozialberichterstattung für das Braunschweiger Land“ ist ein Musterbeispiel für eine ausgereifte sozialplanerische Herangehensweise, welche die Lebenswirklichkeit von Familien mit Kindern im Hartz-IV-Bezug und mit geringem Einkommen anschaulich abbildet und mit konkreten Empfehlungen zur Verbesserung ihrer Lebenslagen verknüpft. Das Besondere an dieser Studie ist, dass sie die Deutung der Lebenswirklichkeit aus verschiedenen Perspektiven vornimmt, die kulturellen und sprachlichen Differenzen der Deutungswelt der professionellen Akteure und der Betroffenen selbst sichtbar macht und daraus ganz praktische Empfehlungen im Dialog mit beiden Seiten ableitet.

Der analytische Teil liefert mit seiner methodischen Kombination der Auswertung einschlägiger Sozialdaten zur Einkommens-, Wohn-, Bildungs-, Erwerbs- und Gesundheitssituation, der Befragung von Repräsentanten aus Einrichtungen, mit denen es die Betroffenen ständig zu tun haben, und mehr als 300 Intensiv-Interviews tiefe Einsichten in die alltägliche Lebenswelt von allein und gemeinsam erziehenden Familien mit Kindern und ihre familiären Arrangements zur permanenten Krisen- und Problembewältigung.

Die Vorgehensweise dieser wohl umfangreichsten Studie zur Familien- und Kinderarmut auf kommunaler Ebene in den letzten Jahren ist in mehrfacher Hinsicht einmalig. Einbezogen sind fünf Gebietskörperschaften, die getrennt betrachtet werden können. Beindruckend ist die breite Beteiligung an der Studie. Der Fremdwahrnehmung

durch die „Armutsbahörden“ wird die Selbstwahrnehmung Betroffener gegenübergestellt. Zu den Interviews gibt es einen Kontrollgruppenvergleich mit besser gestellten Familien. In die Empfehlungen sind auch die Ergebnisse der fünf durchgeführten Akteurskonferenzen eingeflossen.

Bemerkenswert sind die Ergebnisse der Studie, die gängige Vorurteile in der Öffentlichkeit, aber auch bei etlichen Profis auf Behörden- und Trägerseite ausräumen. Die einkommensschwachen Familien sind keineswegs „Rabeneltern“, sondern sparen bei ihren Kindern zuletzt, sorgen für sie und wünschen ausdrücklich Unterstützung besonders bei Erziehungs- und schulischen Problemen. Zweifel an der Mittelverwendung zuungunsten der Kinder und ihre Umschichtung in Alkohol und Zigaretten sind weitgehend unbegründet. Sie sind keine „Faulenzer“, die meisten von ihnen gehören zur Gruppe der „working poor“, wollen mehr arbeiten und haben die Hoffnung auf eine besser bezahlte Arbeit nicht aufgegeben. Und trotz ihrer prekären Lage erhoffen sich fast die Hälfte eine Verbesserung ihres Lebensstandards in den kommenden Jahren. Menschen mit Migrationshintergrund haben dabei in vielem eine vergleichbare Einschätzung wie die deutschen Haushalte.

Beachtlich sind auch die in der Studie vorgeschlagenen Empfehlungen. Sie haben einen so konkreten Praxisbezug, dass man sich von Seiten der Verantwortlichen nur ihre baldige Umsetzung wünscht oder zumindest konkrete Schritte dahin. Dazu zählen die Neuausrichtung auf ein lebenslagenbezogenes Hilfesystem, das sich auf „Hilfen aus einer Hand“ umstellt. Die Förderung „Hauswirtschaftlicher Kompetenz“ setzt an dem zentralen Problem der untersuchten Familien an. Zwei Drittel kommen mit dem Geld nicht aus oder es reicht nur für zwei Drittel des

Monats. Verzichtstrategien gehen dabei an die Existenz mit Einschränkungen bei Arztbesuchen, Medikamenten und sogar beim Essen. Nicht weniger sinnvoll sind die vorgeschlagenen Angebote zur „Alltagsbewältigung“ für überforderte und psychisch belastete Familien und zur Stärkung von Familien in Familienzentren und Stadtteiltreffs. Schließlich hat die Handlungsempfehlung „Die Eltern zur Zielgruppe der Vermittlungsarbeit bei den Jobcentern“ zu erheben sogar bundesweiten Aufforderungscharakter. Wenn weit mehr als die Hälfte im letzten Jahr keine Vermittlungshilfen erlebt hat, ist eine familienorientierte Strategie zur Erwerbsintegration und Existenzsicherung auch für die Jobcenter wesentlich wirksamer.

Diese Studie hat in der derzeitigen gesellschaftspolitischen Debatte hohe Aktualität. Sie hat viel Gehalt und verdient eine gehaltvolle Beratung. Allen Beteiligten zollen wir Respekt und wünschen insbesondere für die Betroffenen, dass die Empfehlungen den Weg in die Umsetzung finden.



Walter Werner
Verein für Sozialplanung e.V. (VSOP)



Dr. Ingo Gottschalk,
Verein für Sozialplanung e.V. (VSOP)

Inhaltsverzeichnis

Zum Gebrauch dieser Broschüre	15
Problembündel und ihre Komplexität suchen nach Antworten	16
1 Geht es den Eltern gut, geht es auch der Familie gut.	20
Die Eltern ausdrücklich zur Zielgruppe in der Vermittlungstätigkeit der Jobcenter erheben	
2 Wenn das Geld nicht reicht..	24
Die Kompetenzen im planvollen Umgang mit Geld und in der Haushaltsführung stärken	
3 Ein Alltag, der keiner ist.	30
Wenn Probleme das Bestimmende im Leben werden, ist Unterstützung im Alltag ein Segen	
4 Dazugehören, Vertrauen aufbauen.	34
Soziale Netzwerke ausbauen und stärken – eine sinnvolle Investition	
5 Näher am Menschen sein.	38
Stadtteilorientierte, wohnquartiersbezogene Angebote qualifizieren und ausbauen	
6 Knotenpunkte für ein neues Miteinander.	42
Von Tageseinrichtungen für Kinder zu „Familienzentren“	
7 Höherer Abschluss = bessere Zukunftschancen.	46
Kinder für das Erlangen eines höheren Schulabschlusses fördern	
8 „Ich fühle mich nur noch krank.“	50
Aufmerksamkeit für den Gesundheitsbereich erhöhen und Ressourcen ausbauen	
9 Ärztliche Versorgung – für alle erreichbar.	56
Einrichtung eines mobilen Gesundheitsdienstes im ländlichen Raum	
Wirkung erzielen	60
Verlauf der Studie	64
Zentrale Ergebnisse	70

Zum Gebrauch dieser Broschüre

Liebe Leserin,
lieber Leser,

wenn Sie diese Stelle erreicht und Vorworte sowie Geleit-
texte noch nicht gelesen haben, sollten Sie dies nach-
holen. Es lohnt sich.

Was erwartet Sie im weiteren Verlauf dieser Broschüre?

Im Folgenden werden **neun konkretere Empfehlungen**
formuliert, die einzeln aus den Ergebnissen der Studie
begründet werden.

Diese neun Empfehlungen werden von zwei Abschnitten
eingerahmt, die grundsätzlichere Aussagen beinhalten.
Am Anfang/zuerst wird auf die Vielfältigkeit und **Über-
lagerung von Problemen** verwiesen, die die Familien
belasten. Am Ende wird der Blick auf die **Wirksamkeit** der
Unterstützungs- und Hilfeangebote gerichtet.

Wenn Sie wissen möchten, was die **Basis dieser Studie**
und wie der Aufbau sowie Verlauf waren, lesen Sie das
vorletzte Kapitel.

Zentrale Erkenntnisse der Untersuchung hat die GOE im
letzten Kapitel zusammengefasst.

Die vielfältigen und vielschichtigen Daten aus dem ins-
gesamt mehr als zweijährigen Projekt „Handlungsorien-
tierte Sozialberichterstattung für das Braunschweiger
Land“ sind als **Download** (PDF-Dateien)

DW_Wirksame_Wege_Broschuere

Wirksame_Wege_Sozialdaten_Datenreader

Wirksame_Wege_Haushaltsbefragung_Grundauswertung

Wirksame_Wege_Haushaltsbefragung_Detailauswertung

Wirksame_Wege_Haushaltsbefragung_Auswertung_

freie_Antworten

Wirksame_Wege_Akteursbefragung

auf der Internetseite des Diakonischen Werkes Braun-
schweig, www.diakonie-braunschweig.de, unter „Aktu-
elles“ zu finden.

Ein ganz besonderer Dank gilt all den Frauen und
Männern, die über ihre Situation bereitwillig Auskunft
gegeben haben sowie den engagierten Interviewerinnen
und Interviewern.

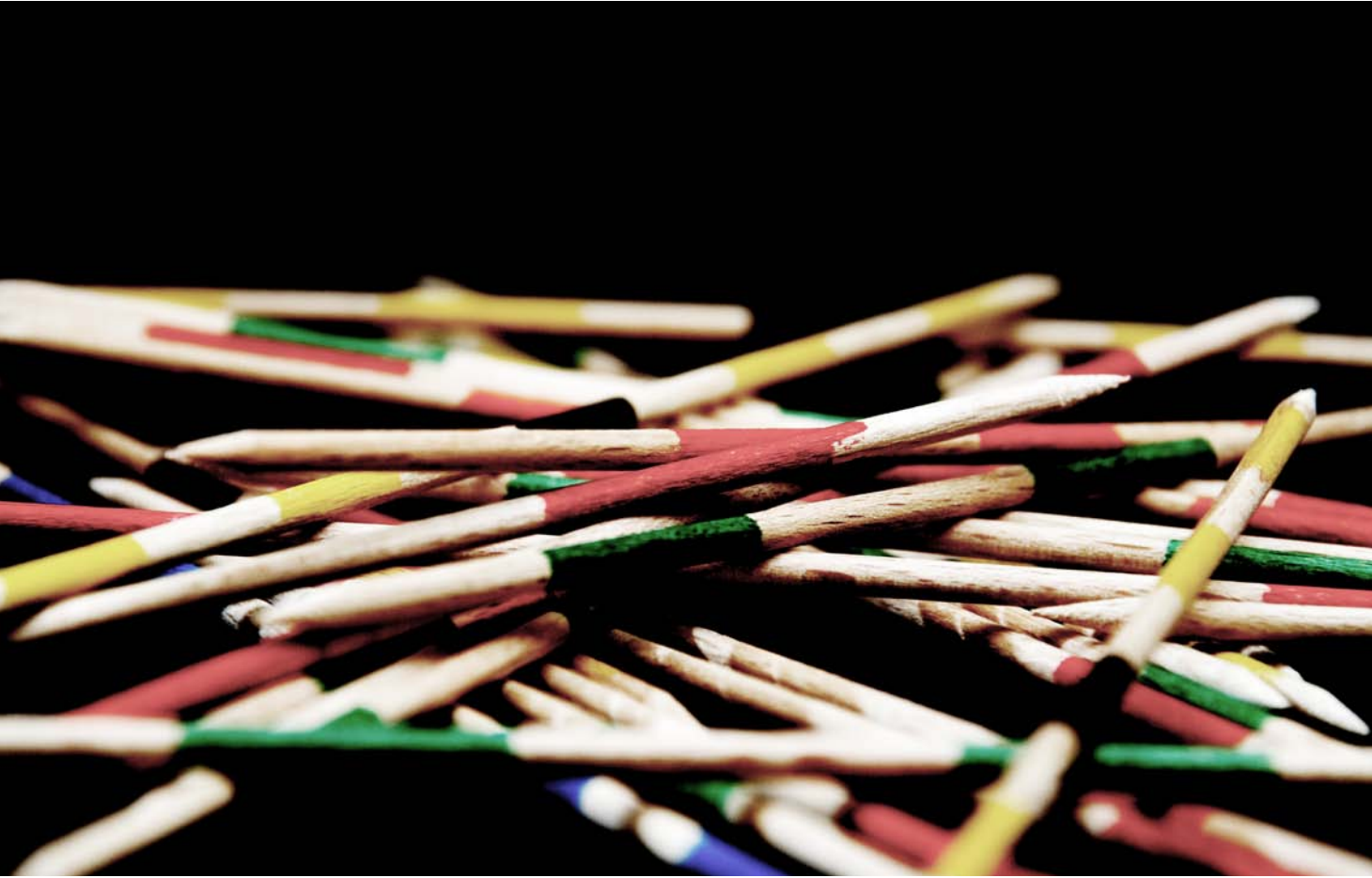
Uwe Söhl

Diakonisches Werk der Ev.-luth.

Landeskirche in Braunschweig e.V.,

Projektkoordination

„Handlungsorientierte Sozialberichterstattung“



Problembündel
und ihre Komplexität
suchen nach Antworten

Die Lebenswirklichkeit von Familien (Haushalten mit minderjährigen Kindern und geringem Einkommen) ist von komplexen und sich überlagernden Problemen gekennzeichnet. Das gilt für Alleinerziehende und gemeinsam Erziehende. Dieses Resümee ist aufgrund der Studie zu ziehen und stellt ein wesentliches Charakteristikum der sozialen Lage im Braunschweiger Land dar. Das Hilfesystem bietet hierauf bisher keine wirksame Antwort.

Deshalb wird diese generelle Einsicht durch die folgenden neun Empfehlungen konkretisiert, die darauf zielen, eine verbesserte Wirkung sozialer Interventionen zu erreichen. Es ist erforderlich, die Problembereiche bei den betroffenen Familien nicht einzeln, sondern in Gänze als „Problembündel“ zu betrachten. Dementsprechend sind Unterstützungen und Hilfen interdisziplinär als „Paket aus einer Hand“ zu erbringen.

Ausgangspunkt

Haushalte mit minderjährigen Kindern und geringem Einkommen wurden in einem offenen Antwortformat (ohne vorgegebene Antwortkategorien) gefragt, was in den letzten sechs Monaten vor dem Interview ihre größten Probleme waren.

Das Ergebnis: 97,4 % der Haushalte hatten in den sechs Monaten vor der Befragung größere Probleme zu bewältigen. Nur 2,6 % der Befragten sagten aus, dass sie in diesem Zeitraum keine größeren Probleme hatten.

AUSSAGEN VON BETROFFENEN (1):

„Nähmaschine kaputtgegangen, dann Kaffeemaschine, dann qualmte Steckdose. Einlieferung ins Krankenhaus, toxische Lebervergiftung durch Haarpflegemittel. Wegen Medikamenteneinnahme kein Auto mehr fahren. Verkauf des Autos. Mittlere Tochter weggelassen, mit Polizei suchen lassen, Stress...“

AUSSAGEN VON BETROFFENEN (2):

„Der Vater hat sein Gehalt reduziert, weil er an mich keinen Ehegattenunterhalt zahlen möchte. Kinder möchten mehr Kontakt zum Vater, Stress, weil er nicht will. Studiumsfinanzierung ist nicht sicher. Seit zwei Wochen trage ich 24h am Tag die volle Verantwortung für die Kinder. Keine Freizeit mehr, Kinder wollen Weihnachten zu ihren Großeltern (Ungarn). Bekommen aber momentan keinen Pass (weil Kindervater abgehauen ist).“

Die berichteten Probleme konnten insgesamt in elf verschiedene Problembereiche eingeteilt werden, aus denen sich wiederum 86 unterschiedliche Kombinationen herausfiltern lassen.

Auswertung

In der folgenden Abbildung ist dargestellt, in welcher Häufigkeit und Vielzahl Probleme auftauchen. Mit 35,4 % dominieren die Problem-Triaden, eine Kombination, in

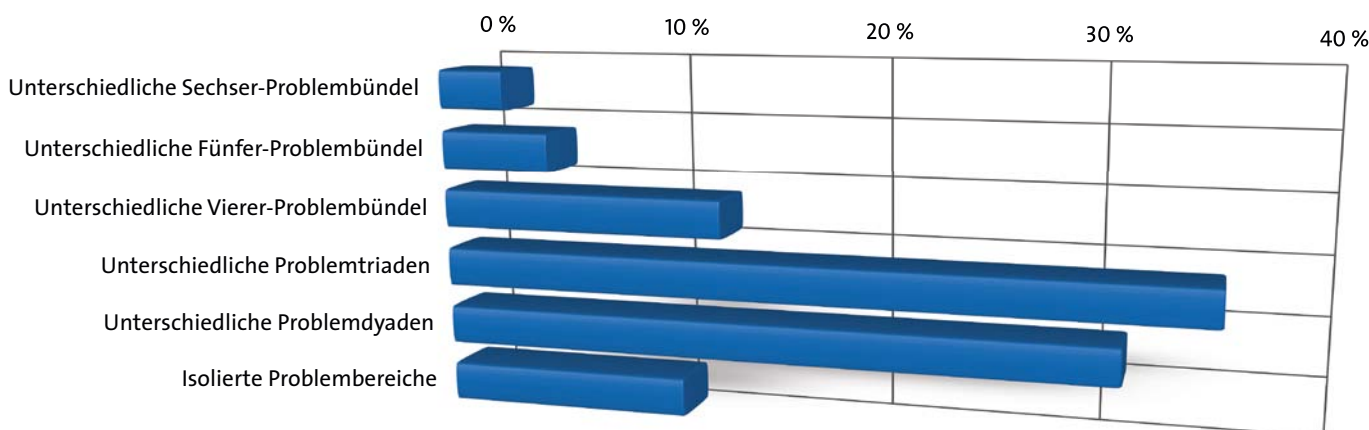


Abbildung: Anteil unterschiedlicher Problem-Kombinationen in Prozent/Haushaltsbefragung (n=303)

Problembündel und ihre Komplexität suchen nach Antworten

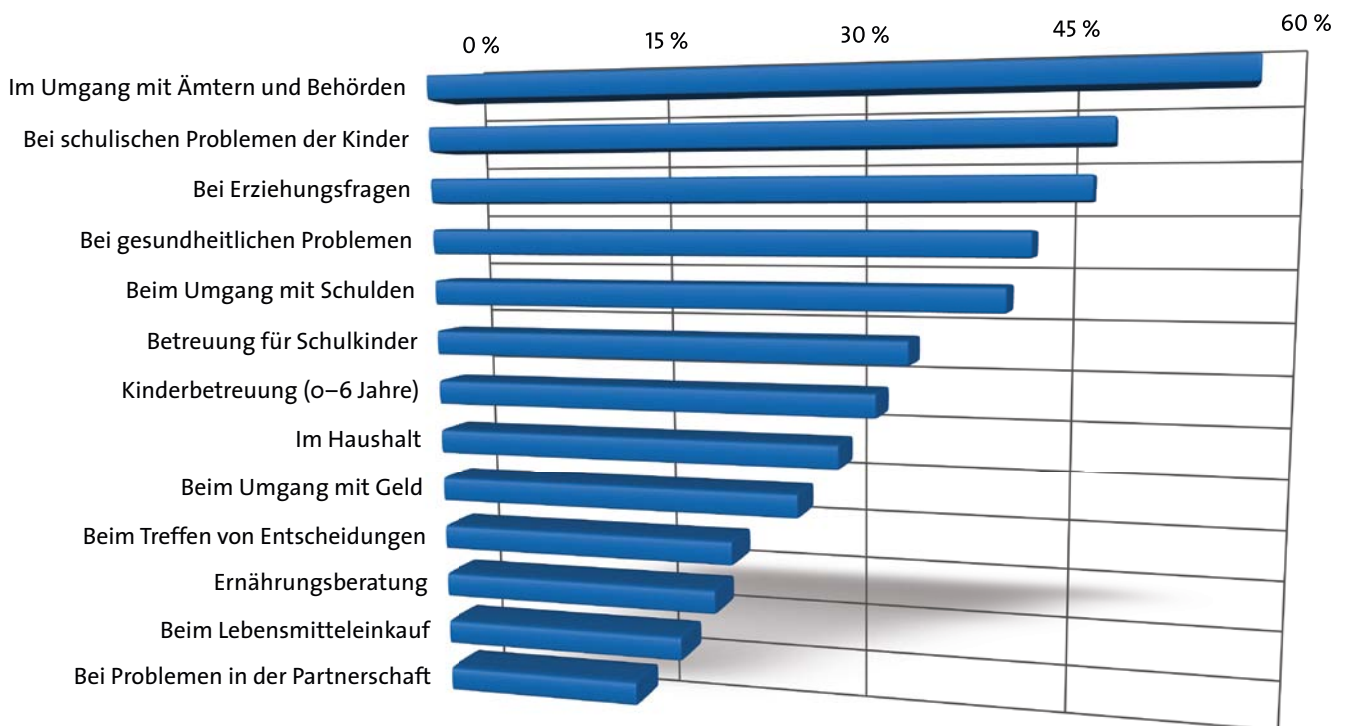


Abbildung: Bereiche, in denen (weitere) Unterstützung gewünscht wird/Haushaltsbefragung (n=311)

der gleichzeitig drei unterschiedliche Probleme auftreten. Über 57 % der Haushalte berichten, dass mindestens drei „große Probleme“ in den sechs Monaten vor der Befragung aufgetreten sind. Fast immer ist das Thema „Finanzen“ ein Teil der unterschiedlichen Problembündel. Weil Haushalte mit geringem Einkommen befragt wurden, verwundert dies nicht.

Neben dem Problem „Finanzen“ tritt am häufigsten das Thema „Gesundheit“ als weiteres Problem auf. 20,8 % der Interviewten nannten mindestens diese beiden Probleme nebeneinander.

Neben den „größten Problemen“ wurden Familien im Braunschweiger Land danach gefragt, in welchen Bereichen sie sich eine (weitere) Unterstützung wünschen. Dabei waren verschiedene Antwortkategorien vorgegeben.

Besonders ausgeprägt ist der Wunsch nach Unterstützung im Umgang mit Ämtern und Behörden (56,6 %). Die geschilderten Problembündel erfordern von den Betroffenen, dass sie gleichzeitig für die jeweiligen Ein-

zelprobleme mit ganz unterschiedlichen Institutionen in Kontakt treten müssen. Dies wird häufig als zusätzliches Problem erlebt.

Unterstützung bei „schulischen Problemen der Kinder“ wünschen sich 47,9 % der befragten Familien, bei „Erziehungsfragen“ 46,6 %. Schon an vierter Stelle folgt der Wunsch nach Unterstützung bei gesundheitlichen Problemen mit über 40 %.

Bei Haushalten, die auf Leistungen nach dem SGB II („Hartz IV“) angewiesen sind, ist der Anteil derjenigen, die Unterstützung beim Umgang mit Ämtern und Behörden wünschen, mit etwa 60 % noch höher als in der Gesamtgruppe.

Wie oben erwähnt berichten über 57 % der befragten Familien im Braunschweiger Land, dass in den letzten sechs Monaten vor dem Interview drei oder mehr große Probleme auftraten. Bei der korrespondierenden Frage nach dem Unterstützungsbedarf nannten ebenfalls 57,3 % mindestens drei Bereiche (von dreizehn möglichen Bereichen).

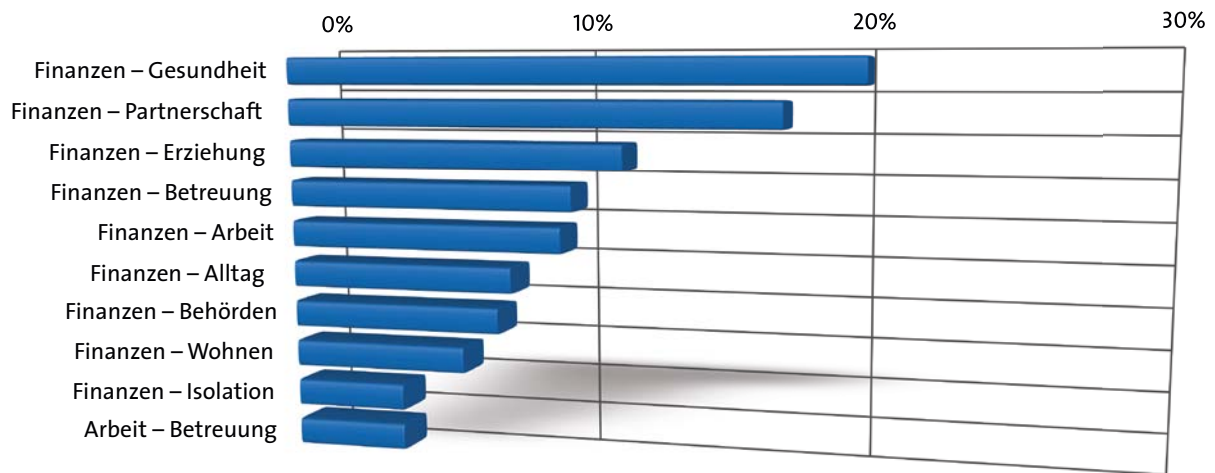


Abbildung: Zentrale „Problem-Paare“/Haushaltsbefragung (n=235)

FAZIT

Der Vielfältigkeit und Bündelung der Probleme stehen Hilfeangebote gegenüber, die sich überwiegend entlang der Sozialleistungen und der Sozialgesetze (Jugendhilfe, Grundsicherung für Arbeitsuchende, Sozialhilfe, Wohngeld etc.) organisieren. Die Gesamtsituation und den Gesamtumfang des Hilfebedarfs zu erfassen, wird dadurch nicht erleichtert.

Aus unserer Sicht ist es erforderlich, Hilfen und Unterstützungsangebote miteinander verzahnt und interdisziplinär als „Paket aus einer Hand“ zu organisieren. Sicherlich ist hierfür auch eine veränderte Wahrnehmung und Haltung der Akteure gegenüber den Familien mit geringem Einkommen erforderlich.

Vor Ort muss analysiert und erörtert werden, inwieweit dies schon wirksam geschieht oder noch weiter entwickelt werden muss.

Eine Einbeziehung betroffener Haushalte ist hierfür sicherlich hilfreich.

1



Geht es den Eltern gut,
geht es auch der
Familie gut.

Die Eltern ausdrücklich
zur Zielgruppe in der
Vermittlungstätigkeit der
Jobcenter erheben

Bisher sind z.B. unter 25-jährige Erwerbslose, Alleinerziehende explizite Zielgruppe in der Tätigkeit der Jobcenter. Eltern sollten ausdrücklich Zielgruppe in der Vermittlungstätigkeit werden, da Beschäftigung und ein auskömmliches sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis positiv auf die ganze Familie und damit auch auf die Kinder ausstrahlen. Eine bestimmte Quote der Gelder aus dem sogenannten Eingliederungstitel ist hierfür festzulegen.

Ausgangspunkt

Ein Fünftel der Befragten (20,7 %) gab an, dass in den letzten zwölf Monaten jemand versucht habe, ihnen oder anderen Haushaltsmitgliedern bei der Beendigung der Arbeitslosigkeit oder beim Ausstieg aus dem ALG II-Bezug („Hartz IV“) zu helfen*. Mehr als die Hälfte (53,4 %) der Interviewten hat diese Frage verneint. Sie haben in den letzten 12 Monaten vor dem Interview keine Unterstützung bei der Beendigung der Arbeitslosigkeit erlebt. Knapp ein Viertel (23,1 %) hat zu dieser Frage keine Angaben gemacht.

Von den 20,7% der Befragten, die eine Hilfe bei der Beendigung der Arbeitslosigkeit erfahren haben, gaben 60 % an, dass sie diese Unterstützung durch die Agentur für Arbeit oder durch das Jobcenter (früher ARGE) erhalten haben.

Der Bezug von SGB II-Leistungen ist nicht immer durch Erwerbslosigkeit verursacht. Häufig erzwingt ein zu geringes Erwerbseinkommen die Beantragung staatlicher Fürsorgeleistungen. Dies gilt insbesondere für Familien. 37,7 % der Haushalte mit minderjährigen Kindern, die ALG II erhalten, hatten im Dezember 2009 ein zu geringes Erwerbseinkommen. Bei Paaren mit minderjährigen Kindern lag der Anteil bei 47,3 %. Sie benötigen ergänzend staatliche Leistungen, um den Lebensunterhalt zu decken. Die Tendenz ist steigend. Hinzuzurechnen wären eigentlich noch die Familien, die den Kinderzuschlag erhalten, weil das Erwerbseinkommen zu gering ist. Die Daten liegen leider nicht auf Ebene der Landkreise oder kreisfreien Städte vor. Bei Alleinstehenden (16,1 %) und Paar-Haushalten ohne Kinder (40,5 %) ist der Anteil geringer.

“
Ich bin gar nicht
arbeitslos und muss
Hartz IV beziehen.”

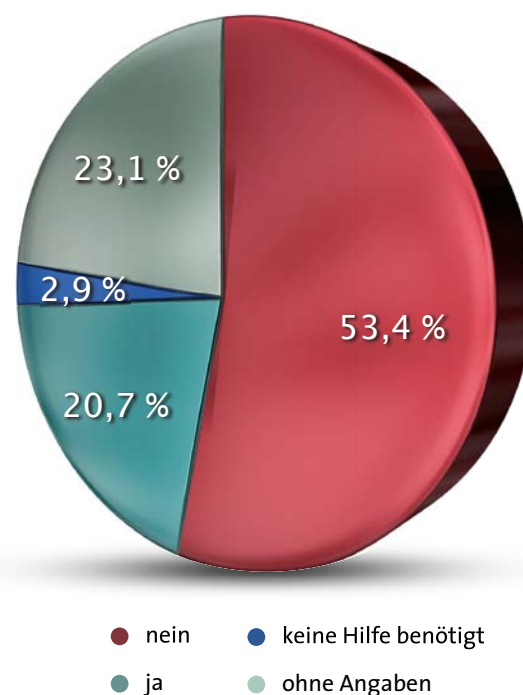


Abbildung: Erfahrene Hilfe beim Ausstieg aus der Arbeitslosigkeit/Haushaltsbefragung (BezieherInnen von ALG I und ALG II, n=208)

* Die Frage lautete: „Hat jemand in den letzten 12 Monaten versucht, Ihnen oder anderen Haushaltsmitgliedern beim Ausstieg aus der Arbeitslosigkeit, aus dem Bezug von ALG II zu helfen?“. Zur besseren Lesbarkeit wird im Text die Frage nicht immer in voller Länge wiedergegeben, sondern teilweise auf den Ausstieg aus der Arbeitslosigkeit bzw. auf deren Beendigung begrenzt.

Die Eltern ausdrücklich zur Zielgruppe in der Vermittlungstätigkeit der Jobcenter erheben

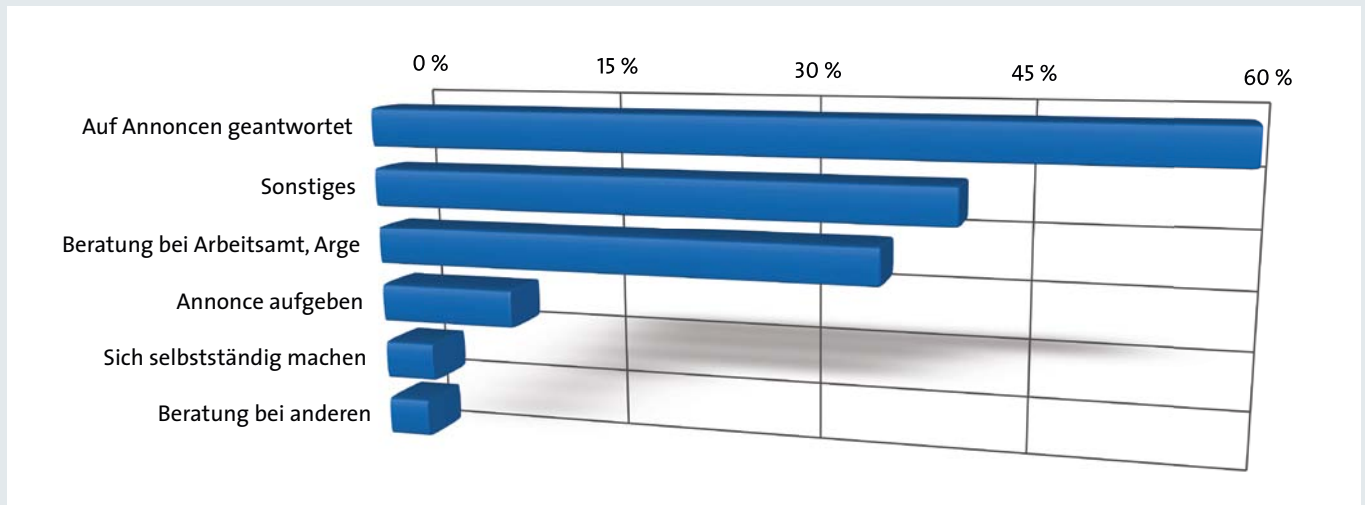


Abbildung: Versuche durch Eigeninitiative Arbeit zu finden/Haushaltsbefragung (nur Personen, die versuchten, Arbeit zu finden, n=161)

Die obere Abbildung verdeutlicht die hohe Eigeninitiative bei der Suche nach einem Arbeitsplatz. Dieser Sachverhalt ist auch aus anderen Studien bekannt.

Sechs von zehn Befragten (59,0 %), die sich um eine neue Anstellung bemühen, antworteten auf Annoncen und vier von zehn (41,0 %) gaben „sonstige“ Aktivitäten an. In der Regel waren dies Versuche, über das Internet eine

neue Stelle zu finden. Nur gut ein Drittel der befragten Personen gab an, eine Beratung bei der Bundesagentur für Arbeit/JobCenter als Weg für die Suche nach einem Arbeitsplatz zu nutzen.

Familien im Braunschweiger Land wurden auch gefragt, was hilfreich wäre, um (wieder) erwerbstätig zu sein. Mehr als die Hälfte sagte, ein Auto sei hilfreich, um

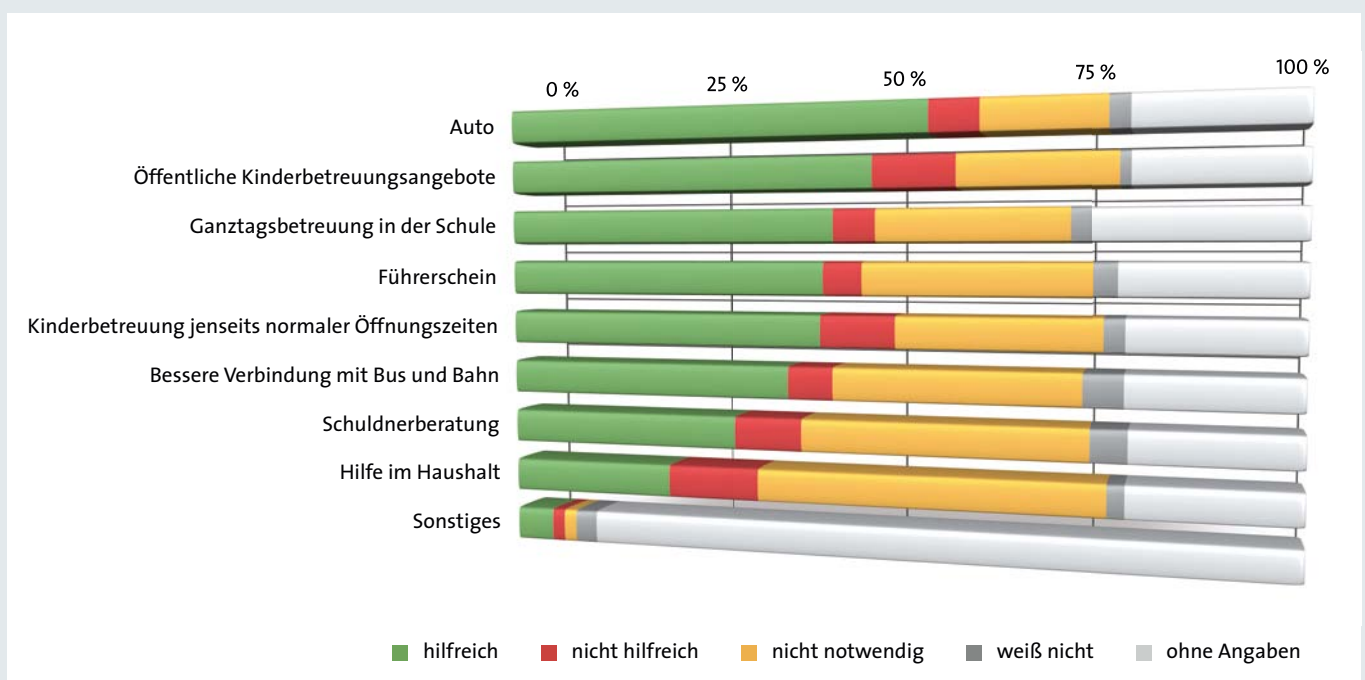


Abbildung: Wie hilfreich wäre Folgendes, um (wieder) erwerbstätig zu sein?/Haushaltsbefragung (BezieherInnen von ALG I und ALG II, n=240)

1

wieder erwerbstätig sein zu können. An vierter Stelle mit über 40 % wurde der Führerschein genannt. Auf Rang zwei und drei lagen die Faktoren „öffentliche Kinderbetreuungsangebote“ und „Ganztagsbetreuung in der Schule“.

Fazit

Familien mit geringem Einkommen zeigen eine hohe Eigeninitiative, um einen Arbeitsplatz zu finden. Mehr als die Hälfte hat jedoch den Eindruck, keine Hilfe bei der Beendigung der Arbeitslosigkeit oder bei dem Ausstieg aus dem Bezug von ALG II (Hartz IV) zu erhalten.

Vier von zehn Familien im Braunschweiger Land, die auf ALG II angewiesen sind, müssen diese staatliche Fürsorgeleistung beantragen, weil das Erwerbseinkommen zur Deckung des Lebensunterhalts nicht reicht.

Die Mobilität unabhängig vom öffentlichen Personennahverkehr, also das Vorhandensein von Auto und Führerschein, wird von den Familien als zentraler Punkt gesehen, um wieder erwerbstätig sein zu können – neben der Frage der gesicherten Kinderbetreuung.

EMPFEHLUNG

Eltern sollten ausdrücklich Zielgruppe in der Vermittlungstätigkeit werden. Nicht nur die Situation einer Person gilt es zu verändern, sondern der gesamte Haushalt ist in den Blick zu nehmen. Beschäftigung und ein auskömmliches sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis stärken die Familie und verbessern damit insbesondere die Chancen der Kinder. Eine bestimmte Quote der Gelder aus dem sogenannten Eingliederungstitel ist für die Zielgruppe Eltern festzulegen.

Für die Schaffung der notwendigen Mobilität könnte ein Car-Sharing-Projekt entwickelt werden. Die TU Braunschweig und die Hochschule Ostfalia haben die erforderliche Kompetenz, um ein intelligentes, praktisches Nutzungskonzept zu entwickeln. Mobilität ist ein zentrales Thema von Wirtschaft und Wissenschaft in der Region. Diejenigen, die am Rande stehen, dürfen dabei nicht vollends aus dem Blick geraten.

2



Wenn das Geld nicht reicht...

Die Kompetenzen im
planvollen Umgang
mit Geld und in der
Haushaltsführung
stärken

Das Haushalten mit wenig Einkommen ist eine Kunst und erfordert gutes Planungsvermögen, Disziplin, Kenntnisse und Durchsetzungsvermögen. Dies gilt es zu fördern.

Die weiterhin aktuelle und dringliche Forderung der Diakonie nach bedarfsdeckender Ausgestaltung der Regelsätze, insbesondere für Familien, soll hier nicht im Mittelpunkt stehen.

AUSSAGEN VON BETROFFENEN:

„Der versprochene Überbrückungskredit für ein Auto war von der Arge doch nicht gewährt worden. Aufgrund der Zusage hat der Ehemann über eine Zeitarbeitsfirma einen Minijob in Braunschweig angenommen. Beinahe der ganze Zuverdienst geht für Fahrtkosten und Unterhalt (Steuer und Versicherung) des PKWs weg. Daher konnten Nachzahlungen an den Energieversorger und Telefon nicht bezahlt werden.“

Ausgangspunkt

Die finanzielle Situation gehört fast immer zu den zentralen Problemen der befragten Familien im Braunschweiger Land. Das ergab die offene Frage nach den größten Problemen der vergangenen sechs Monate vor dem Interview.

Um der Frage nachzugehen, ob das Haushaltseinkommen der Interviewten für die Deckung ihrer laufenden Kosten ausreicht, dienen die Antworten zu den folgenden drei Fragen :

- Anzahl der Monate im letzten halben Jahr, in denen vor der nächsten Geldzahlung kein Geld mehr da war
- Anzahl der Tage, für die das monatliche Geld normalerweise ausreichte
- Vorhandensein ausreichender Lebensmittel, wenn das Geld nicht reichte*

Auswertung

Der Auswertung liegen die Angaben von insgesamt 305 Haushalten zugrunde. Dabei zeigt sich, dass nahezu zwei Drittel der Haushalte ihren laufenden Bedarf nicht mit dem verfügbaren Einkommen decken können. Bei mehr als sechs von zehn Haushalten (62,7 %)

Die Arge beteiligt sich finanziell zwar an Klassenfahrten, die Anschaffung eines Laptops für die Schule wurde jedoch abgelehnt.

* Dabei wurde die folgende Entscheidungsregel verwendet: Es wird davon ausgegangen, dass das Haushaltseinkommen zur Deckung des laufenden Bedarfs nicht ausreicht, wenn eines der folgenden Kriterien zutrifft:

1. In fünf oder sechs Monaten im vergangenen halben Jahr kam es vor, dass vor der nächsten Geldzahlung kein Geld mehr da war.
2. Der Haushalt kam in den letzten sechs Monaten normalerweise 21 Tage oder weniger pro Monat mit dem verfügbaren Haushaltseinkommen aus.
3. Es kam häufig vor, dass zum Monatsende nicht mehr genug Lebensmittel im Haus waren.

Oder wenn mindestens zwei der folgenden Kriterien zutreffen:

1. In drei oder vier Monaten im vergangenen halben Jahr kam es vor, dass vor der nächsten Geldzahlung kein Geld mehr da war.
2. Der Haushalt kam in den letzten sechs Monaten normalerweise 26 Tage oder weniger pro Monat mit dem verfügbaren Haushaltseinkommen aus.
3. Es kam manchmal oder selten vor, dass zum Monatsende nicht mehr genug Lebensmittel im Haus waren.

Die Kompetenzen im planvollen Umgang mit Geld und in der Haushaltsführung stärken

Strategie	Pauschalierungsstudie 2003	Studie „Braunschweiger Land“ 2011	Prozentualer Zuwachs
Kaufeinschränkungen	29,0 %	84,9 %	192,7 %
Kaufverzicht	20,0 %	81,3 %	306,5 %
Leihen von Geld bei Verwandten	22,0 %	54,8 %	149,0 %
Überziehen des eigenen Kontos	12,0 %	27,2 %	126,7 %
Leihen von Geld bei Freunden	11,0 %	33,8 %	207,3 %
Zahlungsverpflichtungen nicht geleistet	4,0 %	29,8 %	645,0 %
Hungern	4,5 %	21,0 %	366,7 %

Tabelle: Angewandte Strategien, wenn das Einkommen nicht reicht – Vergleich zwischen „Pauschalierungsstudie“ und Studie „Braunschweiger Land“

reichte das Haushaltseinkommen nicht aus. Nur gut ein Drittel der Befragten (35,4 %) gaben an, dass sie mit ihrem Geld die nötigen Kosten decken.

Bei den Familien, die auf Leistungen nach dem SGB II („Hartz IV“) angewiesen sind, sind es 67,8 %, die ihren laufenden Bedarf nicht mit dem verfügbaren Einkommen decken können.

An dieser Stelle lohnt sich ein Vergleich mit einer Studie, die in den Jahren 2001 bis 2003 im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit* im Landkreis Wolfenbüttel durchgeführt wurde. Dabei befragte die Gesellschaft für Organisation und Entscheidung (GOE) wiederholt Haushalte, die Sozialhilfe bezogen.

In dieser Studie („Pauschalierungsstudie“; siehe Tabelle oben) wurden dieselben Fragen gestellt wie in der aktuellen Untersuchung. Das damalige Ergebnis zeigte, dass bei 65,1 % der Haushalte mit Kindern die pauschalierte Sozialhilfe zur Deckung des laufenden Bedarfs reichte. Dem gegenüber standen 34,9 %, bei denen dies nicht der Fall war.

Das Ergebnis der aktuellen Untersuchung zeigt eine gravierende Veränderung. Der Anteil der Haushalte, bei denen das Einkommen den monatlichen Bedarf nicht deckt, hat sich nahezu verdoppelt.

Es wurde auch danach gefragt, welche Strategien die Haushalte verfolgen, wie sie sich verhalten, wenn das

* Anlass der Studie war die 1999 vom Bundestag eingeführte Experimentierklausel nach § 101a Bundessozialhilfegesetz (BSHG). Diese Regelung ermächtigte Landkreise und kreisfreie Städte die Pauschalierung von Sozialhilfeleistungen, also die pauschale Abgeltung einmaliger Beihilfen im Regelsatz, zu erproben. Die Pauschalierung einmaliger Beihilfen wurde dann mit der Einführung des SGB II im Jahr 2005 bundesweit umgesetzt. An der Studie haben insgesamt 120 Haushalte teilgenommen, davon 74 Haushalte mit minderjährigen Kindern. Der Datenbericht zu der Studie findet sich unter dem Titel „Modellprojekt zur pauschalierten Sozialhilfe“ (218 Seiten, 8,360 KB) auf der Internetseite des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit – www.ms.niedersachsen.de – unter Service/Publicationen.

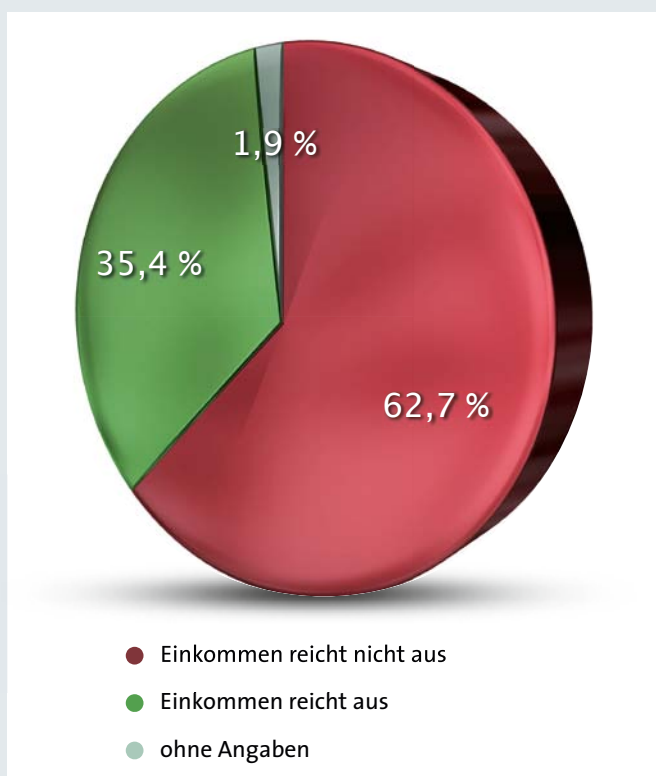


Abbildung: Reicht das Haushaltseinkommen zur Deckung des laufenden Bedarfs/Haushaltsbefragung (n=311)

2

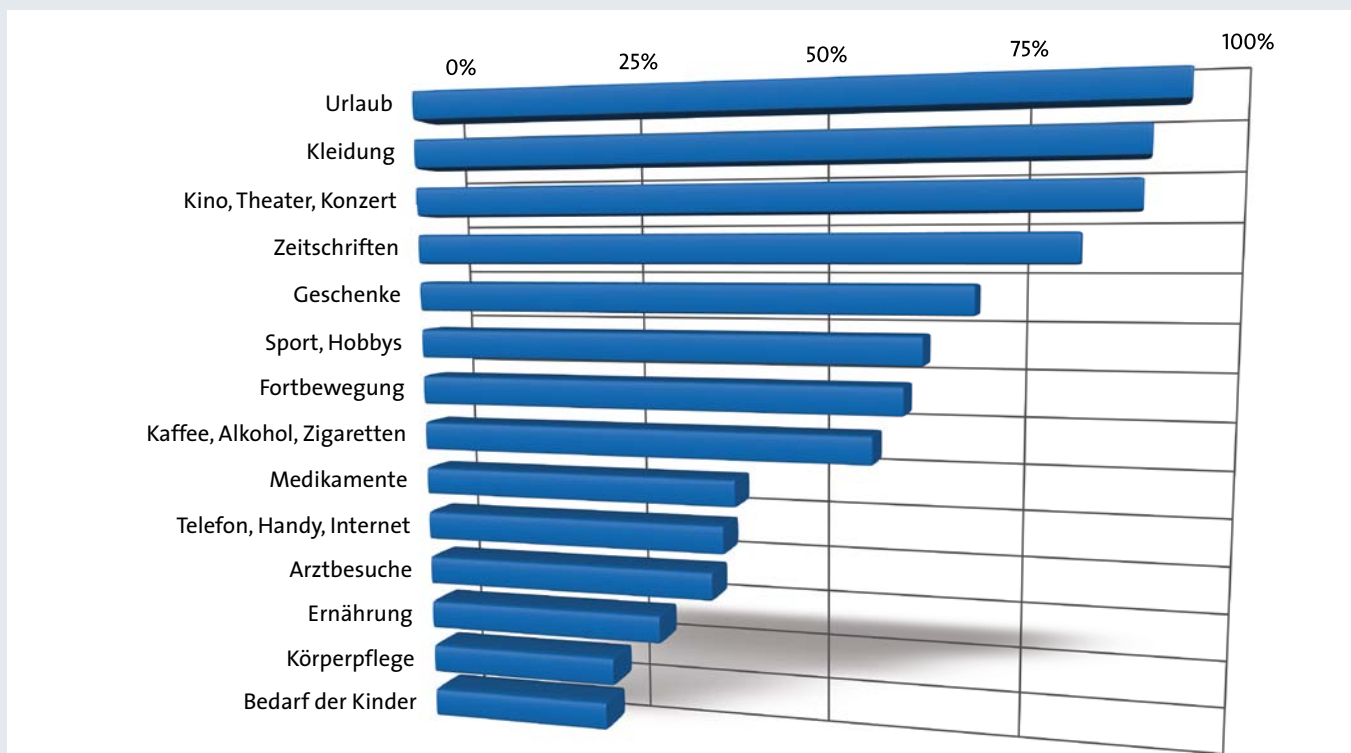


Abbildung: Auf was wurde verzichtet, wenn das Geld nicht reicht? (Haushaltsbefragung n=272)

Einkommen zur Deckung des Bedarfs nicht reicht. In der „Pauschalierungsstudie“ 2003 wurden die gleichen Fragen gestellt. Ein Vergleich zeigt deutliche Veränderungen.

Alle Strategien kommen wesentlich häufiger zum Einsatz als acht Jahre zuvor bei der „Pauschalierungsstudie“. Den prozentual größten Zuwachs gab es bei der Strategie „Zahlungsverpflichtungen nicht geleistet“ und den zweitgrößten Zuwachs bei der Strategie „gehungert“, sich nicht satt gegessen.

Vier von zehn Befragten schränken sich bei Medikamenten (41,2 %) und bei Arztbesuchen (38,2 %) ein. Fast

genauso viele reduzieren im Falle von Geldmangel den Gebrauch von Telefon, Handy und Internet (39,7 %). Knapp ein Drittel gab an, sich bei der Ernährung einzuschränken (31,3 %), falls das Geld nicht reicht. Genau ein Viertel reduziert die Ausgaben für Körperpflege-Artikel (25,0 %). Die wenigsten, aber immerhin noch 24 % der befragten Haushalte, gaben an, dass sie an dem Bedarf der Kinder sparen, wenn das Geld nicht reicht.

Werden die „Strategien bei Geldmangel“ ausschließlich bei den Haushalten betrachtet, die mit dem Einkommen ihren Bedarf nicht decken können, zeigt sich folgendes: Sie leihen sich häufiger Geld, überziehen häufiger das

Strategien	Haushaltseinkommen reicht nicht	Haushaltseinkommen reicht
Geld von Verwandten leihen (n=147)	67,3 %	32,7 %
Geld von Freunden leihen (n=90)	70,0 %	30,0 %
Konto überzogen (n=73)	67,1 %	32,9 %
Zahlungsverpflichtungen nicht geleistet (n=80)	78,7 %	21,3 %

Tabelle: Auskommen mit den finanziellen Mitteln und angewendete Strategien, wenn das vorhandene Geld nicht reicht

Konto oder leisten häufiger ihre Zahlungsverpflichtungen nicht. Die finanzielle Situation dieser Haushalte verschärft sich damit für die Zukunft zusätzlich. Wie oben erwähnt, „hungern“ 21,0 % der befragten Familien im Braunschweiger Land, wenn das Einkommen nicht reicht – sie essen sich nicht satt.

Im Zusammenhang mit der Frage, ob das Haushaltseinkommen zur Deckung des laufenden Bedarfs ausreicht, wurde eine Faktorenanalyse durchgeführt. Ein Ergebnis dieses Vergleichs zeigt, dass Haushalte, bei denen das Einkommen nicht reicht, sich eher Unterstützung im „Umgang mit Geld“ und bei ihren „gesundheitlichen Problemen“ wünschen als in anderen Bereichen.

Fazit

Für zwei Drittel der Befragten im Braunschweiger Land gilt, dass sie mit ihrem Einkommen nicht zurechtkommen. Die effektivste Maßnahme zur Veränderung dieser Situation ist sicherlich eine Erhöhung des Haushaltseinkommens. Dies könnte entweder durch ein ausreichendes Arbeitseinkommen oder durch eine bedarfsdeckende Ausgestaltung der Regelsätze erfolgen. Eine durchgreifende Änderung in dieser Richtung ist jedoch nicht absehbar.

EMPFEHLUNG

Ein Angebot Budgetberatung und Haushaltsführung (Haushaltskompetenzberatung) ist deshalb empfehlenswert. Es sollte alle relevanten Aspekte zu einem „Paket aus einer Hand“ bündeln.

Zu dem Angebot gehören aus unserer Sicht mindestens folgende Komponenten:

- Einkommensberatung – Überprüfung von Leistungsansprüchen wie Wohngeld, Kinderzuschlag etc.; Information und Erschließung von Ermäßigungen (z.B. GEZ)
- Unterstützung beim Erstellen entsprechender Anträge
- Einrichten eines Treuhandkontos – auf Wunsch der Betroffenen
- Kontoführungsmanagement
- Schuldenregulierung
- Einkaufsmanagement
- Ernährungsberatung
- Aufklärung über kostenlose Angebote und Leistungen im Gesundheitsbereich.

Eine verbindliche, enge Zusammenarbeit mit der Schuldnerberatung und die Schaffung zeitnaher Beratungsmöglichkeiten sind erforderlich.

Vor Ort muss analysiert und erörtert werden, inwieweit all dies schon wirksam geschieht oder noch weiter entwickelt werden muss, wo dieses Angebot sinnvoll angesiedelt wird. Eine Einbeziehung betroffener Haushalte ist hierfür sicherlich hilfreich.

Das Angebot Geldberatung und Haushaltsführung richtet sich selbstverständlich nicht nur an Haushalte mit geringem Einkommen: Es steht natürlich allen Interessierten offen.

2



3



Ein Alltag,
der keiner

ist. Wenn Probleme
das Bestimmende
im Leben werden, ist
Unterstützung im
Alltag ein Segen

Das Leben von Familien mit geringem Einkommen und minderjährigen Kindern wird oftmals von vielfältigen sich überlagernden Problemen bestimmt: Deshalb ist es sinnvoll, ein Angebot „Alltagsbewältigung“ einzurichten. Im Rahmen dieses Angebotes gilt es, Haushalte mit „Problembündeln“ oder einer hohen psychischen Belastung wirksam bei der Alltagsbewältigung zu unterstützen. Der Aufbau und die Pflege einer Informationsdatenbank über vorhandene Möglichkeiten materieller Unterstützung sowie Angebote der Beratung und Betreuung sind eine wichtige Ergänzung.

Ausgangspunkt

Die Situation der Haushalte mit minderjährigen Kindern und geringem Einkommen ist überwiegend geprägt von einer Kombination aus unterschiedlichen Problembereichen. So nannten 88 % der Befragten mindestens zwei Probleme, die in den vergangenen sechs Monaten vor dem Interview auftraten. Ein Bündel von mindestens drei unterschiedlichen Problembereichen nannten über 57 % der befragten Haushalte im Braunschweiger Land.

Genannt wurden dabei u.a. folgende Problembereiche:

- finanzielle Probleme
- gesundheitliche Probleme
- partnerschaftliche Probleme
- Erziehungsprobleme
- Wohnen
- Alltagsbewältigung.

Die einzelnen Probleme sind häufig miteinander verzahnt und potenzieren sich dadurch in ihren Auswirkungen und Benachteiligungen. Diese Konsequenzen spiegeln sich auch in den Antworten zu der gesundheitsbezogenen Selbsteinschätzung wider.

AUSSAGEN VON BETROFFENEN:

„Mein Leben hat sich in den letzten Monaten komplett umgedreht. Ich lebe in Scheidung und mein Ex-Mann will unsere Kinder nicht sehen. Ich kann den Kindern nun nicht mehr alles bieten und mein Sohn kriegt keinen Ausbildungsplatz. Ich bin mit der momentanen Situation total überfordert.“

Als Alleinerziehende hat man ein großes Organisationsproblem, um alles unter einen Hut zu bringen. Vom Staat gibt es keine Hilfe, sodass man sich richtig alleingelassen fühlt.

Wenn Probleme das Bestimmende im Leben werden, ist Unterstützung im Alltag ein Segen

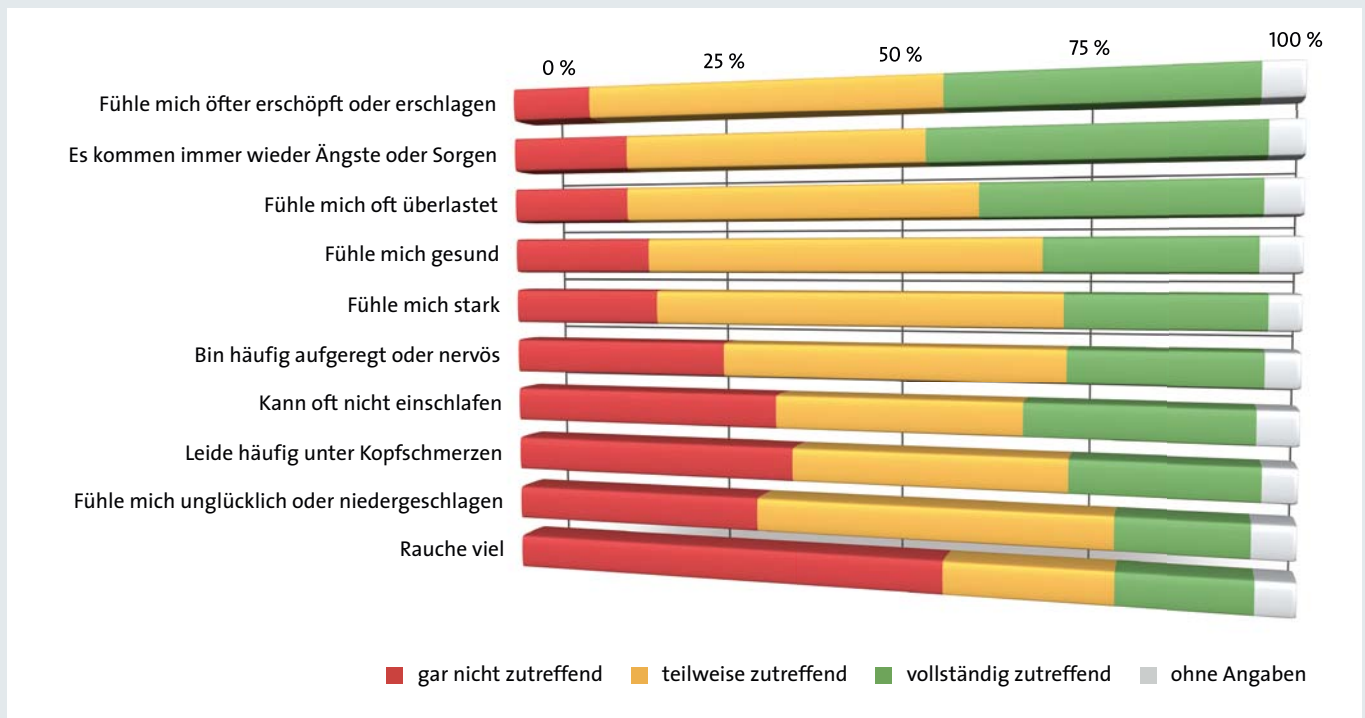


Abbildung: Gesundheitsbezogene Selbsteinschätzung/Haushaltsbefragung (n=272)

Auswertung

Die obige Abbildung zeigt, dass ein Großteil der Interviewten im Braunschweiger Land unter physischen und psychischen Beeinträchtigungen leidet. Nur sehr wenige Personen (maximal 16,2 %) sagen, dass sie sich weder erschöpft noch überlastet fühlen und auch keine Ängste haben.

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang zudem die Antworten auf die geschlossene Frage, ob jemand in den letzten zwölf Monaten versucht hat, den Haushalten bei der Bewältigung des Alltages zu helfen. 11,4 % der Befragten sagten, dass sie keine Hilfe brauchen (siehe Torten-Diagramm oben rechts). 50,4 % der Befragten gaben an, dass jemand versucht hat, sie zu unterstützen. Demgegenüber hat ein Drittel der Haushalte (33,1 %) angegeben, keine Hilfe erlebt zu haben.

Auf die offene Frage, wer den Haushalten half, nannten sie an erster Stelle die Eltern/die Familie (42,0 %), gefolgt von Freunden mit 23,8 %. Bei den geleisteten Hilfen standen praktische Haushaltshilfen im Vordergrund – wie einkaufen, saubermachen, Wäsche waschen, kochen

mit 27 % sowie Kinderbetreuung mit 22 %. In die gleiche Richtung weisen Ergebnisse der Studie „Gesundheit in Deutschland aktuell 2009“ des Robert-Koch-Institutes, die sich jedoch nicht auf Haushalte mit minderjährigen Kindern konzentriert hat*. Demnach berichteten 17 % der Befragten, dass sie nur geringe soziale Unterstützung erhalten. Bei der Inanspruchnahme dieser Hilfen ist oftmals das Bildungsniveau entscheidend. So ergab die Studie, dass Frauen und Männer mit niedrigem Bildungsstatus vergleichsweise seltener Unterstützung bekamen als Angehörige mit mittleren und höheren Bildungsabschlüssen.

In diesem Zusammenhang ist es relevant, dass die Haushalte in der vorliegenden Untersuchung im Braunschweiger Land den größten Unterstützungsbedarf beim „Umgang mit Ämtern und Behörden“ haben (56,6 %).

* Robert-Koch-Institut: „Daten und Fakten: Ergebnisse der Studie, Gesundheit in Deutschland aktuell 2009“, Vorabdruck, September 2010, S. 89.

3

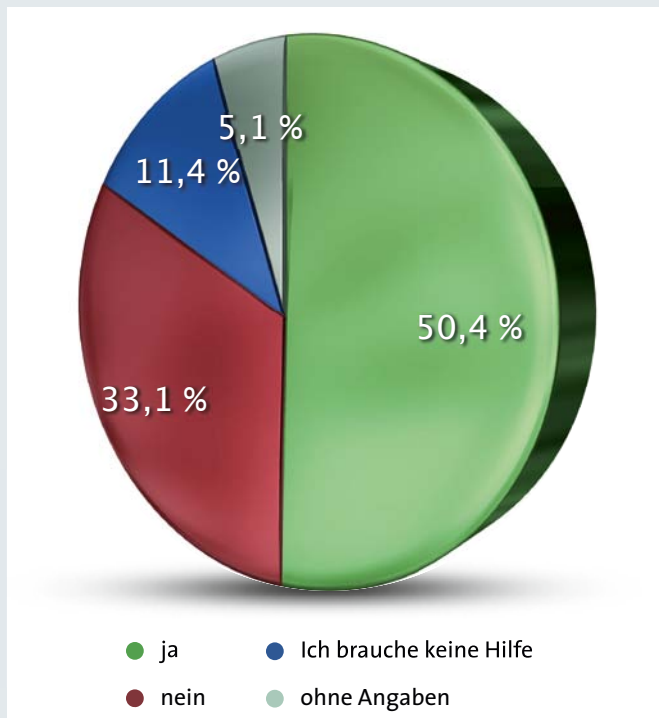


Abbildung: Erhaltene Hilfe bei der Bewältigung des Alltages/
Haushaltsbefragung (n=272)

Fazit

Die Auswertungsergebnisse zeigen, dass es wichtig und sinnvoll ist, ein Angebot „Alltagsbewältigung“ vorzuhalten, das sich vornehmlich an Familien mit einem Problembündel und ohne unterstützendes Netzwerk aus Nachbarschaft, Freunden oder Verwandten richtet. Die häufig daraus resultierende hohe psychische Belastung soll durch Begleitung und Unterstützung im Alltag gemindert werden.

EMPFEHLUNG

Die Hilfen und Unterstützungen des Angebotes „Alltagsbewältigung“ sollten bereits unterhalb der Ebene von Pflichtleistungen der Kommunen, z.B. im Rahmen der Jugendhilfe, ansetzen. Ziel ist der Abbau oder die Verhinderung der Überforderung sowie Stärkung der Kompetenz in der Alltagsbewältigung. Der Aufbau und die Stärkung sozialer Netzwerke ist dabei wichtig.

Zum anderen gehört es mit zu den Aufgaben dieses Angebotes, die Haushalte beim Umgang mit den unterschiedlichsten Institutionen, Behörden und Ämtern zu unterstützen. Unter Umständen bedeutet das, die betroffenen Personen dorthin zu begleiten. Oftmals fehlen Informationen über Hilfsangebote, um bei (spezifischen) Problemen weiterzuhelfen oder die Haushalte an entsprechende Hilfen/Angebote weiterzuvermitteln.

Ein wichtiges Element ist somit der Aufbau und die Pflege einer Informationsdatenbank auf Ebene des Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt. Diese Informationsdatenbank sollte alle Angaben enthalten, wer welche Hilfen respektive Unterstützungen anbietet oder wo Informationen zu bestimmten Themen und Problemen zu erhalten sind.

Von dieser Informationsdatenbank würden des Weiteren die unterschiedlichen Akteure des Hilfesystems, aber auch einkommensstärkere Haushalte mit Kindern profitieren. Ansätze für solch eine Informationsdatenbank gibt es in unterschiedlicher Ausprägung.

Die Aufgaben einer Alltagsbetreuerin oder eines Alltagsbetreuers ähneln dem Profil und der Funktion einer „Gemeindegewalterin“, wie es sie in der Vergangenheit gab. Deshalb könnten diese Erfahrungen als Vorlage für ein entsprechend zeitgemäßes Angebot dienen.

Vor Ort muss analysiert und erörtert werden, inwieweit all dies schon wirksam geschieht oder noch weiter entwickelt werden muss, wo dieses Angebot sinnvoll angesiedelt werden kann. Eine Einbeziehung betroffener Haushalte ist hierfür sicherlich hilfreich.

4



Dazugehören, Vertrauen aufbauen.

Soziale Netzwerke
ausbauen und stärken –
eine sinnvolle Investition

Familien mit geringem Einkommen haben im Braunschweiger Land deutlich geringere soziale Netzwerke als Familien mit einem höheren Einkommen. Maßnahmen zur Schaffung und Stärkung sozialer Netzwerke sind eine sinnvolle Investition mit einer positiven Wirkung für die Erwachsenen und Kinder.

AUSSAGEN VON BETROFFENEN:

„Ich mache mir Sorgen darüber, wenn ich im Schichtdienst arbeiten soll, was aus meiner Tochter wird. Sie hat sich in der letzten Zeit zurückgezogen. Sie ist nur noch zu Hause und geht kaum noch raus. Sie hatte Schlagzeugunterricht, der jedoch eingestellt werden musste, weil es finanziell nicht mehr ging. Auch eine Reitbeteiligung musste gekündigt werden.“

Ausgangspunkt

Soziologen berichten, dass in der gegenwärtigen Gesellschaft das soziale Vertrauen immer mehr abnimmt und das individuelle Netzwerk tendenziell immer „grobmaschiger“ wird. Dieses Phänomen des sich selbst isolierenden Menschens wird als „Bowling alone“ bezeichnet und wurde vom US-amerikanischen Soziologen Robert D. Putnam näher untersucht*.

Der Begriff „Bowling alone“ zeigt an, dass die eigentliche soziale Bedeutung des Bowlings nicht mehr besteht. Normalerweise findet während des Spielens eine soziale Interaktion statt: Die Menschen erleben die Anerkennung der Mitspieler, unterstützen sich gegenseitig und spüren die Macht des Teamgeists. Durch das Schwinden der Bowling-Mannschaft entfällt all dies.

Denn durch das Eingebundensein in Netzwerke, in und außerhalb der Familie, erhalten Personen Anerkennung, Hilfe und Unterstützung. Darüber hinaus bietet sich dadurch die Chance, mit anderen Personen, Organisationen, Institutionen und Vereinen in Kontakt zu treten. In diesem Zusammenhang wird in wissenschaftlichen Diskussionen immer wieder darauf hingewiesen, dass funktionierende familiäre und außerfamiliäre Netzwerke einen wesentlichen Einfluss auf die Gesundheit der Menschen haben.

Es gibt kaum eine
Möglichkeit, die
persönlichen Netz-
werke zu stabilisieren.

* Putnam, Robert D.: Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon und Schuster, 2000.

Soziale Netzwerke ausbauen und stärken – eine sinnvolle Investition

	Haushalte mit geringem Einkommen		Haushalte mit hohem Einkommen	
	Median*	Mittelwert	Mittelwert	Median*
Verwandte	4,7	3,0	8,5	8,0
Freunde	4,6	3,0	8,9	6,0
Nachbarn	2,4	1,0	5,0	4,0
Notfallhelfer	5,1	3,0	9,5	7,5

Tabelle: Anzahl der Verwandten, Freunde, Nachbarn und Notfallhelfer, zu denen regelmäßig Kontakt besteht/Haushaltsbefragung (n= 263)

Auswertung

Die Befragung von Haushalten mit minderjährigen Kindern und geringem Einkommen hat zu diesem Komplex ergeben, dass familiäre Netzwerke die größte zahlenmäßige Bedeutung haben. Die obige Tabelle zeigt die Anzahl der Verwandten, Freunde und Nachbarn, zu denen die Haushalte mit geringem Einkommen regelmäßig Kontakt haben.

Des Weiteren wurde nach der Zahl der Personen gefragt, von denen im Notfall Hilfe erwartet werden könnte, hier „Notfallhelfer“ genannt. Zum Vergleich wurden Familien befragt, die über ein höheres Einkommen verfügen. Die Tabelle (oben) zeigt, dass die besser verdienenden Haushalte wesentlich häufiger regelmäßigen Kontakt zu anderen Personen haben, als es bei Haushalten mit geringem Einkommen der Fall ist.

Wie Familien mit geringem Einkommen im Vergleich zu denen mit höherem Einkommen in Vereine usw. eingebunden sind, stellt die folgende Tabelle (unten) dar.

Auch hier zeigt sich wieder, dass Familien mit geringem Einkommen, wesentlich weniger in organisierten Netzwerken (Vereinen, Kirchengemeinde usw.) eingebunden sind. Es gibt noch einen zweiten Unterschied in der Freizeitgestaltung. Die Frage, ob mindestens ein erwachsenes Haushaltsmitglied in einem Verein oder Ähnlichem ist, beinhaltet auch die Antwortkategorie „Sonstiges“.

Die Mehrzahl der Befragten gab unter dieser Kategorie an, in stadtteilorientierten Angeboten die Freizeit zu verbringen (26,3 %). Demgegenüber zeigt sich, dass kein einziger Haushalt aus der Kontrollgruppe (Haushalte mit höherem Einkommen) an dem stadtteilorientierten Angebot teilnimmt. Vielmehr sind diese Haushalte in Schul- und Kunstfördervereinen, im Tierschutz etc. aktiv.

Was die Kinder und Jugendlichen anbetrifft, so gibt es auch hier große Unterschiede bezüglich der Vereinsmitgliedschaft. Insgesamt ist der Anteil von Kindern und Jugendlichen aus Haushalten mit hohem Einkommen, die in einem Verein Mitglied sind, fast doppelt so hoch wie bei den Haushalten mit geringem Einkommen.

	Haushalte mit geringem Einkommen	Haushalte mit hohem Einkommen
Kirchengemeinde	22,1 %	40,0 %
Sportverein	18,8 %	62,5 %
Hobbyclub	2,6 %	7,5 %
Musikverein	2,2 %	12,5 %

Tabelle: Vereinsmitgliedschaften oder ähnliche Mitgliedschaften/Haushaltsbefragung (n= 272)

* Der Median ist ein Maß der zentralen Tendenz. Er wird berechnet, indem man alle Messwerte in ihrer natürlichen Reihenfolge anordnet und daraufhin den mittleren Wert, der die Reihenfolge halbiert, ausählt.

4

	Haushalte mit geringem Einkommen	Haushalte mit hohem Einkommen
3 bis unter 6 Jahre	37,4 %	80,0 %
6 bis unter 10 Jahre	51,0 %	81,3 %
10 bis unter 14 Jahre	43,8 %	88,9 %
14 bis unter 18 Jahre	41,6 %	75,0 %
Gesamt	43,3 %	81,1 %

Tabelle: Vereinsmitgliedschaften von Kindern und Jugendlichen/Haushaltsbefragung (n=185)

Zu 58,6 % wurde von den Befragten angegeben, dass das nötige Geld fehlt, um die Kinder und Jugendlichen in einem Verein anzumelden. Bei 20,9 % besteht kein Interesse an einer Mitgliedschaft und zu 29,9 % sind es sonstige Gründe. In den Haushalten mit hohem Einkommen scheiterte die Vereinszugehörigkeit in keinem Fall an fehlendem Geld.

Fazit

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass die familiären und außerfamiliären Netzwerke der Haushalte mit geringem Einkommen wesentlicher „dünn“ sind als bei Familien mit einem höheren Einkommen. Das gilt ebenfalls für die Mitgliedschaft der Kinder und Jugendlichen in Vereinen.

EMPFEHLUNG

Diese Auswertungen zeigen deutlich den Bedarf, Familien mit geringem Einkommen die soziale Teilhabe in einem wesentlich größeren Maße zu ermöglichen. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es verschiedene Möglichkeiten. Sinnvoll ist eine verstärkte und verbindliche Kooperation zwischen stadtteilorientierten Angeboten wie Nachbarschaftscafés, Stadtteilbüros, Müttertreffs etc. und Vereinen wie Schachklubs, Chören, Sportvereinen, Jugendfeuerwehr etc.

Durch die Kooperationen übernehmen die stadtteilorientierten Angebote eine Brückenfunktion, indem mittels einer erfolgreichen Integration von Besucherinnen und Besuchern der stadtteilorientierten Angebote in soziale (Vereins-) Netzwerke auch die gesellschaftliche Teilhabe gestärkt wird. Es sollte ein Kinderfonds „Braunschweiger Land“ etabliert werden. Es ist nicht davon auszugehen, dass die von der

Bundesregierung beschlossenen Regelungen und die hierfür zur Verfügung stehenden Mittel ausreichen, um die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen aus Familien mit geringem Einkommen zu realisieren.

Der Kinderfonds „Braunschweiger Land“ könnte ganz individuell entscheiden, die Kosten für z.B. Fußballschuhe, Tennisschläger, Musikinstrumente etc. zu übernehmen. Für notwendige Transport- und Fahrtkosten zu den entsprechenden Angeboten würde das Gleiche gelten. Da für Eltern mit geringem Einkommen ein Urlaub in der Regel ein unerfüllbarer Traum ist, sollte das Angebot eines Kinderfonds zudem Freizeitmaßnahmen beinhalten. Außerdem könnte der Fonds für individuelle Notlagen genutzt werden, die in gesetzlichen Regelungen nicht vorgesehen sind.

Finanzieren könnte sich der Kinderfonds durch Spenden von Bürgerinnen und Bürgern oder von Sponsoren: Firmen, Selbständige etc. suchen häufig verlässliche Organisationen, denen sie Gelder, die beim Betriebsfest oder bei der Weihnachtsfeier gesammelt werden, spenden können. Zu den potenziellen Sponsoren könnten auch die Mitarbeiter regionaler Unternehmen gehören, indem sie bei ihrer Gehaltsabrechnung auf die Auszahlung der Cent-Beträge hinter dem Komma verzichten.

Karten für Sportereignisse, Konzerte etc., die absehbar nicht verkauft werden, sollten für Familien mit geringem Einkommen zur Verfügung gestellt werden. In Kooperation mit entsprechenden Institutionen und Einrichtungen, wie z.B. Stadtteiltreffs, könnten diese Tickets an Haushalte geben, die diese Veranstaltungen sonst nicht besuchen könnten.

5



Näher am Menschen sein.

Stadtteilorientierte,
wohnquartiersbezogene
Angebote qualifizieren
und ausbauen

Es besteht ein großer Bedarf an offenen und stadtteilorientierten, wohnquartiersbezogenen Angeboten. Es ist sinnvoll, diese Einrichtungen zu qualifizieren und um Kompetenzen in der Gesundheitsberatung zu ergänzen.

Ausgangspunkt

Im Interview wurden die Haushalte gefragt, welche der zwölf verschiedenen Unterstützungsangebote sie kennen und nutzen. Die folgende Abbildung stellt die resultierenden Antwortverteilungen dar, die nach Kenntnis und Nutzungshäufigkeit sortiert sind. An erster Stelle steht das Angebot der Tafeln/Lebensmittelverteilung, die 92,6 % der Befragten kennen. 43,1 % sagten, dass sie sie früher genutzt (22,2%) haben oder derzeit nutzen (20,9 %). Wird ausschließlich die Nutzung der Angebote betrachtet, so liegt offene Sozialberatung/Stadtteilbüro, -treff an zweiter Stelle (Nutzung früher = 26,0 % und Nutzung derzeit = 15,1 %, zusammen 41,2 %). Dies zeigt eine große

„Eine ortsnahe Anlaufstelle, die Alltagshilfen für Menschen anbietet, wäre ideal.“

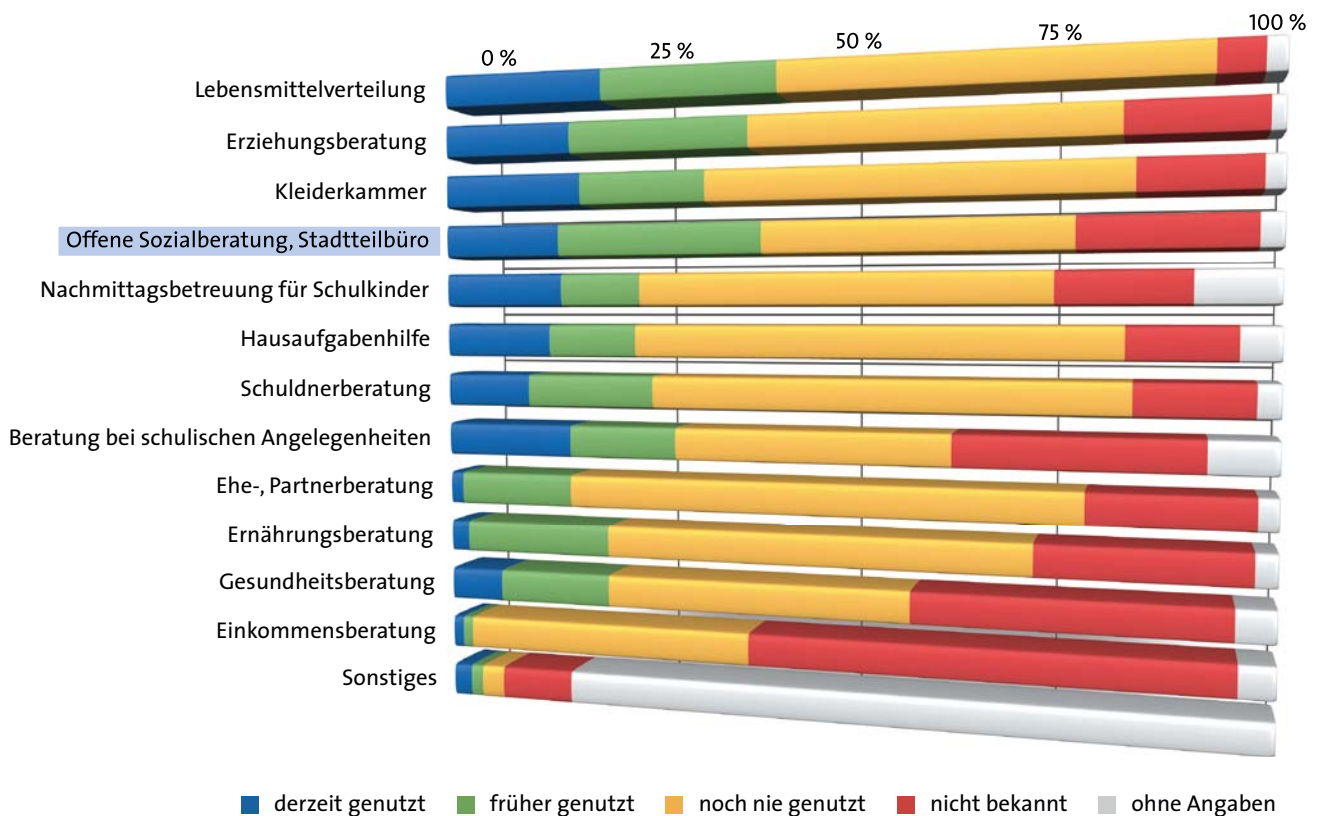


Abbildung: Kenntnis und Nutzen von Unterstützungsangeboten/Haushaltsbefragung (n=311)

Stadtteilorientierte, wohnquartiersbezogene Angebote qualifizieren und ausbauen

Akzeptanz der offenen Sozialberatung/der Stadtteilbüros. Zudem unterstreichen die Zahlen, welche Bedeutung und welchen hohen Stellenwert diese Angebote – im Vergleich zu anderen – im Leben von einkommensschwachen Haushalten mit minderjährigen Kindern haben, um ihre Lebenslage zu bewältigen.

Untersucht wurde auch, ob die Nutzung dieser offenen und stadtteilorientierten Angebote vom Ausmaß der gesellschaftlichen Teilhabe abhängig ist.

Um Aussagen zum Ausmaß der gesellschaftlichen Teilhabe der befragten Haushalte im Braunschweiger Land machen zu können, wurden neun verschiedene Antworten aus dem Interview ausgewertet.

Dies sind die Antworten auf die Fragen nach

1. der Anzahl der Vereinsaktivitäten oder Aktivitäten in vergleichbaren Organisationen
2. ehrenamtlichen Tätigkeiten
3. Ausgehen – Anzahl Aktivitäten
4. der Anzahl Verwandter, zu denen regelmäßiger Kontakt besteht
5. der Anzahl von Freunden, zu denen regelmäßiger Kontakt besteht
6. der Anzahl von Nachbarn, zu denen regelmäßiger Kontakt besteht
7. der Anzahl potenzieller Notfallhelfer

8. der Antwort auf die Frage „Ich unternehme zu wenig“ und

9. der Antwort auf die Frage „Ich fühle mich einsam“.

Entsprechend der Auswertung wurden vier Gruppen nach dem Ausmaß der gesellschaftlichen Teilhabe gebildet:

- gering (1. Quartil)
- unter Durchschnitt (2. Quartil)
- über Durchschnitt (3. Quartil)
- hoch (4. Quartil).

Die folgende Abbildung zeigt die vier Gruppen nach dem Ausmaß der gesellschaftlichen Teilhabe sowie ihre Nutzung von offenen und stadtteilorientierten Angeboten.

Haushalte mit einem hohen Maß an gesellschaftlicher Teilhabe (Abb. unten, letzte Zeile) nutzen fast genauso häufig dieses Angebot wie Haushalte mit einer geringen gesellschaftlichen Teilhabe (Abb. unten, erste Zeile). Das heißt, die Stadtteiltreffs „erreichen“ Haushalte mit geringem Einkommen – und zwar unabhängig vom Ausmaß ihrer gesellschaftlichen Teilhabe. Dieses Ergebnis unterstreicht den hohen Stellenwert der Stadtteiltreffs im lokalen Hilfesystem.

Die Haushalte mit minderjährigen Kindern und geringem Einkommen wurden auch gefragt, in welchen Bereichen sie sich (weitere) Unterstützung wünschen.

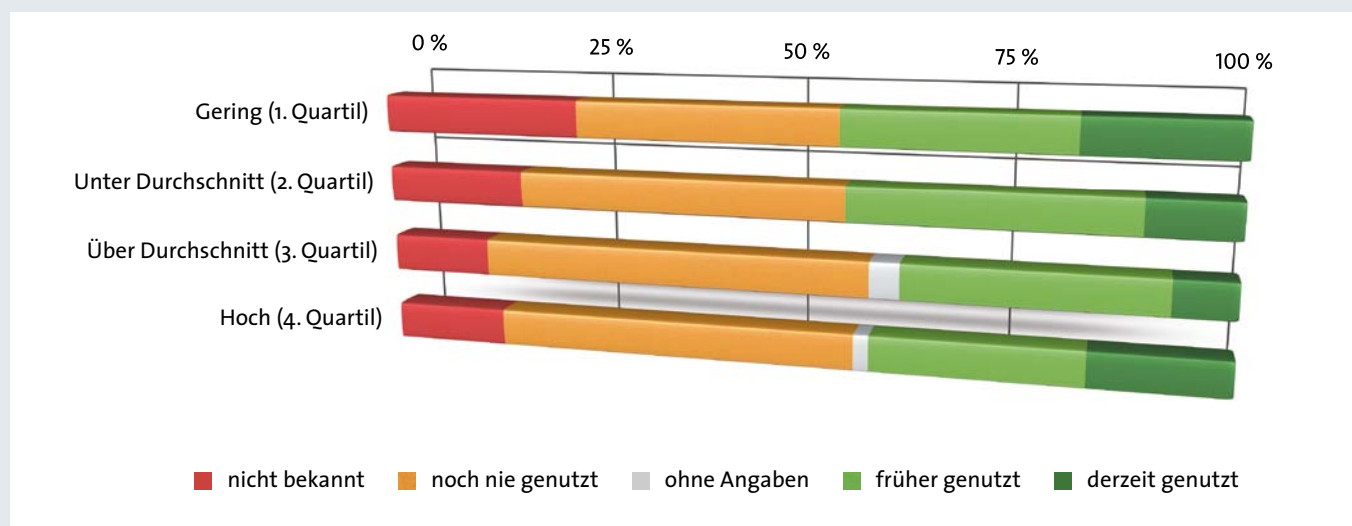


Abbildung: Kenntnis und Nutzung von offenen Beratungsangeboten/Stadtteilbüros und gesellschaftliche Teilhabe/
Haushaltsbefragung (n=219)

5

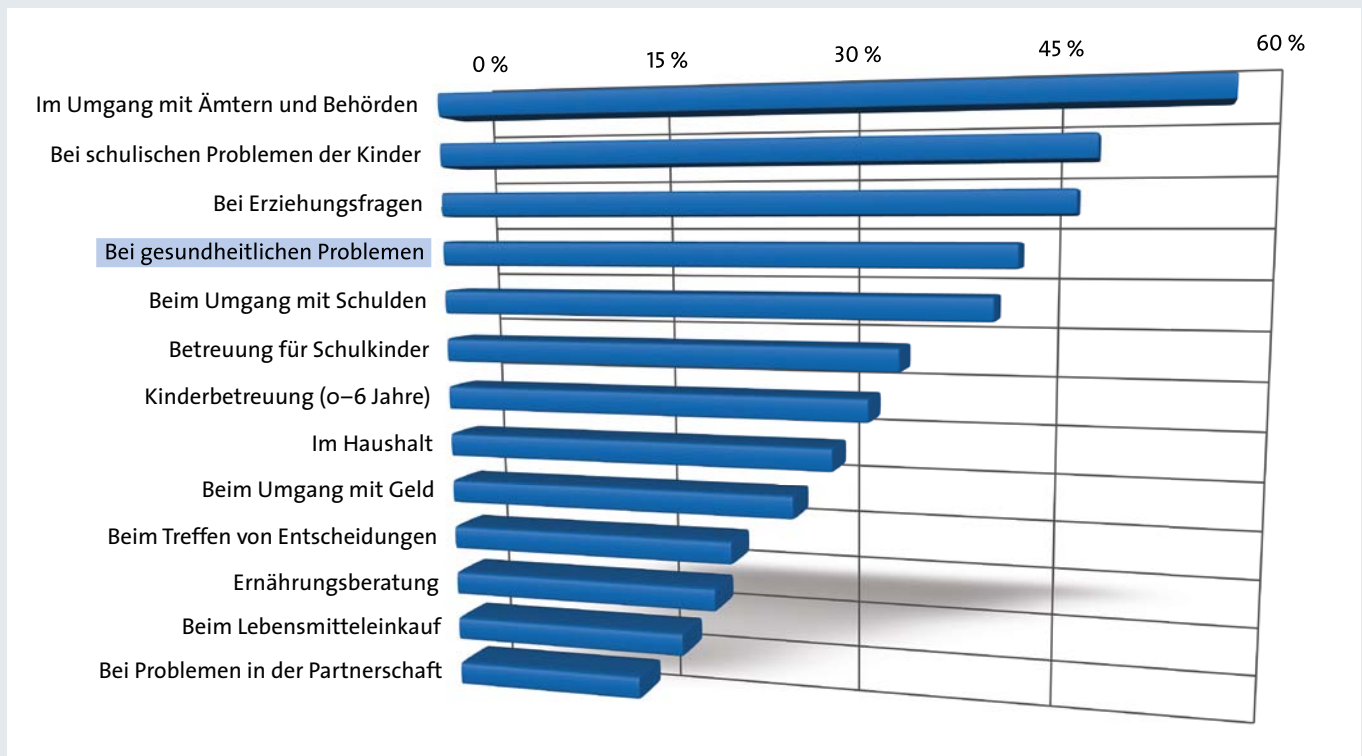


Abbildung: Bereiche, in denen von den Haushalten (weitere) Unterstützung gewünscht wird/Haushaltsbefragung (n=311)

Über 40 % der Haushalte wünschen sich Unterstützung bei gesundheitlichen Problemen, aber nur etwa 20 % der Haushalte (14,5 % früher genutzt, 6,8 % derzeit genutzt) nutzen Angebote der Gesundheitsberatung. Es ist deshalb sinnvoll, die hohe Inanspruchnahme von Stadtteiltreffs zu nutzen, um diese beiden Faktoren miteinander zu verknüpfen – d.h. mit den notwendigen Gesundheitsangeboten dahin zu gehen, „wo die Leute hinkommen“: in die stadtteilorientierten Angebote.

Fazit

Die Lebenslage der Haushalte mit minderjährigen Kindern und geringem Einkommen ist gekennzeichnet durch ein großes „Problembündel“. Zudem haben sie einen großen Unterstützungsbedarf beim Umgang mit Ämtern und Behörden (56,6 % der befragten Haushalte gaben einen entsprechenden Unterstützungsbedarf an, 1. Rang). Insbesondere vor diesem Hintergrund bekommt die bereits hohe Akzeptanz und Nutzung stadtteilorientierter Angebote eine wichtige Funktion, um die Probleme der Besucher und Besucherinnen zu bewältigen.

EMPFEHLUNG

Offene stadtteilorientierte bzw. wohnquartiersbezogene Angebote sollten gestärkt und qualifiziert werden. Sinnvoll ist die Ergänzung um Kompetenzen in der Gesundheitsberatung.

Dies könnte durch entsprechende Schulung und Sensibilisierung der dort arbeitenden Personen geschehen oder durch die Ergänzung des Personals mit entsprechenden Professionen, beispielsweise Krankenschwestern oder Krankenpfleger.

Vor Ort muss analysiert und erörtert werden, inwieweit all dies schon wirksam geschieht oder noch weiterentwickelt oder erst etabliert werden muss. Eine Einbeziehung betroffener Haushalte ist hierfür sicherlich hilfreich.

6



Knotenpunkte
für ein neues
Miteinander. Von
Tageseinrichtungen
für Kinder zu
„Familienzentren“

Familien mit Kindern unter 6 Jahren wünschen sich zusätzliche Unterstützung. Die vorhandenen Tageseinrichtungen für Kinder sind aufzuwerten und stärken so die ganze Familie.

Ausgangspunkt

Haushalte mit minderjährigen Kindern und geringem Einkommen wurden u.a. danach gefragt, wo sie sich Unterstützung wünschen. Die Akteure wurden gleichzeitig gebeten, eine Bewertung über die Infrastruktur und die vorhandenen sowie fehlenden Angebote abzugeben.

Auswertung

Betrachtet man die gesamte Gruppe der befragten Familien, so äußern 32,5 % den Wunsch nach Unterstützung bei der Betreuung von Kleinkindern (0 bis 6 Jahre). Die folgende Abbildung veranschaulicht dies. Bezogen auf die Haushalte, in denen zur Zeit der Befragung Kinder dieses Alters lebten, steigt der Unterstützungsbedarf auf 80,0 %. Sie sagen damit gleichzeitig aus, dass dieser Wunsch oder Bedarf nicht befriedigt wird. Auch bei der Frage, was hilfreich wäre, um wieder erwerbstätig zu sein, spielen die Betreuungsmöglichkeiten für

Damit es meiner Tochter gut geht (und ich in meinem Beruf arbeiten kann) brauche ich sichere Betreuungsmöglichkeiten.

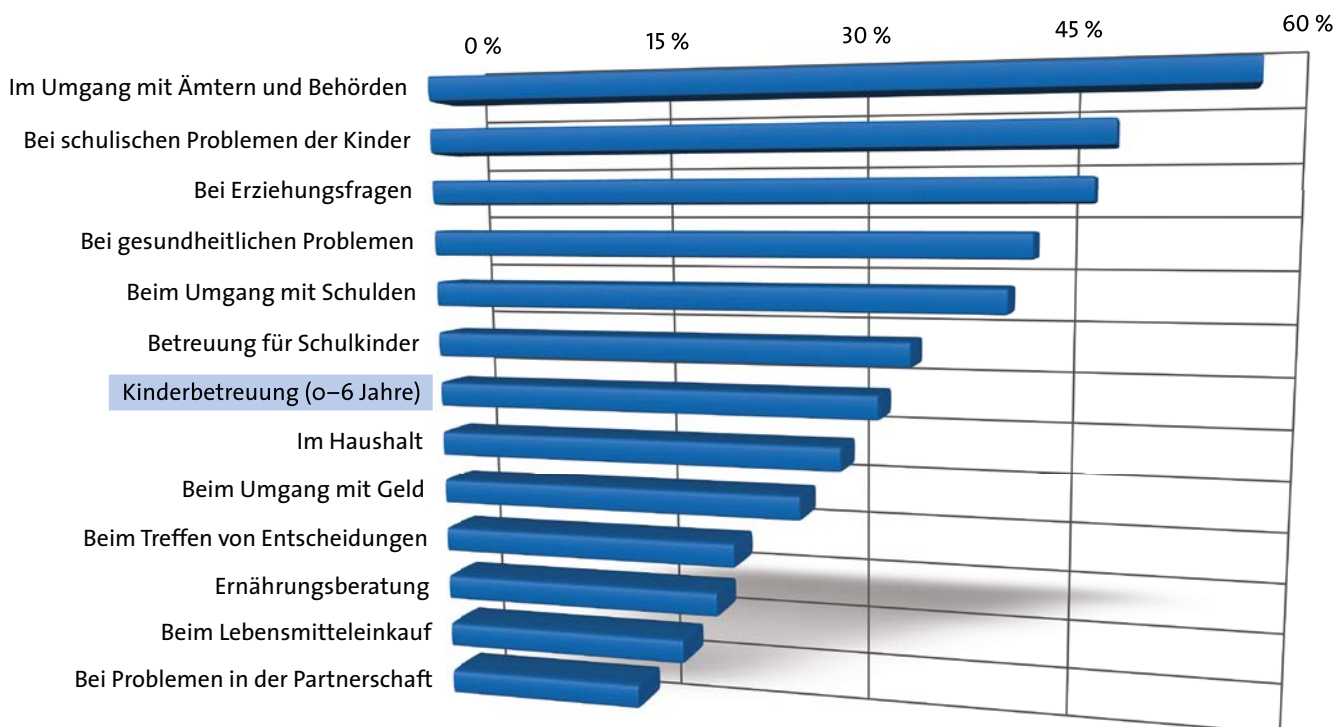


Abbildung: Bereiche, in denen (weitere) Unterstützung gewünscht wird/Haushaltsbefragung (n=311)

Von Tageseinrichtungen für Kinder zu Familienzentren

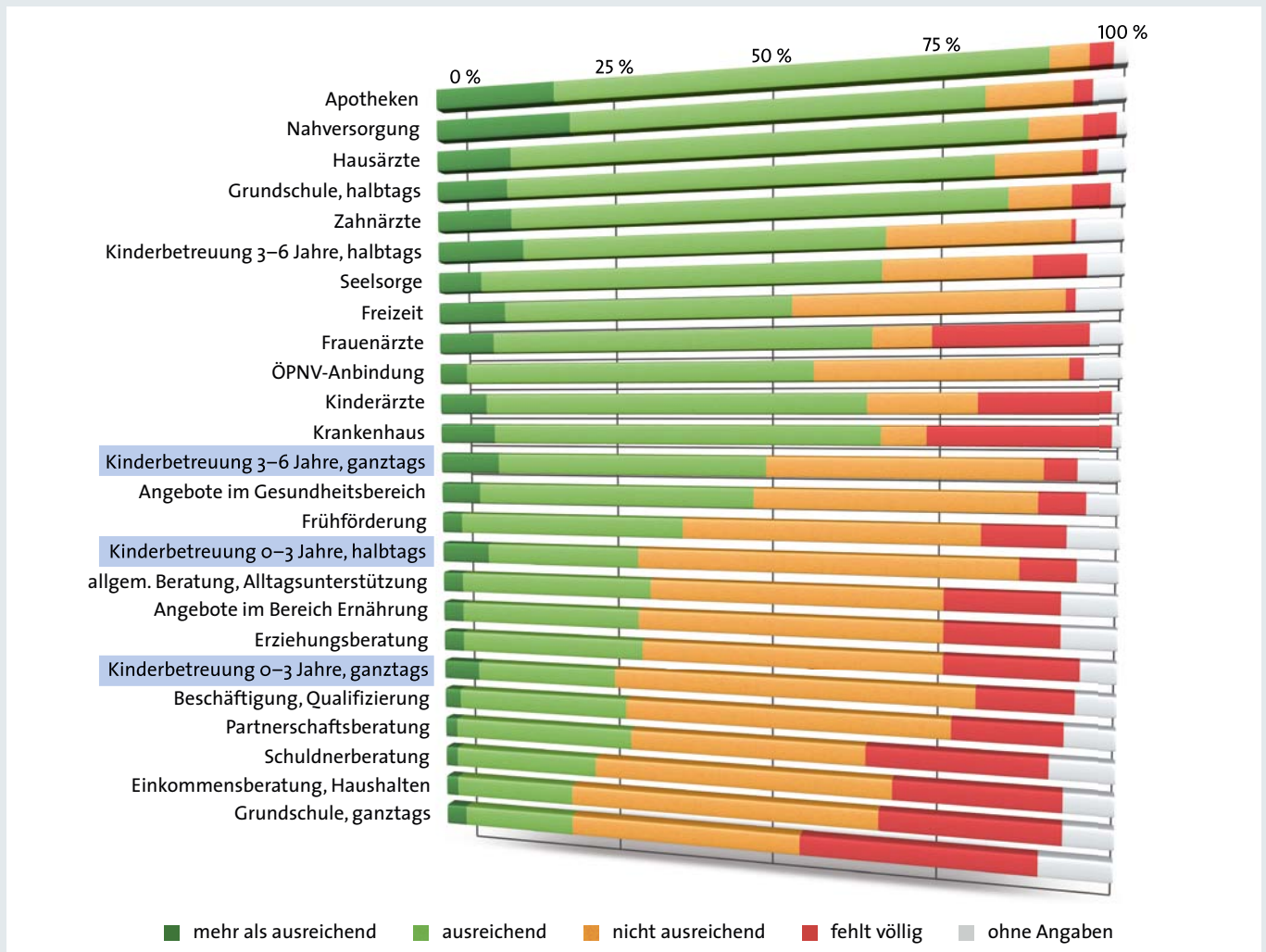


Abbildung: Bewertung der Infrastruktur/Akteursbefragung (n=136)

Kinder eine wichtige Rolle. So wünschten sich 48,8 % der Befragten öffentliche Kinderbetreuungsangebote (zweithäufigste Nennung von neun Antwortkategorien) und 42,1 % eine Kinderbetreuung, die über die normalen Öffnungszeiten hinausreicht (fünfhäufigste Nennung).

Auch in den offenen Fragen zu diesem Thema findet sich immer wieder der Hinweis, wie wichtig eine flexible Kinderbetreuung ist. In diesen Aussagen spiegeln sich die veränderte Arbeitswelt und die realistische Einschätzung von einem Großteil der Familien mit geringem Einkommen. Insbesondere im Dienstleistungsbereich entsprechen die dort herrschenden Rahmenbedingungen jedoch nicht der lange vorherrschenden Arbeitswoche, die sich von Montag bis Freitag mit Arbeitszeiten von 7.00/8.00 Uhr bis 16.00/17.00 Uhr erstreckt. Arbeitsverhältnisse

sind oftmals von Arbeitszeiten geprägt, die zunehmend in den Abendstunden und an den Wochenenden liegen.

Im Rahmen der Akteursbefragung wurden diese gebeten, Einschätzungen und Bewertungen über die Infrastruktur und die vorhandenen sowie fehlenden Angebote in ein bis drei Orten im Braunschweiger Land abzugeben*. Die Abbildung enthält alle Angaben zur Infrastruktur und erfasst alle Orte gemeinsam. Der Überblick zeigt, dass bei der Betreuung der 0–3-jährigen Kinder seitens der Akteure die Situation als kritisch gesehen wird. So wird mit 53,2 % die Ganztagsbetreuung und mit 55,1 % die

* Hierzu konnten die Akteure in einem freien Feld jeweils angeben, auf welchen Ort sich die Angaben beziehen. Insgesamt enthielten die 136 ausgefüllten Fragebögen 158 Angaben zur Infrastruktur und Hilfeangebote in verschiedenen Orten. Näheres ist in dem Datenbericht zur Akteursbefragung ausgeführt.

6

Halbtagsbetreuung dieser Kinder als nicht ausreichend bewertet. Damit liegen diese Angebote auf dem 16. (Halbtagsbetreuung) und dem 20. (Ganztagsbetreuung) Rang von 25.

Fazit

Die befragten Familien mit geringem Einkommen äußern den starken Wunsch nach Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter sechs Jahren. Gleichzeitig gibt es einen erheblichen Unterstützungsbedarf in anderen Fragen, wie die Abbildung „Bereiche, in denen (weitere) Unterstützung gewünscht wird/Haushaltsbefragung“ zeigt. Dieses sollte weitestmöglich zusammengebunden werden. Tageseinrichtungen für Kinder sind ein geeigneter Ort und wandeln sich zu Familienzentren.

EMPFEHLUNG

Angesichts dieser Auswertungsergebnisse empfiehlt es sich, den Ausbau der Betreuungsplätze für die 0–3-jährigen Kinder für den betroffenen Personenkreis voranzutreiben und umzusetzen. Zusätzlich sollte die Betreuung der unter 6-jährigen Kinder weiterentwickelt und flexibilisiert werden.

Als Orientierung für den Ausbau und die Weiterentwicklung der Kinderbetreuung können die Programme „Early Excellence Center“ in England und „Judy Center“ in den USA dienen. Ausgangspunkt beider Programme ist es, der sozialen Benachteiligung von Kindern als Folge von Einkommensarmut entgegenzuwirken. Eine Grundlage dieser Programme ist die Erkenntnis, dass es nicht die Eltern sind, die schwer zugänglich für Unterstützungs- und Bildungsangebote sind. Vielmehr müssen diese Angebote den Eltern angemessen zugänglich gemacht werden.

Einrichtungen, die nach den beiden oben genannten Programmen arbeiten, sind Angebote, die Kindern bis 6 Jahren Unterstützung bei der Entwicklung der physischen, sozialen, sprachlichen und kognitiven Fähigkeiten bieten. Ziel dieser Maßnahme ist es, die Schulreife aller Kinder zu gewährleisten. Gleichzeitig werden die Eltern beraten und unterstützt. Dem liegt die Erkenntnis zu Grunde, dass Kinder nicht an den Eltern vorbei gefördert werden können. Diese Einrichtungen sind Anlaufstelle und Lernzentren für alle Haushalte mit Kindern im

jeweiligen Stadtteil. Sie sind jeden Tag zwischen 7 und 12 Stunden geöffnet.

Folgt man diesen Gedanken, sollten in den Familienzentren entsprechende Dienstleistungen gewährleistet sein – beziehungsweise selbst durchgeführt werden.

Dazu gehören z.B.:

- Erziehungsberatung
- Elterntaining (z.B. Starke Eltern – starke Kinder, Opstapje*)
- Beratung zu Themen wie Spielzeug, Schuhwerk, Beförderungsmöglichkeiten, gesundheitlichen Aspekten etc.
- Spielkurse, Spielkreise
- Krabbelgruppen für Mütter und Kleinkinder,
- Elterncafé
- Aufsuchende Elternarbeit
- Eltern-/Kind-Wochenenden, Freizeiten
- Kinderarzt-Sprechstunde
- Hebammensprechstunde
- Frühförderung
- Bewegungsangebote für Eltern und Kinder
- Deutschkurs für Eltern
- Sozialberatung.

Als Baustein der weiterentwickelten Kinder-Tagesstätten sollten verbindliche Kooperationen mit Vereinen (Sportvereine, Freiwillige Feuerwehr, Kleintierzüchtervereine etc.) geschlossen werden.

Durch diese Kooperationen erhöhen sich die Angebote und damit auch die Attraktivität dieser Einrichtungen. So können Kinder aus Haushalten mit geringem Einkommen Bereiche kennenlernen, zu denen sie sonst keinen Zugang hätten. Dies kann gleichzeitig zu einer stärkeren gesellschaftlichen Teilhabe führen. Und auch die Vereine haben dadurch Vorteile, denn dank dieser Kooperationen werben sie neue Mitglieder.

Auch für diese Empfehlungen gilt, vor Ort zu analysieren und zu erörtern, inwieweit all dies schon wirksam geschieht oder noch weiterentwickelt werden muss, wo diese Angebote sinnvoll angesiedelt werden können. Eine Einbeziehung betroffener Haushalte ist hierfür sicherlich hilfreich.

* Opstapje ist ein präventives Spiel- und Lernprogramm für Kleinkinder, das speziell entwickelt wurde, um Kinder aus sozial benachteiligten Familien zu fördern. Siehe: www.opstapje.de

7



Höherer Abschluss
= bessere Zukunfts-
chancen.

Kinder für das
Erlangen eines höheren
Schulabschlusses fördern

Jedes Kind sollte die gleichen Chancen auf Bildung haben und die hierfür notwendige Förderung erhalten – egal welche Herkunft es hat.

Ausgangspunkt

Für die zugrunde liegende Untersuchung wurden Haushalte mit geringem Einkommen und älteren Kindern gefragt, ob die gewählte Schulform der Grundschulempfehlung entspricht. Die Abbildung zeigt die Ergebnisse auf diese Frage.

Auswertung

Mehr als zwei Drittel der Befragten (68,5 %) mit Kindern auf weiterführenden Schulen gaben an, bei der Auswahl der Schulform der Grundschulempfehlung gefolgt zu sein. Gut ein Fünftel (20,9 %) sind von der Empfehlung abgewichen. Dabei wählten 9,9 % der Eltern eine höhere und 11,0 % eine niedrigere Schulform als von der Grundschule empfohlen.

Bei Haushalten mit höherem Einkommen liegt der Anteil der Eltern, die von der Grundschulempfehlung abweichen, höher. Er beträgt 29,4 %. Dabei wählten 23,5 % eine höhere Schulform als empfohlen und 5,9 % eine niedrigere Schulform als von der Grundschule empfohlen.

Fazit

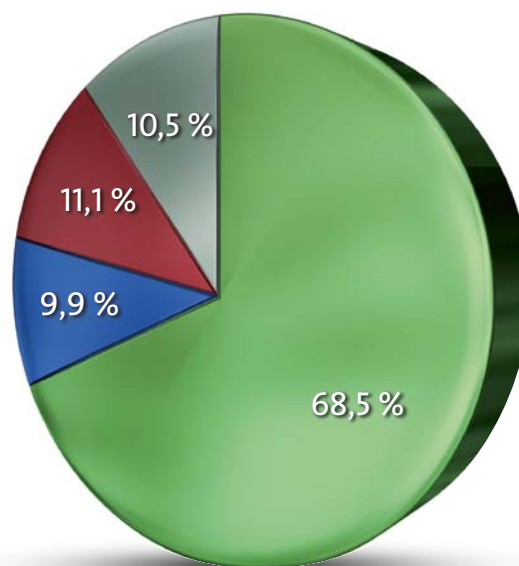
Dass Eltern aus einkommensstärkeren Haushalten häufig eine höhere Schulform als die empfohlene wählen, ist bekannt. In der öffentlichen Diskussion wird demgegenüber bisher der Sachverhalt ausgeblendet, dass für mehr als zehn Prozent der Kinder aus Haushalten mit geringem Einkommen eine weiterführende Schule unterhalb des Niveaus gewählt wird, das die Grundschule empfohlen hat.

Die Aussicht auf einen höherwertigen Bildungsabschluss und die entsprechenden anschließenden Ausbildungsmöglichkeiten wird dadurch genommen oder zumindest erheblich erschwert.

Als mögliche Gründe für dieses Elternverhalten wären zu nennen:

- Die Mütter und Väter können bei den Hausaufgaben nicht helfen.

Unser Sohn will
nicht zur Schule, weil
er sich schämt.



- ja
- nein, niedrigere empfohlen, höhere gewählt
- nein, höhere empfohlen, niedrigere gewählt
- ohne Angaben

Abbildung: Entspricht die gewählte Schulform der Empfehlung der Grundschule/Haushaltsbefragung (n=181) ?

Kinder für das Erlangen eines höheren Schulabschlusses fördern

- Die Mütter und Väter haben kein Geld für Nachhilfe, Ausflüge, Klassenfahrten, Geburtstagsgeschenke etc.
- Die Mütter und Väter haben kein Geld für eine Bekleidung, die dem Niveau von weiterführenden Schulen entspricht.
- Hilflosigkeit und Scham gegenüber der Situation, nicht den Status zu haben wie die meisten Eltern von Kindern auf weiterführenden Schulen.
- Das Kind soll keinen besseren Schulabschluss haben als die Erwachsenen.

In diesem Zusammenhang bietet sich ein Exkurs zu den Ergebnissen der 2. World Vision Kinderstudie 2010 an. Der Soziologe Prof. Dr. Klaus Hurrelmann* führt darin einen weiteren möglichen Grund für dieses Verhalten an: Kinder aus dem benachteiligten unteren Fünftel der Gesellschaft sähen ihre Zukunft so negativ, dass sie sich keine erfolgreiche Schullaufbahn zutrauen. Somit wollen Eltern ihre Kinder womöglich vor Versagen schützen und schicken sie deshalb nicht auf höhere weiterführende Schulen.

EMPFEHLUNG

Die Grundschulen sind für die Situation der Familien mit geringem Einkommen zu sensibilisieren. Das wäre die Grundlage, damit Lehrer in den Gesprächen die Eltern motivieren, der schulischen Einschätzung zu vertrauen und dem Kind die empfohlene Schulbildung zu ermöglichen.

Hierfür müssen die notwendigen Zeitressourcen vorhanden sein.

Zudem gilt es, Wege und Alternativen aufzuzeigen, wie den Eltern mit einem geringen Einkommen geholfen werden kann. Dazu gehören unterstützende Angebote wie Fonds an den weiterführenden Schulen und verbindliche Absprachen, dass entsprechende Gelder individuell verwendet werden können. Auf diese Weise muss kein Kind aus finanziellen Gründen eine niedrigere Schulform wählen. Die oben beschriebene Problematik wird verringert, indem die weiterführenden Schulformen reduziert werden.

* vgl. Newsletter „Familien mit Zukunft“, Februar 2011, S. 5, www.familien-mit-zukunft.de

7



8



„Ich fühle mich nur
noch krank.“

Aufmerksamkeit für
den Gesundheitsbereich
erhöhen und Ressourcen
ausbauen

Gesundheitliche Probleme sind für Familien mit geringem Einkommen eine starke Belastung. Der Wunsch nach Unterstützung hierfür ist ausgeprägt.

AUSSAGEN VON BETROFFENEN:

„Gesundheit, finanziell, Stress mit Eltern, keine Akzeptanz von anderen, Schlafstörungen der Kinder, Probleme mit dem Ex-Partner, Arztkosten, psychische Belastung durch Alltag und Schlafstörungen, Ämter hin- und herrennen.“

Ausgangspunkt

Auf die Frage, was in den letzten sechs Monaten vor dem Interview die größten Probleme waren, nannten 20,8 % der befragten Haushalte mit geringem Einkommen und minderjährigen Kindern im Braunschweiger Land mindestens das Problempaar „Gesundheit und Finanzen“. Bei den beschriebenen oft mannigfaltigen Problemen wurde dieses Problempaar am häufigsten genannt.

Gesundheit ist doch mehr als die Abwesenheit von Krankheit, oder?

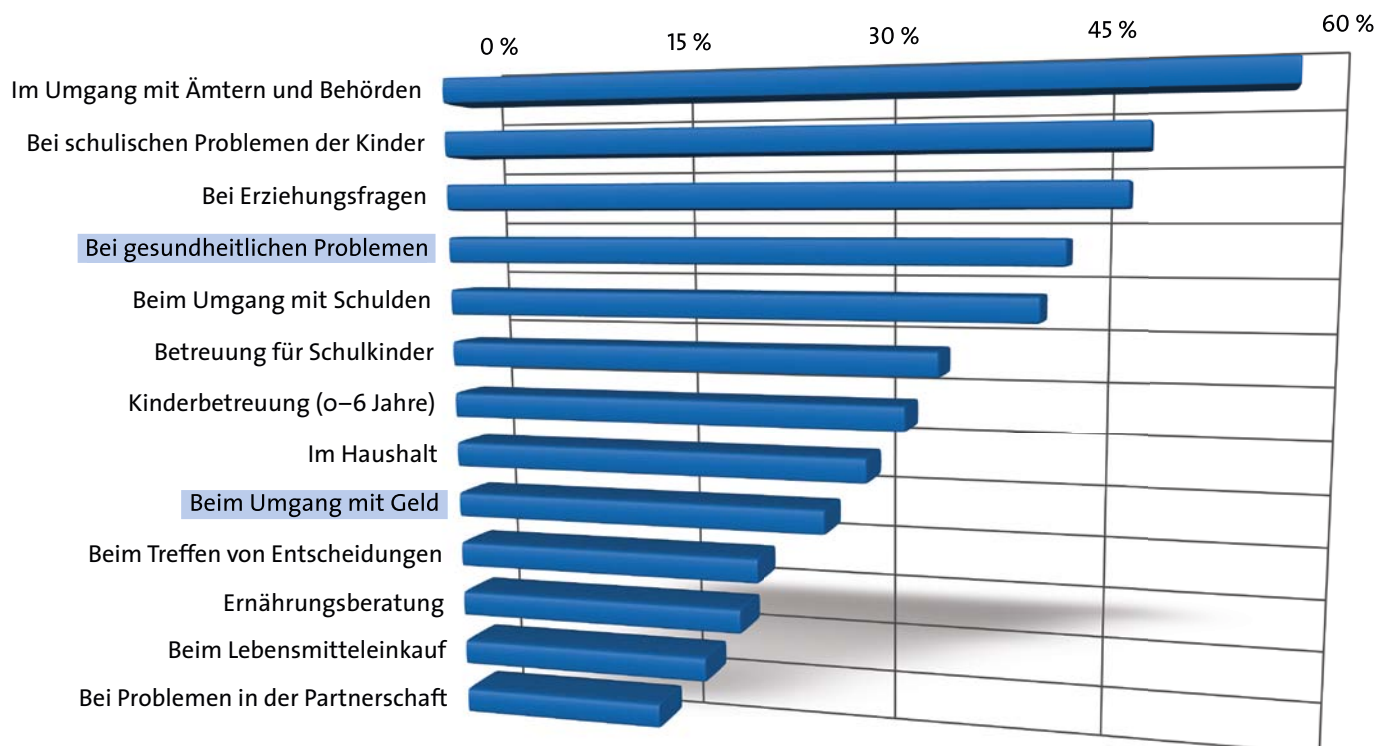


Abbildung: Bereiche, in denen (weitere) Unterstützung gewünscht wird/Haushaltsbefragung (n=311)

Aufmerksamkeit für den Gesundheitsbereich erhöhen und Ressourcen ausbauen

Verzichte	Haushaltseinkommen reicht nicht	Haushaltseinkommen reicht
Arztbesuche (n=101)	83,2 %	16,8 %
Medikamente (n=108)	78,8 %	21,2 %
Ernährung (n=84)	71,4 %	28,6 %
Körperpflege (n=67)	77,6 %	22,4 %

Tabelle: Verzicht, wenn das Haushaltseinkommen nicht reicht

Auch bei der Frage, in welchen Bereichen sie sich eine (weitere) Unterstützung wünschen, spielt das Thema Gesundheit für die befragten Familien eine große Rolle. Unterstützung bei gesundheitlichen Problemen steht an vierter Stelle der genannten Unterstützungsbedarfe. Wenn kranke Kinder oder Erwachsene im Haushalt leben, sind es 50,3 %, die sich eine Unterstützung bei gesundheitlichen Problemen wünschen (siehe vorherige Seite).

Auswertung

Die hohe Bedeutung gesundheitlicher Probleme erzwingt eine intensivere Betrachtung dieser Thematik. Im Folgenden werden einige Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung dargestellt.

In ärztlicher Behandlung befanden sich zum Zeitpunkt der Befragung 39,0 % der Erwachsenen aus Haushalten mit geringem Einkommen (n=403). Zum Vergleich: Bei den Erwachsenen aus Haushalten mit höherem Einkommen (n=73) waren es nur 20,5 %.

Die finanzielle Situation hat auch Auswirkungen auf den Bereich Gesundheit. Familien mit geringem Einkommen wurden gefragt, auf was sie verzichten, wenn das Geld für die Deckung der monatlichen Lebenshaltungskosten nicht reicht. Verzicht auf den Arztbesuch oder Verzicht auf Medikamente wurden wesentlich häufiger von den Familien genannt, bei denen in den Monaten vor der Befragung das Geld nicht reichte. Es ist anzunehmen, dass hierbei neben der Praxisgebühr und den Zuzahlungen bei Medikamenten auch Fahrtkosten eine Rolle spielen. Es liegt auf der Hand, welche fatalen Folgen daraus resultieren können, wenn Erwachsene und Kinder aus Geldmangel nicht mehr zum Arzt gehen oder nicht alle nötigen Medikamente nehmen.

Ebenfalls kritisch ist die Situation hinsichtlich der Ernährung, Bekleidung und Körperpflege zu sehen: Diese Bereiche gehören zu den Grundbedürfnissen, die konstant und angemessen befriedigt werden sollten.

Gefragt wurde auch danach, ob der Alltag psychisch belastend ist. Die folgende Abbildung zeigt, dass für fast 40 % der interviewten Personen in Haushalten mit geringem Einkommen der Alltag sehr oder eher belastend ist. Nur 24,6 % der Befragten empfinden das alltägliche Leben als eher nicht oder gar nicht beschwerlich.

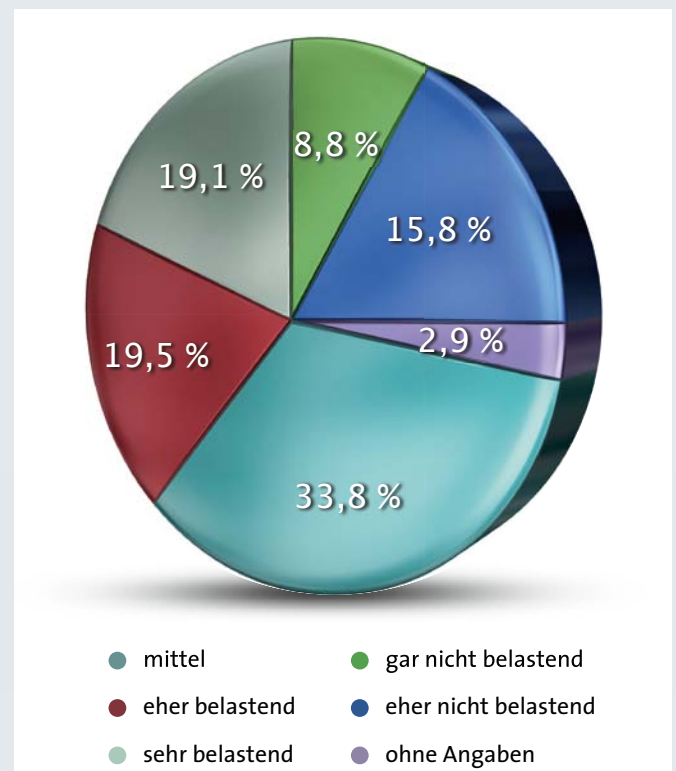


Abbildung: Ist der Alltag für die interviewten Personen psychisch belastend/Haushaltsbefragung (n=272)

8

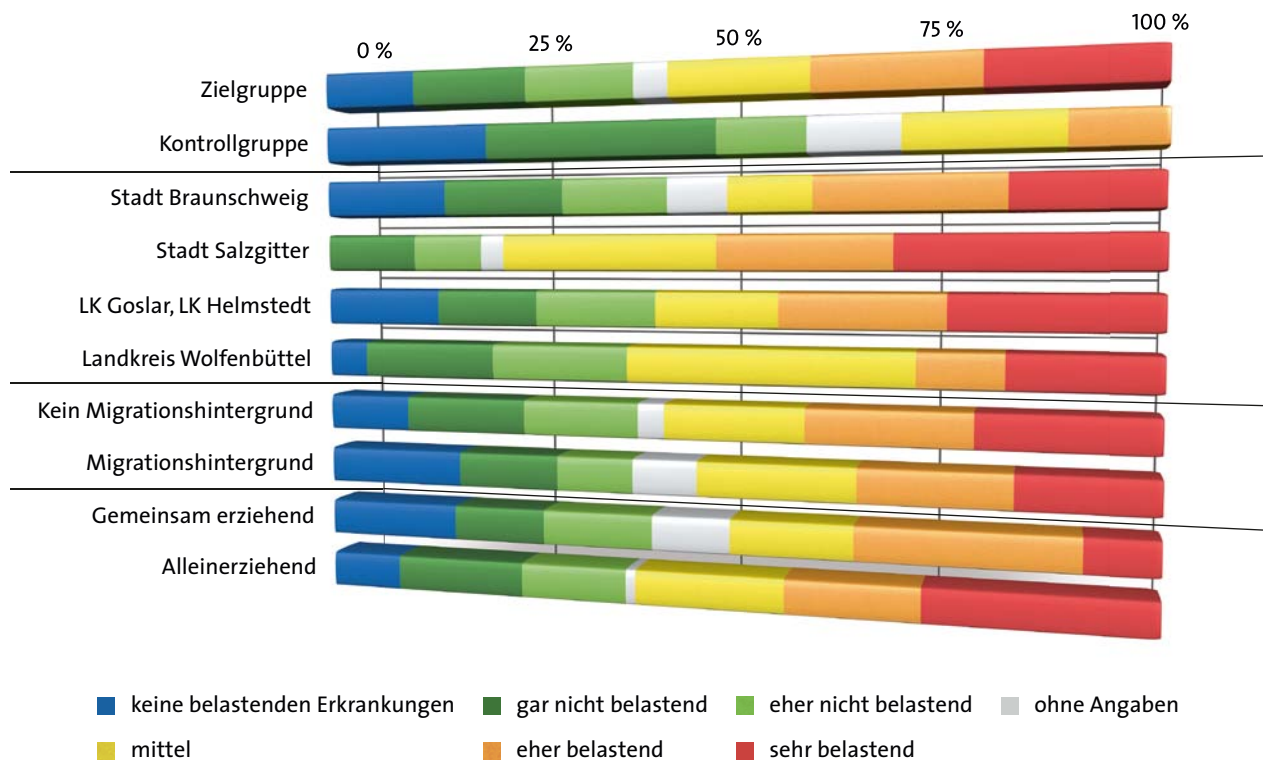


Abbildung: Auswirkungen der Erkrankungen auf den Alltag des Kindes/Haushaltsbefragung (n=260)

Bei den Haushalten mit geringem Einkommen lag der Anteil kranker Kinder bei 43,8 % (n=589). Mit 47,5 % (n= 9) lag der Anteil in Haushalten mit höherem Einkommen geringfügig höher.

Um zu beurteilen, ob die Kinder krank sind oder nicht, wurde folgende Frage gestellt: „Hat Ihr Kind eine oder

mehrere der nachfolgenden Krankheiten, Beeinträchtigungen?“ (Mehrfachnennungen möglich; Antwortmöglichkeit: nein, ja)

Gefragt wurde auch danach, wie die Eltern die Auswirkung der Erkrankung des Kindes auf den Alltag des Kindes beurteilen.

Antwortmöglichkeiten

- _____ Allergien (Heuschnupfen, Milben, etc.)
- _____ Neurodermitis oder andere Hautkrankheit
- _____ Erkrankung der Atemwege (Asthma, Bronchitis)
- _____ Herz-, Magen- oder Darmkrankheiten
- _____ Hyperaktivität, Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom
- _____ Übergewicht (Adipositas)
- _____ Essstörung (Magersucht, Bulimie)
- _____ Depressionen oder Angstzustände
- _____ Geistige, seelische Beeinträchtigung
- _____ Körperliche Behinderungen/Beeinträchtigung
- _____ Sonstiges

Wie die Abbildung (oben) zeigt, sagen mehr als viermal so viele gering verdienende Eltern (Zeile 1 – Zielgruppe), dass für ihre kranken Kinder der Alltag eher oder sehr belastend ist als Eltern aus Haushalten, die über ein höheres Einkommen verfügen (Zeile 2 – Kontrollgruppe).

Gefragt wurde auch danach, wie sich die Erkrankungen der Kinder auf den Alltag der Erwachsenen auswirken. Das Ergebnis sieht hier ganz ähnlich aus: Dreimal so viele Erwachsene aus Haushalten mit geringem Einkommen erklärten, dass sich die Erkrankung der Kinder auf den Alltag der Erwachsenen eher oder sehr belastend auswirkt als dies bei Haushalten mit höherem Einkommen

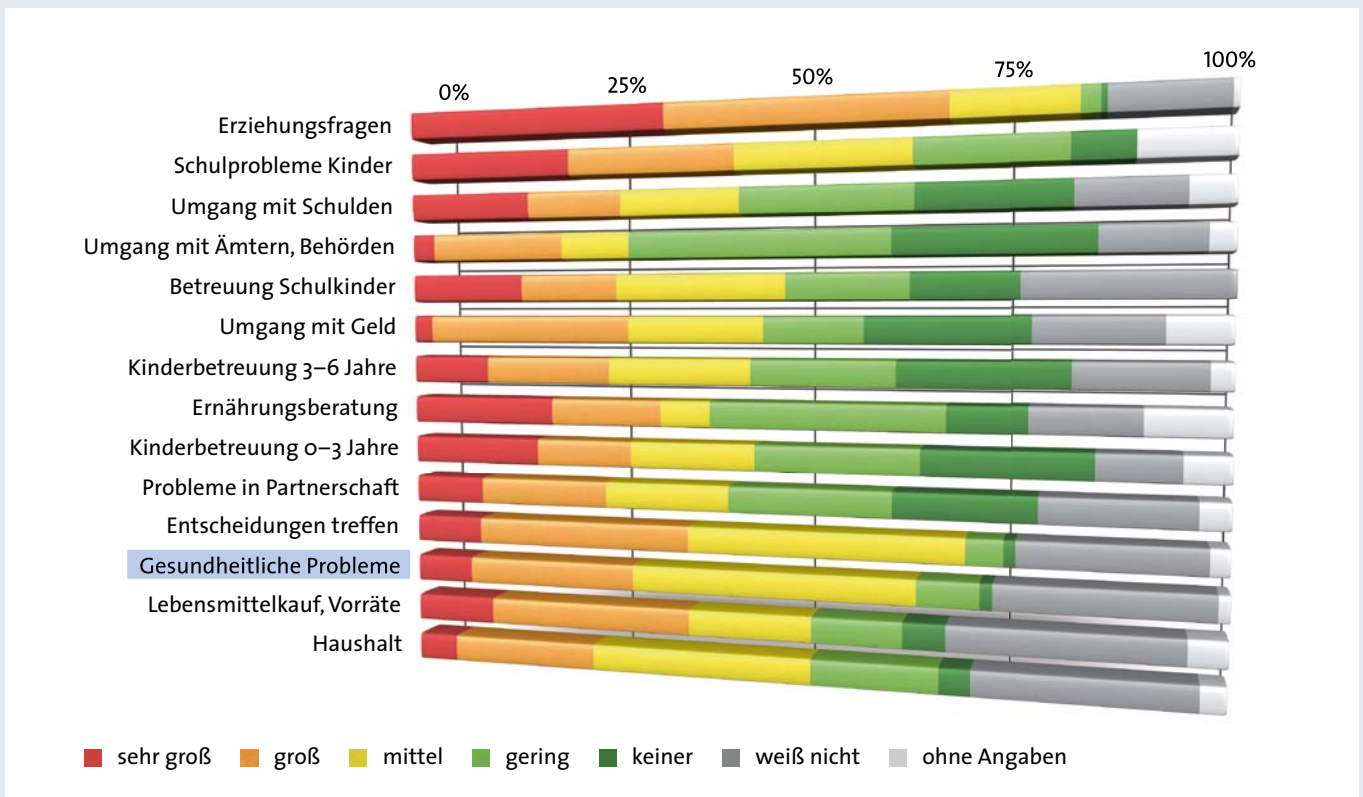


Abbildung: Welchen Unterstützungsbedarf sehen die Akteure bei den Haushalten mit geringem Einkommen/ Akteursbefragung (n=136)

der Fall war. (Haushalte mit geringem Einkommen – eher belastend = 19,2 %, sehr belastend = 19,6 %; Haushalte mit höherem Einkommen – eher belastend = 10,7 %, sehr belastend = 0 %).

Bei der Bewertung dieser Daten ist zu berücksichtigen, dass sich in den Haushalten mit geringem oder höherem Einkommen der Anteil der kranken Kinder nicht wesentlich voneinander unterscheidet. Die Daten weisen darauf hin, dass die Erwachsenen die Auswirkungen ganz unterschiedlich, und zwar abhängig von der Einkommenssituation, erleben.

Neben den Familien mit geringem Einkommen wurden auch die Akteure befragt, also Beschäftigte in Institutionen, die von Familien mit geringem Einkommen aufge-

sucht werden. Im Gegensatz zu den Familien selbst, sehen die Akteure bei Haushalten mit geringem Einkommen und minderjährigen Kindern nur einen geringen Bedarf für Unterstützung bei gesundheitlichen Problemen.

Fazit

Für Familien im Braunschweiger Land mit geringem Einkommen sind gesundheitliche Probleme, neben der finanziellen Situation, ein zentrales Thema. Dem entspricht ein hoher Wunsch nach Unterstützung bei gesundheitlichen Problemen. Und die Erkrankung der Kinder stellt für sie eine hohe Belastung dar. Wesentlich höher, als dies in Familien mit höherem Einkommen der Fall ist. Die Bedeutung gesundheitlicher Probleme wird von den Akteuren wesentlich anders gesehen als von den Familien selbst.

8

EMPFEHLUNG

Aus diesen Ergebnissen ergeben sich mehrere Empfehlungen:

Grundsätzliche Beachtung und stärkere Sensibilisierung der Akteure für die gesundheitlichen Probleme und die psychischen Belastungen im Alltag von Mitgliedern einkommensschwacher Haushalte.

- Offene, stadtteilorientierte Angebote (Stadtteiltreffs etc.) mit Kompetenzen in der Gesundheitsberatung erweitern

Die aktuelle Studie „Braunschweiger Land“ hat gezeigt, dass die offenen stadtteilorientierten, wohnquartiersbezogenen Angebote (Stadtteiltreffs etc.) häufig zum Alltag der Familien mit geringem Einkommen gehören, sofern sie vorhanden sind. Zugleich verdeutlicht die Befragung die Zusammenhänge zwischen einem geringen Einkommen und gesundheitlichen Problemen.

Deshalb erscheint es nicht nur sinnvoll, sondern auch erforderlich, diese Angebote um fachliche Kompetenzen in der Gesundheitsberatung zu erweitern, die kostenlos genutzt werden können.

- Erarbeitung einer Liste mit allen kostenlosen Angeboten im Gesundheitsbereich

Das Erstellen einer entsprechenden Liste erscheint notwendig und sinnvoll, da zum einen betroffene Personen oft nicht wissen, welche Leistungen (z.B. Vorsorgeuntersuchungen) sie kostenlos in Anspruch nehmen können. Zum anderen wäre diese Liste auch für professionelle Akteure in der alltäglichen Beratung von großem Nutzen.

- Einrichten eines Gesundheitsfonds

Die finanziellen Probleme korrespondieren sehr eng mit gesundheitlichen Problemen. Dies spricht für die Einrichtung eines Gesundheitsfonds. Aus diesem Fonds können bei Bedarf Gelder für einmalige Beihilfen bereitgestellt werden, wenn z.B. Krankenkassen oder andere Sozialleistungsträger die Übernahme der Kosten ablehnen. Die modellhafte Einrichtung für ein bestimmtes Gebiet sollte mit der Überprüfung verbunden werden, ob dies zu einer Verbesserung der Situation von Familien mit geringem Einkommen führt, also wirksam ist.

Vor Ort muss erörtert werden, wie, wo und durch wen dies am besten zu realisieren ist. Eine Einbeziehung betroffener Haushalte ist hierfür sicherlich hilfreich.

9



Ärztliche Versorgung – für alle erreichbar.

Einrichtung eines mobilen
Gesundheitsdienstes im
ländlichen Raum

Die Infrastruktur im Braunschweiger Land lässt sich nicht in jeglicher Hinsicht als gut bezeichnen. Insbesondere die Wege zum nächsten Frauen- und Kinderarzt sind oft weit. Gerade in ländlichen Gegenden wäre es deshalb empfehlenswert, einen mobilen Gesundheitsdienst einzurichten.

Auswertung

Die folgende Abbildung fasst die Bewertungen der Akteure auf die Frage zusammen, welche Infrastruktur vor Ort herrscht. Nach ihren Einschätzungen mangelt es insbesondere an Frauen- und Kinderärzten. 17,7 % der Akteure sagten, dass Kinderärzte sogar völlig fehlen. Noch höher ist der Anteil bei den Frauenärzten mit 20,9 %.

Kinderärzte und Fachärzte sind nur schwer erreichbar.

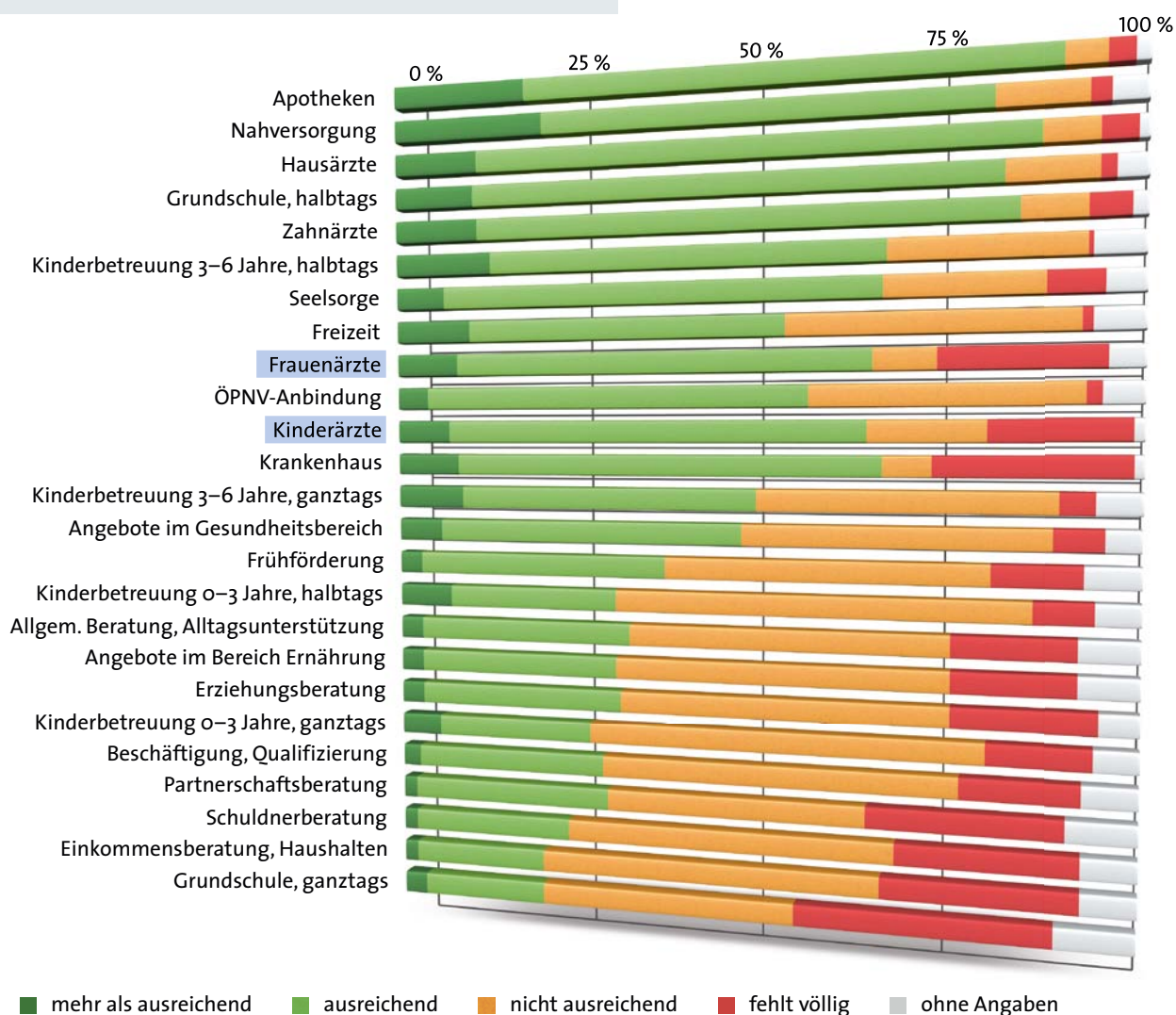


Abbildung: Bewertung der Infrastruktur/Akteursbefragung (n=136)

Einrichtung eines mobilen Gesundheitsdienstes im ländlichen Raum

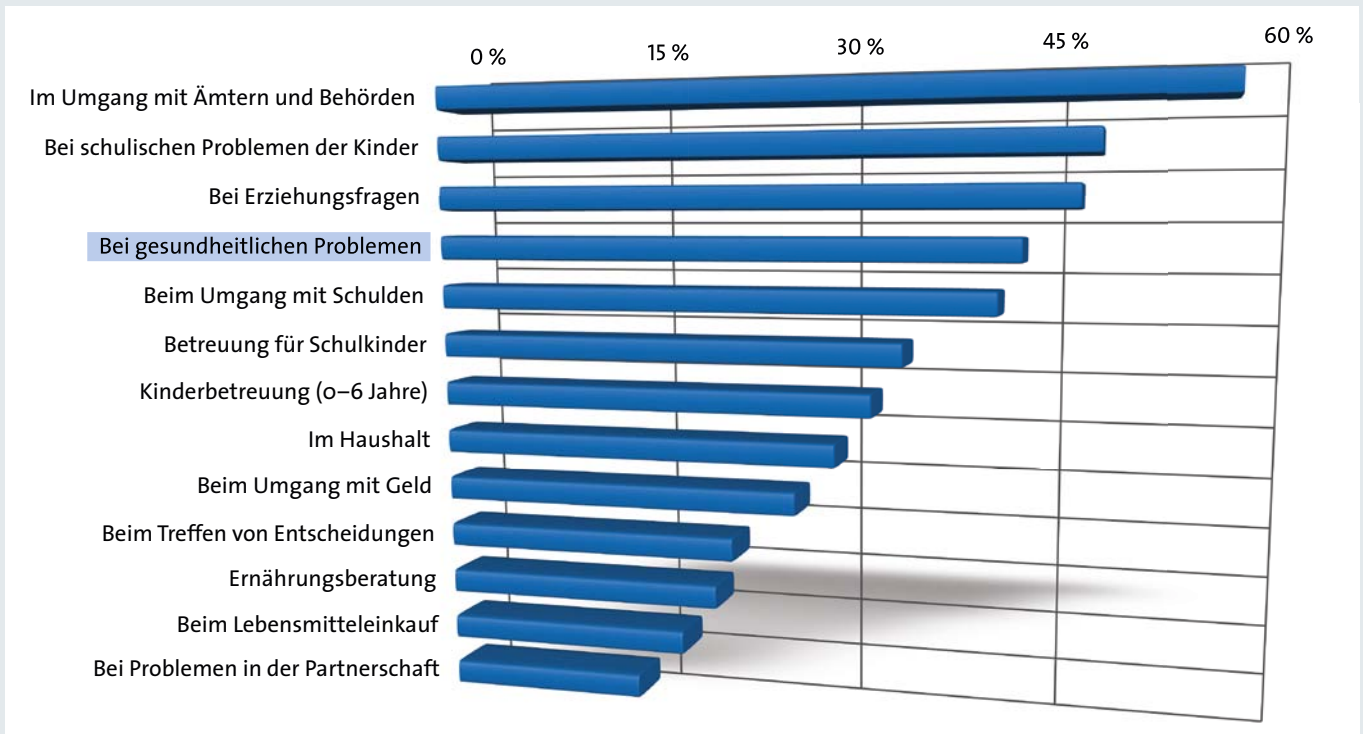


Abbildung: Bereiche, in denen von den Haushalten (weitere) Unterstützung gewünscht wird/Haushaltsbefragung (n=311)

Eine Auswertung nach den fünf Gebietskörperschaften ergab, dass Frauen- und Kinderärzte eher in den ländlichen Regionen fehlen als in der Großstadt. Diesem Infrastrukturdefizit steht der hohe Unterstützungsbedarf der Haushalte bei gesundheitlichen Problemen gegenüber (siehe oben).

EMPFEHLUNG

Die Auswertungsergebnisse sprechen dafür, einen mobilen ärztlichen Dienst im ländlichen Raum einzurichten. Der Dienst könnte beispielsweise bei Tageseinrichtungen für Kinder etc. angebunden werden, um die dortigen Räume zu nutzen. Alternativ dazu wäre die Übernahme von Fahrtkosten zu den Fachärzten zu erwägen.

9





Wirkung erzielen

Viele Institutionen, Organisationen und Einzelpersonen engagieren sich, um die Situation von Familien mit geringem Einkommen zu verbessern. Für die Familien ist entscheidend, ob sich ihre Situation durch diese Unterstützung tatsächlich und wirksam verbessert. Wesentliches Ziel der durchgeführten Studie ist es, die Wirksamkeit der aktuellen Angebote für Familien mit geringem Einkommen zu erheben und Empfehlungen zur Entwicklung und Ausgestaltung mit neuen Akzenten und Schwerpunkten zu geben. Hierfür sind Informationen zur Wirkung der derzeitigen Angebote notwendig. Zu diesem Aspekt wurden im Rahmen der Akteursbefragung entsprechende Fragen gestellt.

Zum einen wurden die Akteure gebeten, das Angebot ihrer eigenen Einrichtung, Institution zu beurteilen. Die Frage lautete: „Wie stark trägt Ihre Arbeit zum Ausgleich von individueller Benachteiligung bei den Zielhaushalten (Haushalten mit minderjährigen Kindern und geringem Einkommen) bei?“. In der Tabelle unten sind die entsprechenden Ergebnisse dazu aufgeführt.

Die Einschätzung, in welchem Ausmaß die Arbeit der Akteure zum Ausgleich individueller Benachteiligungen beiträgt, tendiert deutlich zur Mitte: Am häufigsten wurde die Indifferenzantwort („mittel“) gegeben (44,9 %). Ein Drittel entschied sich für eine positive Antwort (33,1 % sagten „eher viel“ oder „sehr viel“). Immerhin 14,7 % äußerten sich pessimistisch („eher wenig“ oder „überhaupt nicht“).

Antwortkategorie	Häufigkeit	Prozent
überhaupt nicht	1	0,7
eher wenig	19	14,0
mittel	61	44,9
eher viel	36	26,5
sehr viel	9	6,6
weiß nicht	4	2,9
ohne Angabe	6	4,4
Gesamt	136	100,0

Tabelle: Ausmaß, in dem die Arbeit der Akteure zum Ausgleich individueller Benachteiligung beiträgt

Nur ein Drittel der Befragten äußerte sich eindeutig positiv und glaubt, dass die geleistete Arbeit in dem Sinne Wirkung hinterlässt, dass sie zum Ausgleich individueller Benachteiligung beiträgt.*

In diesem Zusammenhang wurde auch nach der Festlegung von Zielen/Zielwerten sowie der Dokumentation der Erfolge gefragt. Von denjenigen, die antworteten, für ihr Angebot sei ein Ziel festgelegt, das erreicht werden soll, haben 44,7 % (n=127) die obige Frage positiv („eher viel“ oder „sehr viel“) beantwortet. Von denjenigen, bei denen das Ziel auch quantifiziert wird, d.h. Zielwerte hinterlegt sind, haben 52,3 % (n=78) die obige Frage positiv beantwortet.

Neben der Frage zu der eigenen Einrichtung, Institution wurde auch erbeten, insgesamt die Angebote vor Ort zu beurteilen. Die Frage lautete: „Sind die Angebote vor Ort in der Lage, Benachteiligungen für die Zielhaushalte (Haushalte mit minderjährigen Kindern und geringem Einkommen) auszugleichen?“. Diese Frage stellt die Fremdeinschätzung bezüglich der Angebote anderer Akteure dar. Dazu wurde die folgende Liste von 14 Angeboten (plus „Sonstiges“) vorgelegt.

1. Vorschulischer Bildungsbereich (0 – unter 6 Jahre)
2. schulischer Bildungsbereich
3. Erwachsenenbildung (VHS etc.)
4. Gesundheitsbereich
5. Ernährung
6. Freizeitbereich
(hierzu zählen auch Sportangebote von Vereinen)
7. Einkommenssicherung (Arge, Wohngeldstelle etc.)
8. Familien- und Erziehungsberatung
9. Jugendhilfe
10. Schuldnerberatung
11. Beschäftigung, Qualifizierung
12. Stadtteilarbeit
13. Lebensmittelverteilung, Kleiderkammer, Gebrauchtmöbel etc.
14. Seelsorge.

* Ob das Angebot z.B. zur aktuellen Stabilisierung der betroffenen Personen oder Haushalte beiträgt, ohne deren individuelle Benachteiligung dauerhaft und damit wirkungsvoll auszugleichen, wurde hier nicht gefragt.

Wirkung erzielen

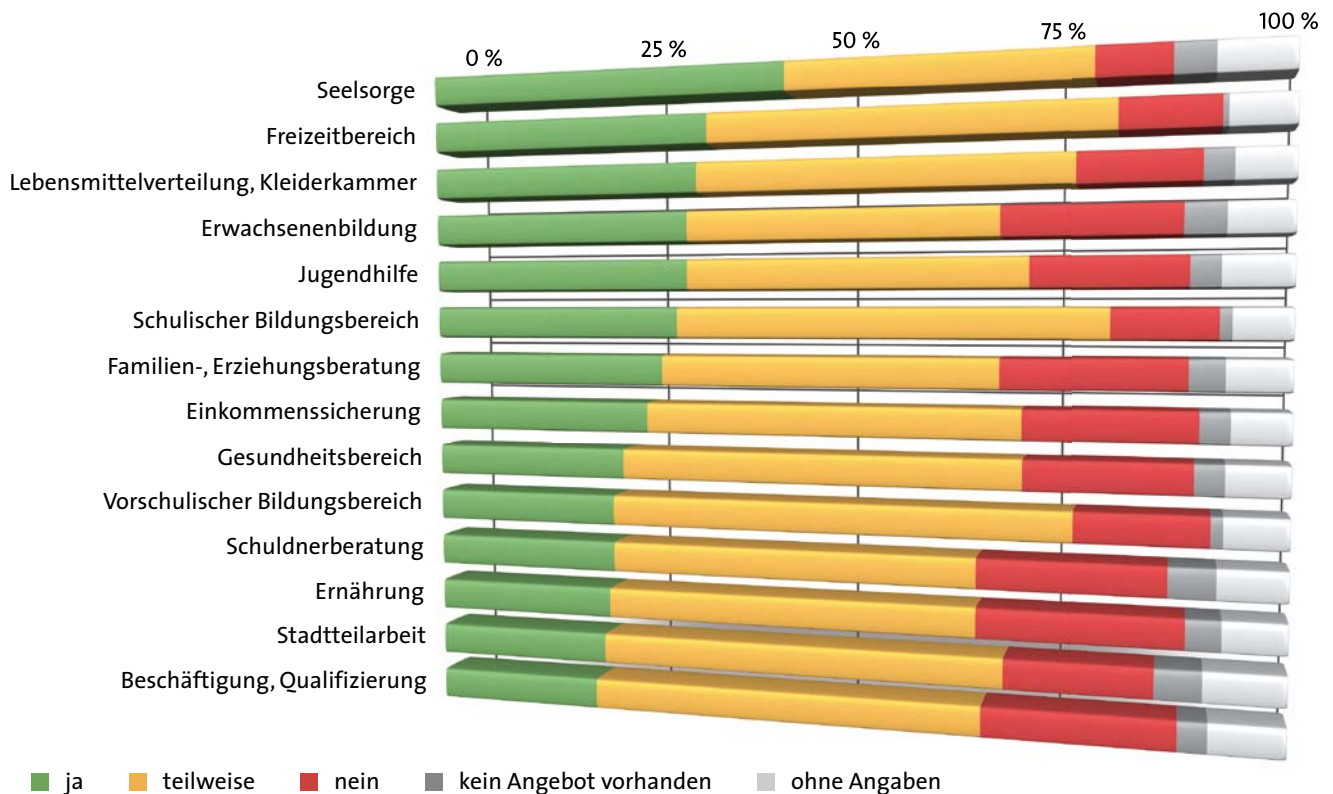


Abbildung: Bewertung der Angebote vor Ort, ob sie in der Lage sind, Benachteiligungen für Haushalte (mit minderjährigen Kindern und geringem Einkommen) auszugleichen/Akteursbefragung (n=136)

Die Abbildung oben zeigt die Gesamtauswertung. Wie auch bei der Beurteilung der Angebote der eigenen Einrichtung wurde kein Bewertungsmaßstab vorgegeben. Erbeten wurde die jeweils eigene subjektive Einschätzung. Den besten Wert erreichten die seelsorgerlichen Angebote.* Die Spanne der negativen Einschätzungen reicht von 10,8 % (Freizeitbereich) bis 22,8 % (Ernährung).

Hinsichtlich der positiven Einschätzungen reicht die Spanne von 20,3 % (Beschäftigung, Qualifizierung) bis 34,8 % (Freizeitbereich). Nach Einschätzung der Akteure verfügt der Freizeitbereich über die wirkungsvollsten Angebote.

Vergleicht man im Rahmen dieser Wirkungsfrage die Selbsteinschätzung („Wie stark trägt Ihre Arbeit zum

Ausgleich von individueller Benachteiligung bei den Zielhaushalten bei?“) mit der Fremdeinschätzung („Sind die Angebote vor Ort in der Lage, Benachteiligungen für die Zielhaushalte auszugleichen?“), so ist festzustellen, dass die Daten miteinander korrespondieren.

Zu einem nicht geringen Teil wird die Wirkung der eigenen und der vor Ort vorhandenen Angebote in Frage gestellt. Mehr als 15 % verneinen sie.

Neben den Fragen an die Akteure gab es zu dieser Thematik auch Fragen an die Familien mit geringem Einkommen. Sie wurden nicht nur nach den größten Problemen in den sechs Monaten vor dem Interview gefragt. Gestellt wurde auch die offene Frage: „Wodurch wurden die geschilderten größten Probleme gelöst?“.

Fast die Hälfte der Familien gibt an, dass sich nichts zum Positiven verändert hat (44,5 %: „Es hat sich nichts geändert“, 2,3 % „Problem kann nicht gelöst werden“). Bei etwa jeder fünften Familie war das eigene Engagement oder

* Es ist sicher lohnenswert, diesem Ergebnis noch weiter nachzugehen. Die Frage war nicht so differenziert, dass unter Seelsorge nur die Arbeit der Kirchen gefasst wurde. Es ist ebenso möglich, dass unter Seelsorge die gesamte Hilfe bei der persönlichen Lebensbewältigung verstanden wurde. Seelsorge im weitesten Sinne findet z.B. in der offenen Sozialberatung oder beim Arzt statt.

Wie stark trägt Ihre Arbeit zum Ausgleich von individueller Benachteiligung bei den Zielhaushalten bei?

Antwortkategorie	Häufigkeit	Prozent
überhaupt nicht und eher wenig	20	15,9
mittel	61	48,4
eher viel und sehr viel	45	35,7
Gesamt (Akteure)	126	100,0

Sind die Angebote vor Ort in der Lage, Benachteiligungen für die Zielhaushalte auszugleichen?

Antwortkategorie	Häufigkeit	Prozent
nein	370	19,4
teilweise	905	47,5
ja	629	33,0
Gesamt (Urteile)	1.904	100,0

Tabelle: Selbsteinschätzung und Fremdeinschätzung zur Wirkung der Arbeit und der Angebote vor Ort (Häufigkeiten und Prozentwerte ohne „weiß nicht“ und „ohne Angaben“)

die Unterstützung sozialer Netzwerke für die Lösung von Problemen entscheidend.

Fast 25 % (24,4 %) nennen „helfende Institutionen“ als diejenigen, die zur Lösung von Problemen beigetragen haben. Die Wirkung sollte noch mehr als bisher in den Blick genommen werden. Bei diesem Prozess gilt, dass eine hohe Wirkung eine hohe Qualität bei der Leistungserbringung voraussetzt.

Entscheidend ist bei diesem Prozess, zunächst Ziele zu beschreiben. Denn ohne festgelegte Ziele hat das (menschliche) Handeln keine Richtung: Es kann somit weder erfolgreich noch wirksam sein. Ziele sind deshalb eine elementare Grundlage für jedes System, jede Organisation etc., um Maßnahmen zur Realisierung entwickeln und umsetzen zu können.

Ohne Ziele festgelegt zu haben, sind auch keine Aussagen zur entsprechenden Wirkung möglich – egal, ob es Angebote oder die eigene Arbeit ist. Der Philosoph Seneca (1–65) bringt dies auf den Punkt: „Wenn man nicht weiß, welchen Hafen man ansteuert, ist kein Wind günstig“. Anders gesagt: Ziele müssen Richtwerte haben, um anschließend über den Grad der Zielerreichung Aussagen machen zu können.

Die wesentlichen Komponenten einer wirkungsorientierten Arbeit sind:

- Annahmen über Wirkungszusammenhänge (im Sinne wahrscheinlichkeitstheoretischer Überlegungen)

- Festlegung und Definition von erreichbaren Zielen
- Operationalisierung der Ziele durch die Festlegung und Definition von Kennzahlen und Indikatoren
- Dokumentation der Ist-Werte (einschließlich der Datenquellen) als Ausgangsbasis zur Bestimmung zukünftiger Zielwerte für die einzelnen Kennzahlen und Indikatoren
- Abhängig von den Kennzahlen und Indikatoren, Festlegung von Zielwerten, die Aussagen über den Grad der Zielerreichung erlauben
- Festlegung der Zielwerte auf der Grundlage der Ist-Werte
- ein differenziertes, aber handhabbares Datendokumentationsinstrument mit entsprechenden Auswertungskompetenzen.

All dies muss zwingend in einem dialogischen Verfahren geschehen – also zwischen den beteiligten Akteuren. Dies bezieht sich z.B. auf die Festlegung von Zielen, Kennzahlen/Indikatoren, Zielwerten und der sorgfältigen Bewertung, in welchem Grad die angestrebte Wirkung erreicht wurde. Dieses dialogische Verfahren ist keine einmalige Aktion, sondern ein kontinuierlicher Prozess, der klare und transparente Strukturen benötigt. Dabei sollte in einem angemessenen Verfahren die Sichtweise der Betroffenen Berücksichtigung finden.

Insgesamt sprechen die Ergebnisse dafür, dass bezüglich der Wirkung der zahlreichen bereits bestehenden Maßnahmen und Angebote ein Optimierungspotential bei den Wirkungen besteht.



Verlauf der Studie

Vorgehensweise,
Projektabschnitte,
Hindernisse,
Akteure

Sinn und Zweck der Studie

Mit der Studie „Handlungsorientierte Sozialberichterstattung für das Braunschweiger Land“ sollen praxisnahe Handlungsempfehlungen für Akteure entwickelt werden, um die Lebenslagen von Personen und Haushalten, die sich in individuell benachteiligenden Situationen befinden, zu verbessern.

Solche Situationen sind vor allem der Bezug von Arbeitslosengeld II oder alleinerziehend zu sein. Zu den Akteuren zählen Stadt-, Gemeinde- und Landkreisverwaltungen, Freie Träger der Wohlfahrtspflege, Kirchengemeinden, Tageseinrichtungen für Kinder, Grundschulen etc. und zum Braunschweiger Land gehören die Städte Braunschweig und Salzgitter sowie die Landkreise Goslar, Helmstedt und Wolfenbüttel.

Vorgehensweise

Das Projekt gliederte sich in zwei Abschnitte. Im ersten Abschnitt wurden relevante Daten für die fünf Gebietskörperschaften des Braunschweiger Landes in einem Datenreader zusammengestellt. Im zweiten Projektabschnitt wurden zum einen Haushalte und zum anderen die entsprechenden Akteure befragt.

Die Studie wurde von einem Beirat begleitet. Zum Beirat gehören der Auftraggeber, die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz, die die Studie mitfinanzierte, Vertreter und Vertreterinnen der Freien Träger der Wohlfahrtspflege und der Stadt- und Landkreisverwaltungen sowie des Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

Erster Projektabschnitt:

Erstellung eines Datenreaders

In den Monaten Januar bis August 2009 wurden vorhandene studienrelevante Daten zusammengestellt. Die Datenzusammenstellung orientiert sich an den Indikatoren für Lebenslagen entsprechend dem 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Als Datenquellen für den Datenreader wurden unter anderem Daten der Landesregierung, der Stadt- und Landkreisverwaltungen und der Bundesagentur für Arbeit herangezogen. Diese Daten bildeten die Grundlage für die Auswahl einer Zielgruppe hinsichtlich der beiden Befra-

gungen im 2. Projektabschnitt. Zusammen mit dem Beirat wurde entschieden, die Lebenslage von sowohl Alleinerziehenden als auch gemeinsam erziehenden Eltern mit minderjährigen Kindern und geringem Einkommen zum Thema der beiden Befragungen zu machen.

Der erstellte Datenreader enthält hinsichtlich der Zielgruppe der Studie Daten zu folgenden Bereichen:

- Bevölkerung
- Einkommen
- Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse
- Arbeitslosigkeit – generelle Daten zur Grundsicherung, für Arbeitssuchende (SGB II) und zur Arbeitsförderung (SGB III)
- Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) – hilfebedürftige Personen
- Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) – Bedarfsgemeinschaften
- Verbraucher-Insolvenzen
- Bildung
- Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII), Jugendgerichtshilfe und Schuleingangs-Untersuchungen
- Sozialhilfe (SGB XII)
- Wohngeld
- Asylbewerberleistungsgesetz.

Im Unterschied zu anderen Datenzusammenstellungen zeichnet sich dieser Datenreader u.a. durch kleinräumige Daten auf der Ebene der Landkreise aus.

Zweiter Projektabschnitt:

Haushalts- und Akteursbefragung

„Das Wissen anderer, einschließlich derer, die betroffen sind, einzubeziehen, verringert die Wahrscheinlichkeit, mit unerwünschten Folgen konfrontiert zu sein (...).“^{*} Beide Befragungen, die Haushalts- und Akteursbefragung waren somit notwendig, um detaillierte, umfassende Informationen zu erhalten, die für zielführende und konkrete Handlungsempfehlungen eine ausreichende Grundlage bilden. Diese beiden Befragungen, die einmal

^{*} Reuter, Wolf (2006, S. 219): Rittel revisited: oder von der Notwendigkeit des Diskurses. In Selle, Klaus (Hrsg.): Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte. Theorien. Impulse (Planung neu denken, Band 1), Dortmund, S. 210-224.

Verlauf der Studie

aus Sicht der betroffenen Haushalte (Selbstwahrnehmung) und aus Sicht der Akteure (Fremdwahrnehmung) das „Feld beleuchten“ sind u.a. ein Alleinstellungsmerkmal dieser Studie.

Haushaltsbefragung

Zur Gruppe der befragten Haushalte gehören alleinerziehende, ledige, verheiratete, getrennt lebende, geschiedene oder verwitwete Väter und Mütter, die mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren (leibliches/Adoptiv-/Stief- oder Pflegekind) in einer Hausgemeinschaft zusammenleben.

Das zweite Kriterium, das erfüllt sein musste, um zur Zielgruppe zu gehören, war ein geringes Einkommen. Geringes Einkommen liegt vor, wenn u.a. ein Bezug von Arbeitslosengeld II/Sozialgeld, Sozialhilfe, Wohngeld, Kinderzuschlag besteht. Entsprechend dem zweiten und dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung liegt die Armutsgrenze – oder die „Armutrisikoquote (Bundesregierung) – bei 60 % des mittleren monatlichen Nettoeinkommens. Zielgruppe dieser Studie sind Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 70 % oder weniger des mittleren monatlichen Nettoeinkommens (Median*).

Die Armutsgrenze wurde für diese Studie erhöht, um somit z.B. auch Haushalte mit Erwerbseinkommen befragen zu können. Gleichzeitig ist die 70 %-Grenze, der Wert, der die Unter- von der Mittelschicht trennt. Zur Mittelschicht zählt laut dem DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) „wem zwischen 70

und 150 % des Medians zur Verfügung stehen.“** Entsprechend der Haushaltsgröße ergibt sich die 70 % Grenze aufgrund verbindlicher Äquivalenzziffern. So wurde basierend auf dem Durchschnittseinkommen 2007 für die erste erwachsene Person im Haushalt 891,- € (gerundet) angesetzt und 50 % für jede weitere Person ab 14 Jahren sowie 30 % pro Kind unter 14 Jahre.

In der Tabelle sind für unterschiedliche Haushaltskonstellationen die Einkommensgrenzen aufgelistet, nach denen entschieden wurde, ob die zu befragenden Haushalte zur Zielgruppe gehörten oder nicht. Als Methode für die Befragung wurde die direkte Face-to-Face-Interviewform im Einzelgespräch gewählt, weil sie besonders geeignet ist, tiefergehende Einzelmeinungen zur persönlichen Einschätzung der Lebenssituation in hoher Datenqualität zu erfassen.

Da bei Beginn der Studie davon auszugehen war, dass nur eine gewisse Gruppe von Zielpersonen bereit sein wird, ein solches ausführliches Interview von mindestens 90 Minuten durchzuführen, gab es auch eine optionale Kurzversion mit einem 30-minütigen Interview, welche lediglich die Kernstücke der Befragung beinhaltete. Haushalte, die teilnehmen wollten, aber nicht entsprechend viel Zeit für ein Direktinterview hatten oder dieses ablehnten, konnten einen entsprechenden Fragebogen ausfüllen.

Die Themen der Befragung waren u.a.

- Situation der Betroffenen (Wohnsituation, Erwerbssituation, Einkommenssituation, soziale Beziehungen Gesundheit etc.)

	Paar mit Kind/ern		Alleinerziehend mit Kind/ern	
	unter 14 Jahre	über 14 Jahre	unter 14 Jahre	über 14 Jahre
Ein Kind	1.604,- €	1.782,- €	1.160,- €	1.337,- €
Zwei Kinder	1.872,- €	2.237,- €	1.426,- €	1.782,- €
Drei Kinder	2.140,- €	2.674,- €	1.694,- €	2.228,- €
Vier Kinder	2.408,- €	3.119,- €	1.961,- €	2.674,- €
Fünf Kinder	2.675,- €	3.565,- €	2.228,- €	3.119,- €

Tabelle: 70 % – Einkommensgrenzen für unterschiedliche Haushaltsgrößen

* Der Median ist ein Maß der zentralen Tendenz. Er wird berechnet, indem man alle Messwerte in ihrer natürlichen Reihenfolge anordnet und daraufhin den mittleren Wert, der die Reihenfolge halbiert, ausählt.

** Herrmann, Ulrike: Hurra, wir dürfen zahlen – Der Selbstbetrug der Mittelschicht, Frankfurt am Main, 2010, S. 39.

- Wahrnehmung dieser Situation
- Strategien, wie mit diesen Situationen, z.B. mit einem geringen Einkommen umgegangen wird und
- Beurteilung und Einschätzung dieser Strategien.

Das Interview enthielt geschlossene Fragen (mit vorgegebenen Antwortmöglichkeiten) und offene Fragen. Da an zentralen Stellen im offenen Antwortformat gefragt wurde, war es möglich, exakt die schwierige und häufig durch mehrere Probleme bestimmte Lebenslage der Haushalte abzubilden. Solch eine offene Frage war z.B. „Was waren in den letzten sechs Monaten (vor dem Interview) Ihre größten Probleme?“.

Um die Interpretierbarkeit der Auswertungsergebnisse der Zielgruppe zu verbessern, wurden parallel als Kontrollgruppe Haushalte mit minderjährigen Kindern aber mit einem höheren Einkommen befragt. Das Einkommen dieser Haushalte musste mindestens dem Durchschnittseinkommen entsprechen. Das bedeutete 1.273,- € für die erste erwachsene Personen im Haushalt plus 50 % pro weitere Person ab 14 Jahren sowie plus 30 % pro Kind unter 14 Jahren. Dementsprechend war das Durchschnittseinkommen der einkommensstarken Haushalte 2,5-mal so hoch wie das der einkommensschwachen Haushalte (3.500,- € zu 1.300,- € – Median). Indem nicht nur Haushalte mit geringem Einkommen (Zielgruppe), sondern gleichzeitig auch einkommensstarke Haushalte (Kontrollgruppe) befragt wurden, liegt ein weiteres Alleinstellungsmerkmal der Studie. Zu Beginn der Studie wurde eine Stichprobengröße von 800 Intensivinterviews, 400 Kurz-Interviews und 800 Fragebögen angestrebt.

Akteursbefragung

Für die Formulierung von praxistauglichen Handlungsempfehlungen ist neben der Betroffenenansicht ebenso die Erfahrung der Handelnden (Akteure), die für und mit den entsprechenden Haushalten unmittelbar sozial arbeiten, unerlässlich. Die Befragung lokaler Akteure dient zum einen dazu, Informationen über die Entwicklung und das Ausmaß der individuell benachteiligenden Lebenslagen vor Ort zu erhalten. Zum anderen werden durch die Befragung Daten und Informationen zur Anzahl und Art, zur Einschätzung und Bewertung der Qualität sowie zur Wirkung der Angebote erhoben. Ergänzt wird dieses

u.a. durch Angaben über die Finanzierung der Angebote, über Kooperationen mit anderen Angebotsträgern, über Einschätzung zum Hilfebedarf und zur Verbesserung des Hilfesystems vor Ort.

Es sollten ca. 150 Akteure befragt werden. Die Befragung erfolgte mittels eines zehnteiligen Fragebogens. Die Auswahl der Akteure erfolgte in Abstimmung mit dem Auftraggeber. Es wurde darum gebeten, beim Ausfüllen des Fragebogens die Sichtweise derjenigen Mitarbeitenden zur Geltung zu bringen, die im Rahmen ihrer Arbeit den direkten Bezug zu Alleinerziehenden und Familien mit geringem Einkommen und ihrer Lebenslage, ihren Problemen und Alltagsnöten haben. 136 Akteure schickten ausgefüllte Fragebogen zurück. Dies ist eine Rücklaufquote von 26 %.

Verlauf der Haushaltsbefragung

In Absprache mit dem Auftraggeber wurde unter professioneller Beteiligung eines Grafikers ein farbiges Info-Blatt „Und wie kommen Sie klar?“ gestaltet, das alle notwendigen Informationen enthielt. Dieses Info-Blatt wurde ab Mitte August 2009 in ca. 700 Beratungsstellen, Tageseinrichtungen für Kinder, Kirchengemeinden, ARGEn, Tafeln etc. ausgelegt. Als Anreiz wurden 15-mal 175,- € unter den teilnehmenden Haushalten verlost. Parallel wurde ein Plakat mit derselben Überschrift und demselben Bild verteilt und aufgehängt, um so ebenfalls auf die Befragung aufmerksam zu machen. Um eine möglichst hohe Repräsentativität der angesprochenen Haushalte zu erreichen, wurde versucht, eine sehr breite Ansprache zu gewährleisten. Deshalb wurde eine Vielzahl unterschiedlicher Einrichtungen und Orte ausgewählt, an denen Haushalte mit Kindern und geringem Einkommen anzutreffen waren, so dass diese von der Studie erfahren und Kontaktinformationen zur Studienteilnahme erhalten konnten.

Mittels einer portofreien Antwortkarte, die von dem Info-Blatt leicht abgetrennt werden konnte, meldeten sich die Haushalte, die an der Befragung teilnehmen wollten bei der Gesellschaft für Organisationen (GOE). Die Antwortkarte enthielt die Anschrift und die Telefonnummer des teilnehmenden Haushaltes. Diese Informationen wurden an die GOE-Interviewer und Interviewerinnen in den entsprechenden Gebietskörperschaften weitergegeben.

Diese wiederum nahmen mit den Haushalten Kontakt auf und verabredeten einen Interviewtermin.

In den ersten Wochen der Erhebungsphase war eine unerwartet niedrige Rücklaufquote zu verzeichnen. Nur sehr wenige Haushalte zeigten ihre Bereitschaft, sich interviewen zu lassen.

Eine Recherche bei den Interviewern und Interviewerinnen und den Akteuren ergab, dass die Gründe für die fehlende Auskunftsbereitschaft der Haushalte zum einen auf Seiten des Hilfesystems und zum anderen an der Situation und der Einstellung der betroffenen Haushalte festgemacht werden konnten. Auf Seiten des Hilfesystems sind es im wesentlichen zwei Gründe, die u.a. erklären, warum der Rücklauf nicht höher war:

- eine geringe Bereitschaft, Zugang zu den Haushalten mit geringem Einkommen herzustellen,
- suboptimale Unterstützung (nicht mehr als das Auslegen der Info-Blätter) der Befragung durch ca. 40 % der Einrichtungen/Akteure.

So war z.B. geplant, dass alle fünf ARGEn die Bedarfsgemeinschaften mit Kindern anschreiben und dem Anschreiben das Info-Blatt beilegen. Dazu ist es nicht gekommen, weil die ARGEn sich darauf verständigten, nur die Info-Blätter in ihren Dienststellen auszulegen und auf die Befragung hinzuweisen.

Auf Seiten der Alleinerziehenden und gemeinsam erziehenden Eltern waren es mehrere Gründe, die zu dem niedrigen Rücklauf beitrugen. Die Haushalte

- glaubten nicht daran, dass sich überhaupt etwas verändern wird oder verändern kann
- „dem Braten nicht trauten“ (Zitat: „Ich wurde noch nie gefragt, warum jetzt?“)
- an der Datensicherheit zweifelten
- sagten, dass durch die Interviews Emotionen ausgelöst wurden (z.B. in Bezug auf erlebte Trennungen etc.), die zu schmerzhaft seien und sie deswegen nicht interviewt werden möchten.

Die vermeintlich oder tatsächlich erlebte Ohnmacht, Resignation und Hoffnungslosigkeit, die daraus abgeleitete Einstellung bei den Haushalten, dass sich doch nichts ändert, dieses Gefühl der eigenen Einfluss- und

Wirkungslosigkeit beherrscht und lähmt viele Menschen. So wie dieses Gefühl und diese Einstellung bei einigen gesellschaftlichen Gruppen dazu führt, sich nicht (mehr) an Wahlen und Bürgerbegehren zu beteiligen, so führte dieses auch dazu, nicht an der Befragung teilzunehmen. Derartige Einstellungs- und Verhaltensweisen werden in der Fachöffentlichkeit als „depressiver Fatalismus“ oder Statusfatalismus diskutiert.

Als eine Konsequenz aus dem geringen Rücklauf wurde in Absprache mit dem Auftraggeber festgelegt, die ursprünglich bis Ende Oktober 2009 geplante Haushaltsbefragung bis Ende November 2009 zu verlängern. Dabei wurden zusätzliche Strategien eingesetzt, um mehr Haushalte für ein Interview zu gewinnen. Dazu zählten z.B. direkte Ansprache und direkte Befragung zu Bringzeiten in den Tageseinrichtungen für Kinder, zu Ausgabezeiten bei den Tafeln, Inforunden durch die Interviewer und Interviewerinnen in Stadtteiltreffs, Tageseinrichtungen für Kinder etc. über die Studie und die Befragung.

Im Ergebnis zeigte sich, dass auch nach dieser Verlängerung für die Landkreise und die Stadt Salzgitter zu wenig Daten vorlagen, um hier belastbare Aussagen machen zu können. In Abstimmung mit der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (SBK) hat das Diakonische Werk beschlossen, die Befragung der Haushalte mit minderjährigen Kindern und geringem Einkommen bis zum Sommer 2010 fortzuführen. Von März 2010 bis Ende Juni 2010 wurde sodann die zweite Erhebungswelle durchgeführt. Unter der Annahme, dass das Diakonische Werk im Braunschweiger Land bekannter ist als die GOE aus Bielefeld, wurde die Ansprache der Institutionen und Einrichtungen als auch der Haushalte durch das Diakonische Werk und nicht mehr durch die GOE vorgenommen.

Nach Abschluss der Befragung im Sommer 2010 lagen Daten von 40 Interviews mit einkommensstarken (Kontrollgruppe) und 393 Interviews mit einkommensschwachen Haushalten vor. Von diesen 393 Interviews wurden 311 Interviews ausgewertet, da sie den vorab festgelegten Kriterien entsprachen, um zur Zielgruppe zu gehören (mindestens ein minderjähriges Kind im Haushalt, Haushaltseinkommen unter 70 % des Durchschnittseinkommens). Für die Stadt Braunschweig und die Stadt Salzgitter liegen jeweils deutlich mehr als 40 Interviews vor.

Standorte der interviewten Haushalte	Häufigkeit	Prozent
Stadt Braunschweig	176	56,6
Stadt Salzgitter	50	16,1
Landkreis Goslar und Landkreis Helmstedt	47	15,1
Landkreis Wolfenbüttel	37	11,9
Nicht zuzuordnen	1	0,3
Gesamt	311	100,0

Tabelle 2: Wohnorte der interviewten Haushalte

Gruppen mit 40 und mehr Interviews stellen eine statistisch verlässliche Aussagegrundlage sicher, die sich in der Einzelauswertung aufgrund fehlender Werte auf bis zu $n > = 32$ reduzieren kann. Die Anzahl der in dieser Studie durchgeführten Interviews ist somit als ausreichende Zellbesetzung für einen analysedurchgängigen Teilgruppenvergleich nach Gebietskörperschaften anzusehen.

Aus dem Landkreis Wolfenbüttel lagen zwar nur 37 Interviews vor, da die Grenze von 40 Interviews aber nur geringfügig unterschritten war, wurde entschieden, diese Gebietskörperschaft bei der Auswertung ebenfalls als eigene Teilgruppe durchgängig in die Teilgruppenvergleiche nach Gebietskörperschaften einzubeziehen. Die statistisch notwendige Anzahl von 40 Interviews pro Teilgruppe wurde in den Landkreisen Goslar (28 Interviews) und Helmstedt (19 Interviews) allerdings unterschritten, so dass für diese beiden Gebietskörperschaften ein Teilgruppenvergleich auf Grund zu hoher Fehlervarianz nicht aussagekräftig wäre.

Da beide Landkreise aber als Flächenlandkreise eine Reihe von Gemeinsamkeiten aufweisen, erschien es als beste Lösung, die Daten aus den Interviews beider Landkreise gemeinsam als eine Teilgruppe in die Auswertung

einzubeziehen. Gemeinsam lagen hier 47 Interviews vor, so dass eine ausreichende Zellbesetzung gegeben ist. Obwohl die angestrebte Zahl an Interviews nicht erreicht wurde, ist dieses unserer Meinung nach die bisher größte durchgeführte Studie zum Thema „Familien- und Kinderarmut“ in den letzten fünf Jahren auf kommunaler Ebene.

Akteurskonferenzen

Aus dem Datenreader und der Auswertung der Akteurs- und Haushaltsbefragung wurden 77 Handlungsempfehlungen generiert. Diese Handlungsempfehlungen wurden im Rahmen von fünf Akteurskonferenzen (pro Gebietskörperschaft eine Akteurskonferenz) vorgestellt und mit den Akteuren bearbeitet. Zu den Akteurskonferenzen wurden jeweils die Akteure eingeladen, die im Rahmen der Akteursbefragung angeschrieben und um das Ausfüllen des Fragebogens gebeten wurden. Die Ergebnisse der Akteurskonferenzen wurden bei der Formulierung der zentralen Handlungsempfehlungen mit berücksichtigt.

Die Durchführung dieser Akteurskonferenzen ist somit das dritte Alleinstellungsmerkmal der Studie „Handlungsorientierte Sozialberichterstattung für das Braunschweiger Land“.



Zentrale Ergebnisse

der Befragung von Haushalten
mit minderjährigen Kindern
und geringem Einkommen

In Folgenden werden zentrale Ergebnisse der Haushaltsbefragung vorgestellt. Einleitend sollen zunächst einige soziodemographische Daten bezüglich der befragten Haushalte mit minderjährigen Kindern und geringem Einkommen präsentiert werden.

Mehr als ein Drittel der 311 Haushalte (37,6 %) sind gemeinsam Erziehende, das heißt, beide Eltern oder ein Elternteil mit Partnerin oder Partner leben gemeinsam mit ihren Kindern im Haushalt. Etwas weniger als zwei Drittel der Haushalte (62,4 %) sind alleinerziehende Mütter oder Väter. Das Durchschnittsalter der befragten Personen betrug 37 Jahre (Median) und das Durchschnittsalter der Kinder lag bei 8 Jahren (Median). 6,1 % der befragten Personen hatte keinen schulischen Abschluss, etwas mehr als ein Fünftel (21,3 %) der Befragten hatte Abitur (15,8 %) oder die Fachhochschulreife (5,5 %). Von den befragten Personen hatten 18,6 % keine berufliche Ausbildung begonnen und 14,8 % die Ausbildung abgebrochen. 5,8 % der Befragten verfügen über einen Hochschulabschluss. Das durchschnittliche Einkommen der Haushalte betrug monatlich 1.300,- € (Median) und die durchschnittlichen Schulden lagen bei 4.500,- € (Median). 95,8 % der Haushalte bekommen Kindergeld, 69,1 % gaben ALG II oder Sozialgeld als Einkommensart

an. Weniger als die Hälfte (45,3 %) nannten Unterhalt (vom Ehegatten, von den Eltern oder vom Jugendamt) als Einkommensart. Auf dem vierten Rangplatz folgt mit knapp 40 % Nennungen (39,9 %) Erwerbseinkommen (Lohn, Gehalt). Gut ein Drittel (35,7 %) gaben an, dass sie Wohngeld erhalten. Alle anderen Einkommensarten wurden von 7,1 % (Mutterschaftsgeld, Elterngeld, Erziehungsgeld) oder weniger genannt.

In 20,9 % der 311 Haushalte leben Personen, die ergänzend zu ihrem Erwerbseinkommen Leistungen nach dem SGB II beziehen („Aufstocker“). Dies sind 30,2 % der 215 Haushalte, die Arbeitslosengeld II beziehen.

1 Mütter und Väter mit geringem Einkommen vernachlässigen nicht ihre Kinder – sie sorgen sich um sie und sie sorgen für sie

Die Haushalte wurden gefragt, auf was ganz oder teilweise verzichtet wurde, wenn das Geld nicht reichte. Dazu gab es eine Liste mit 14 Antwortkategorien, wobei Mehrfachnennungen möglich waren.

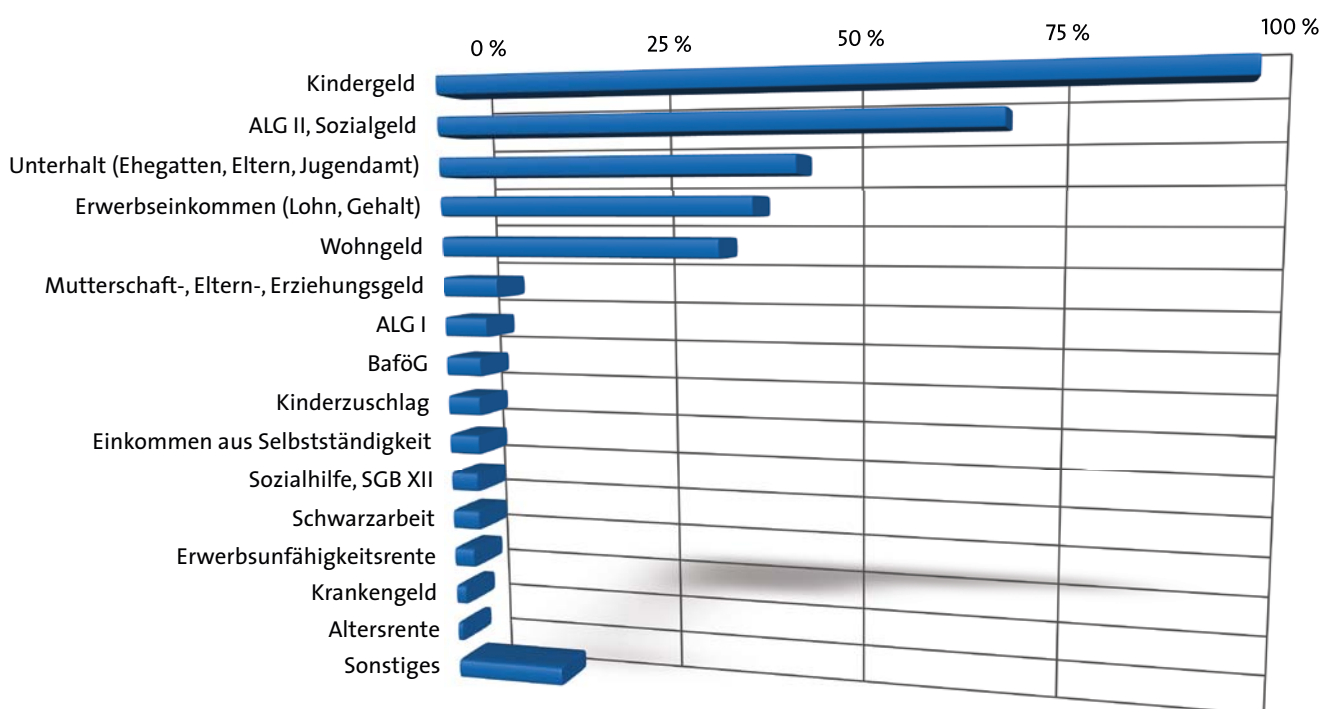


Abbildung: Einkommensart

Zentrale Ergebnisse der Befragung von Haushalten mit minderjährigen Kindern und geringem Einkommen

Am häufigsten wurde auf Urlaub verzichtet (93,0 %), gefolgt von Kleidung (89,0 %), Kino, Theater, Konzert (88,2 %) und Zeitschriften (81,6 %). An diese vier Optionen einzuschränken, die von fast allen Haushalten genutzt werden, schließt sich ein Mittelfeld von Verzichtsmöglichkeiten an, die jeweils von mehr als der Hälfte der Befragten, aber von weniger als siebzig Prozent genutzt wurden: Geschenke (69,9 %), Sport, Hobbys (64,0 %), Fortbewegung (61,8 %) und (auf dem achten von vierzehn Rangplätzen) Kaffee, Alkohol und Zigaretten (58,1 %) – siehe auch Abbildung S. 27.

Im Hinblick auf die Verzichtskategorie „Bedarf der Kinder“ ist die Anzahl der Haushalte am geringsten (23,9 %) und somit findet sich der Bedarf der Kinder auf dem letzten von 14 Rangplätzen. Dies ist unserer Meinung nach ein Beleg dafür, dass sich die Mütter und Väter mit geringem Einkommen mehrheitlich um ihre Kinder sorgen, kümmern und sie sie nicht etwa, wie häufig dargestellt wird, vernachlässigen, indem die Erwachsenen das Geld in ihren persönlichen Genussmittel- oder Medienkonsum stecken. Aber es bleibt auch festzuhalten, dass fast ein Viertel der befragten Haushalte bei den Bedarfen der Kinder spart, wenn das Geld nicht reicht.

Die Haushalte wurden zudem gefragt, in welchen Bereichen sie sich (weitere) Unterstützung wünschen, wobei ebenfalls Mehrfachnennungen möglich waren. Auch zu dieser Frage gab es eine Liste. Diese umfasste 13 Unterstützungsbereiche, die abgefragt wurden. Am häufigsten wünschten sich die Befragten Unterstützung im Umgang

mit Behörden und Ämtern (56,6 %) und am zweithäufigsten bei schulischen Problemen der Kinder (47,9 %). Werden nur die Haushalte mit Schulkindern berücksichtigt, steigt der Prozentsatz hinsichtlich der gewünschten Unterstützung bei „Schulischen Problemen der Kinder“ auf 66,5 %.

Wird die Annahme geteilt, dass sich hinter einem Unterstützungswunsch ein Unterstützungsbedarf verbirgt, ist das Ergebnis, das am zweithäufigsten Unterstützung bei „Schulischen Problemen der Kinder“ genannt wird, ebenfalls ein Beleg für das Kümmern der Väter und Mütter. In der Wahrnehmung von einkommensschwachen Eltern ist demnach die Bedeutung von Bildung für ihre Kinder „angekommen“ und ihnen scheint es mehrheitlich nicht „egal zu sein“, wie die Bildungskarriere ihrer Kinder verläuft. So ist es zu erklären, dass sie sich bei schulischen Problemen ihrer Kinder Unterstützung (und Förderung) wünschen, damit – so die Interpretation – ihre Kinder erfolgreich die Schule beenden.

Ein drittes Beispiel belegt unserer Meinung nach ebenfalls die Ansicht, dass sich die Mütter und Väter – unabhängig von ihrer eigenen Situation – zumeist sehr verantwortungsvoll um ihre Kinder kümmern. Dargestellt werden soll dies am Beispiel der gesellschaftlichen Teilhabe (siehe dazu auch S. 40).

In den Abbildungen ist dargestellt, wie sich die Betreuung der Kinder im vorschulischen Alter und im Schulalter in Kombination mit der gesellschaftlichen Teilhabe

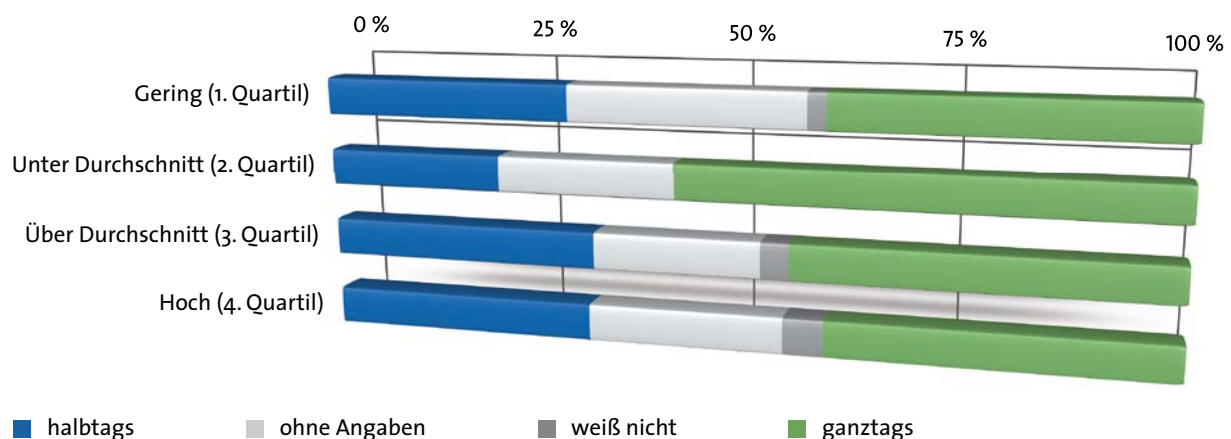


Abbildung: Art der Kinderbetreuung (vorschulischer Bereich) und gesellschaftliche Teilhabe/Haushaltsbefragung (n=156)

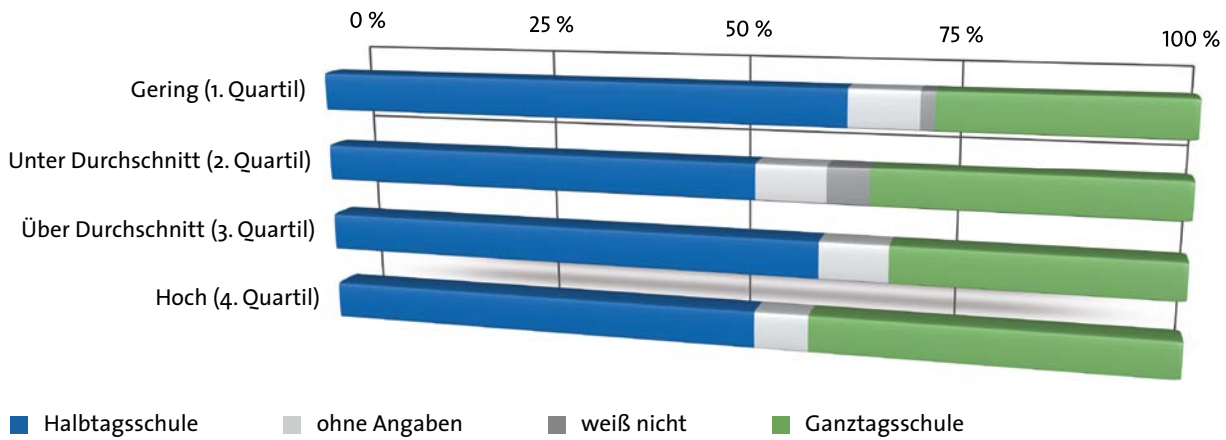


Abbildung: Ganz- und Halbtagschulen sowie gesellschaftliche Teilhabe/Haushaltsbefragung (n=265)

der Eltern darstellt. Für die betreuten Kinder unter 6 Jahren zeigt sich kein interpretierbarer Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Teilhabe der Haushalte und der Information, ob die Kinder in Halbtags- oder in Ganztagsbetreuung sind. Auch zeigt sich bei den Schulkindern ab sechs Jahren kein interpretierbarer Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Teilhabe ihrer Eltern und der Information, ob diese Kinder eine Halbtags- oder eine Ganztagschule besuchen. Das bedeutet, dass Alleinerziehende und gemeinsam erziehende Eltern ihr geringes Ausmaß an gesellschaftlicher Teilhabe nicht an ihre Kinder „weitergeben“ und ihre Kinder verstärkt nur halbtags in Tageseinrichtungen für Kinder oder der Schule sind.

Vielmehr zeigt sich, dass ihre Kinder genauso häufig in einer Ganztagsbetreuung sind wie Kinder von Eltern, die ein hohes Ausmaß an gesellschaftlicher Teilhabe zeigen.

Antwortkategorie	Häufigkeit	Prozent
Ich bin zufrieden	6	8,2
Ich möchte mehr arbeiten	34	46,6
Ich möchte weniger arbeiten	1	1,4
Ohne Angaben	32	43,8
Gesamt	73	100

Tabelle: Wie zufrieden sind Sie damit, zu arbeiten und zugleich ALG II oder Kindergeldzuschlag zu bekommen?

2 Unzufriedenheit mit ergänzenden SGB-II-Leistungen und kein „Sich einrichten wollen“ im SGB-II-Bezug

Nur 8,2 % der 73 Haushalte, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen und zugleich ergänzend ALG II oder Kinderzuschlag bekommen, zeigen sich mit dieser Situation zufrieden (siehe Tabelle unten). Fast die Hälfte der Befragten (46,6 % der 73 Haushalte) und immerhin 82,9 % derjenigen 41 Haushalte, die diese Frage beantworteten, gaben an, dass sie lieber mehr arbeiten würden und nicht ergänzend ALG II bzw. Kinderzuschlag bekommen wollen. Nur ein Haushalt (1,4 % der 73 Befragten bzw. 2,4 % der 41 Antwortenden) sagte, dass er es vorziehen würde, weniger zu arbeiten und mehr ALG II zu bekommen. Niemand gab die ebenfalls im Interviewleitfaden vorge-sehene Antwort „gar nicht arbeiten und ausschließlich von ALG II leben“.

Diese Gruppe wurde zudem gefragt: „Aus welchen Gründen üben Sie Ihre Arbeit aus?“ Mehrfachnennungen waren möglich. Mehr als ein Viertel (26,0 %) sagt, dass sie nicht den ganzen Tag ohne Beschäftigung sein möchten, etwa ein Fünftel gab an, dass sie hoffen, durch diese Tätigkeit zu einer besser bezahlten Arbeit zu gelangen. Nur eine Befragte/ein Befragter (1,4 %) gab an, dass sein bzw. ihr Geld gekürzt worden wäre, wenn er oder sie die Arbeit nicht angenommen hätte. 12,3 % der Befragten nannten sonstige Gründe, wobei am häufigsten gesagt wurde, dass die Befragten arbeiten, um eigenständig den Lebensunterhalt zu verdienen und um ein Vorbild für die

Kinder zu sein. Die Auswertungsergebnisse lassen somit den Schluss zu, dass nicht die Rede davon sein kann, dass die befragten Personen nicht arbeiten und lieber komplett SGB II-Leistungen beziehen würden und sie es sich im SGB II-Bezug „bequem machen wollen“. Stattdessen würden sie lieber mehr arbeiten.

3 Die Mütter und Väter mit geringem Einkommen wollen sich helfen lassen

Die Alleinerziehenden und gemeinsam erziehenden Eltern wurden gefragt, inwieweit verschiedene Aussagen zu Alltagsproblemen und deren Bewältigung auf sie zutreffen. Als am stärksten zutreffend werden die beiden Aussagen „Ich bin tagsüber sehr beschäftigt“ und „Ich kann alle notwendigen Dinge schnell und sicher entscheiden“ angesehen. Die beiden Aussagen werden von ca. zwei Dritteln der Befragten (69,1 % bzw. 65,1 %) als eher oder völlig zutreffend angesehen und nur von 8,8 % bzw. 7,7 % als eher nicht oder überhaupt nicht zutreffend abgelehnt. Es gibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Zustimmung des Interviewten zu der Aussage „Ich kann alle notwendigen Dinge schnell und sicher entscheiden“ und der gesellschaftlichen Teilhabe des Haushalts.

Bei hoher gesellschaftlicher Teilhabe beträgt der Anteil zustimmender Antworten 84,2 %, der Anteil neutraler

oder ablehnender Antworten hingegen nur 14,0 %. Bei Haushalten mit geringer gesellschaftlicher Teilhabe ist der Anteil neutraler oder ablehnender Antworten mit 42,1 % höher, der Anteil zustimmender Antworten mit 52,6 % erkennbar niedriger.

Die Haushalte mit einem geringen Ausmaß an gesellschaftlicher Teilhabe sind jedoch mit ihrer Situation nicht zufrieden. Denn es zeigt sich ein Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der gesellschaftlichen Teilhabe und dem Wunsch nach Unterstützung hinsichtlich der Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen. Dieser Wunsch wird von 40,4 % der Haushalte mit geringer gesellschaftlichen Teilhabe geäußert, aber nur von 15,8 % der Haushalte mit hoher gesellschaftlicher Teilhabe (siehe Abbildung S. 75).

Das heißt Mütter und Väter mit geringem Einkommen und einem geringeren Ausmaß an gesellschaftlicher Teilhabe erkennen ihre Defizite und wollen sich helfen lassen, um z.B. durch entsprechende Unterstützungen ihre Fähigkeiten, Entscheidungen zu treffen, zu verbessern.

4 Gegenüberstellung von Antworten der Akteure und der Haushalte

Im Rahmen der Studie „Handlungsorientierte Sozialberichterstattung für das Braunschweiger Land“ wurden sowohl die Haushalte als auch die Akteure gefragt,

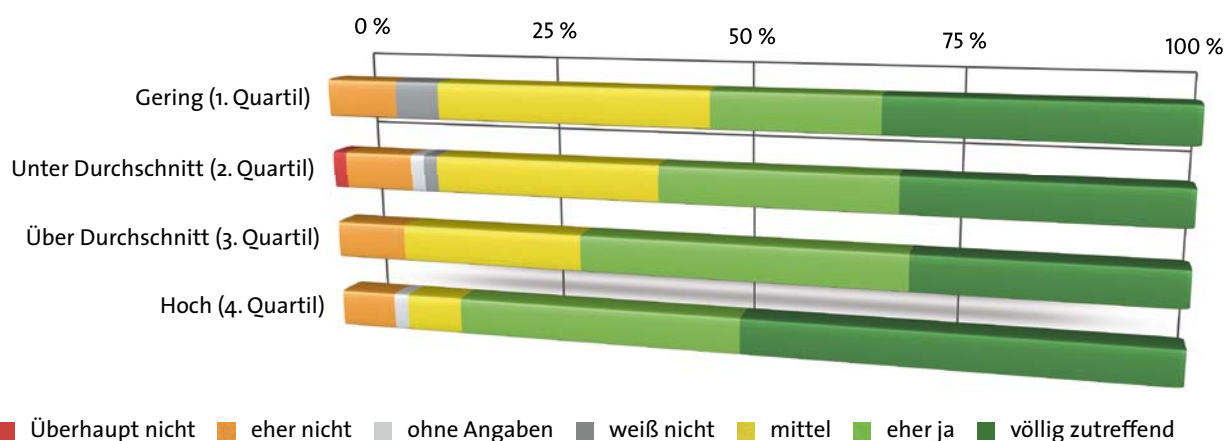


Abbildung: „Ich kann alle notwendigen Dinge schnell und sicher entscheiden“ und gesellschaftliche Teilhabe/
Haushaltsbefragung (n=229)

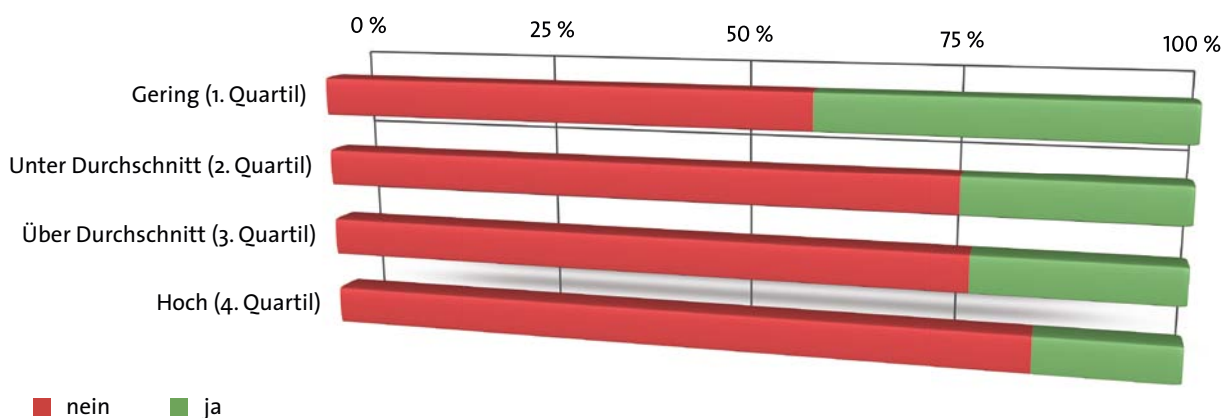


Abbildung: Unterstützungswunsch „Entscheidungen treffen“ und gesellschaftliche Teilhabe/ Haushaltsbefragung (n=229)

welche Unterstützung die Haushalte mit minderjährigen Kindern und geringem Einkommen wünschen bzw. in welchen Bereichen sie Unterstützungsbedarfe haben.

Am häufigsten wünschten sich die Befragten der einkommensschwachen Haushalte Unterstützung im Umgang mit Behörden und Ämtern (56,6 %), bei schulischen Problemen der Kinder (47,9 %) oder bei Erziehungsfragen (46,6 %). Ebenfalls von sehr vielen Befragten wurden Unterstützungswünsche bei gesundheitlichen Problemen (42,8 %) oder im Umgang mit Schulden (41,2 %) genannt. Etwa ein Drittel der Befragten wünschten außerdem Unterstützung bei der Betreuung für Schulkinder (34,7 %) oder der Betreuung von Kindern von 0 bis 6 Jahren (32,5 %) – siehe auch Abbildung S. 18.

Mehr als zwei Drittel der befragten Akteure (68,4 %) sehen den Unterstützungsbedarf der Haushalte mit minderjährigen Kindern und geringem Einkommen bei Erziehungsfragen als „groß“ oder „sehr groß“ an. Ebenfalls mehr als zwei Drittel (66,9 %) sehen auch einen „großen“ oder „sehr großen“ Unterstützungsbedarf der Familien bei schulischen Problemen der Kinder (siehe auch Abbildung S. 54). Geringere Wichtigkeit wurde hingegen der Unterstützung bei „gesundheitlichen Problemen“ (29,4 % nannten großen oder sehr großen Unterstützungsbedarf) sowie bei „Unterstützungen im Haushalt (Essen kochen, aufräumen, Wäsche waschen etc.)“ beigemessen (24,3 %).

In der folgenden Tabelle (siehe nächste Seite) sind die Rangplätze der Unterstützungsbereiche unterteilt nach der Akteurs- und Haushaltsbefragung aufgelistet.

Grau hinterlegt sind die Bereiche, die in beiden Gruppen den gleichen Rangplatz besetzen oder der Unterschied nicht mehr als 2 Rangplätze beträgt.

Aufgrund der zahlreichen Übereinstimmungen kann generell die Aussage getroffen werden, dass die Akteure den Unterstützungsbedarf von ihrer Bedeutung her bei den Angebotsteilnehmenden und KlientInnen richtig einschätzen, d.h. sie kennen „ihre“ Angebotsteilnehmenden und KlientInnen und deren Bedarfe. Diese Übereinstimmung gilt jedoch nicht für den Bereich „Gesundheitliche Probleme“ (rot hinterlegt). Bei diesem Bereich gab es den größten Unterschied in der jeweiligen Rangfolge. Bei den befragten Haushalten lag dieser Bereich weit oben auf dem 4. Rang und bei den befragten Akteuren weit unten auf dem 12. von 14 Rängen.

Darüber hinaus wurden die Haushalte als auch die Akteure gefragt, auf was die Haushalte mit geringem Einkommen verzichten, wenn das Geld nicht reicht.

Am häufigsten wurde von den befragten Haushalten Urlaub genannt (93,0 %), gefolgt von Kleidung (89,0 %), Kino, Theater, Konzert (88,2 %) und Zeitschriften (81,6 %), auf die sie verzichten, wenn das Geld nicht reicht (siehe Abbildung auf S. 27). Auf dem letzten Rangplatz findet sich der Bedarf der Kinder (23,9 %).

Auch die Akteure wurden gefragt, auf welche Produkte oder Aktivitäten die einkommensschwachen Haushalte verzichten, wenn das Geld nicht reicht. Dazu wurde ihnen die gleiche Liste mit den 14 Punkten vorgelegt wie

Unterstützungsbereiche	Rang Akteure (n=136)	Rang Haushalte (n=311)
Erziehungsfragen	1*	3
Schulische Probleme der Kinder	2	2
Umgang mit Schulden	3	5
Umgang mit Behörden und Ämtern	4	1**
Betreuung für Schulkinder außerhalb der Schulzeit	5	5
Umgang mit Geld	6	10
Kinderbetreuung (3–6 Jahre)	7	7
Ernährungsberatung	8	12
Kinderbetreuung (0–unter 3 Jahre)	9	7
Probleme in der Partnerschaft	10	14
Entscheidungen treffen	11	11
Gesundheitliche Probleme	12	4
Lebensmitteleinkauf und bei der Vorratshaltung	13	13
Haushalte (Essen kochen, aufräumen, Wäsche waschen etc.)	14	9

Tabelle: Rangplätze der Bereiche, bei denen die einkommensschwachen Haushalte einen Unterstützungsbedarf haben (Befragung Akteure) oder die Haushalte Unterstützung wünschen (Befragung Haushalte)/Vergleich Akteure (Fremdwahrnehmung) – Haushalte (Selbstwahrnehmung)

den Haushalten. Ebenfalls waren Mehrfachnennungen möglich. An erster Stelle stehen Kino, Theater, Konzert (71,3 %), Urlaub (65,4 %) und Sport, Hobbys (61,8 %). 58,1 %, also deutlich mehr als die Hälfte der befragten Akteure sind der Meinung, dass die Haushalte bei dem „Bedarf der Kinder“ sparen würden. Interessant ist auch der untere Bereich der Rangfolge: nur 8,1 % der Akteure glauben, dass die Haushalte bei Telefon, Handy und Internet sparen, und sogar nur 5,9 % sagen, dass die Haushalte ihren Konsum bei Kaffee, Alkohol oder Zigaretten einschränken würden (siehe Abbildung S. 77).

In der folgenden Tabelle ist der Vergleich zwischen den Ergebnissen der Haushalts- und der Akteursbefragung anhand von Rangplätzen dargestellt. Am Anfang der Rangliste steht der Aspekt, auf den aus Sicht der Akteure die Haushalte am ehesten verzichten und am Ende der Rangliste der Aspekt, auf den am wenigsten verzichtet wird. Gleiches gilt für befragte Haushalte.

Grau hinterlegt sind die Aspekte, die in beiden Befragungen auf dem gleichen Rangplatz liegen oder der Unter-

Worauf verzichtet wird	Rang Akteure (n=136)	Rang Haushalte (n=276)
Kino, Theater, Konzert	1	3
Urlaub	2	1
Sport, Hobbys	3	6
Ernährung	4	12
Kleidung	5	2
Bedarf der Kinder	6	14
Fortbewegung	7	7
Körperpflege	8	13
Geschenke	9	5
Arztbesuche	10	11
Medikamente	11	9
Fernsehen, Radio, Zeitschriften (Haushalte nur Zeitschriften)	12	4
Telefon, Handy, Internet	13	10
Kaffee, Alkohol, Zigaretten	14	8

Tabelle: Rangplätze der Verzichte – Vergleich Akteure und Haushalte

schied nicht mehr als 2 Rangplätze beträgt. Rot hinterlegt sind die Rangplätze, bei denen der Unterschied 8 Ränge beträgt.

Im Vergleich zur Beurteilung der Unterstützungsbereiche zeigt diese Tabelle, dass bezüglich der Aspekte, auf die die Haushalte verzichten, wenn das Geld nicht reicht, die Übereinstimmung zwischen den Akteuren und den Haushalten wesentlich geringer ist. Dies bezieht sich auf die Anzahl der Aspekte mit Übereinstimmung und auf die Rangfolge.

Die Tabelle zeigt zudem, dass die Haushalte wesentlich verantwortlicher bei der Anwendung ihrer Verzichtsstrategien vorgehen, als dies die Akteure vermuten. So liegen z.B. die Aspekte Ernährung und Bedarfe der Kinder bei den Haushalten auf dem 12. und auf dem 14., dem letzten Rang. Die Akteure sagen hingegen, dass die Haushalte wesentlich stärker bei diesen Aspekten sparen würden, was sich sicherlich ungünstiger für die Kinder auswirken würde. Der Vergleich zeigt auch, dass nach Ansicht der Akteure

* Rang 1 – Bereich, in denen die meistens befragten Akteure bei den Haushalten einen Unterstützungsbedarf sehen

** Rang 1 – Bereich, in denen die meistens befragten Haushalte sich weitere Unterstützung wünschen

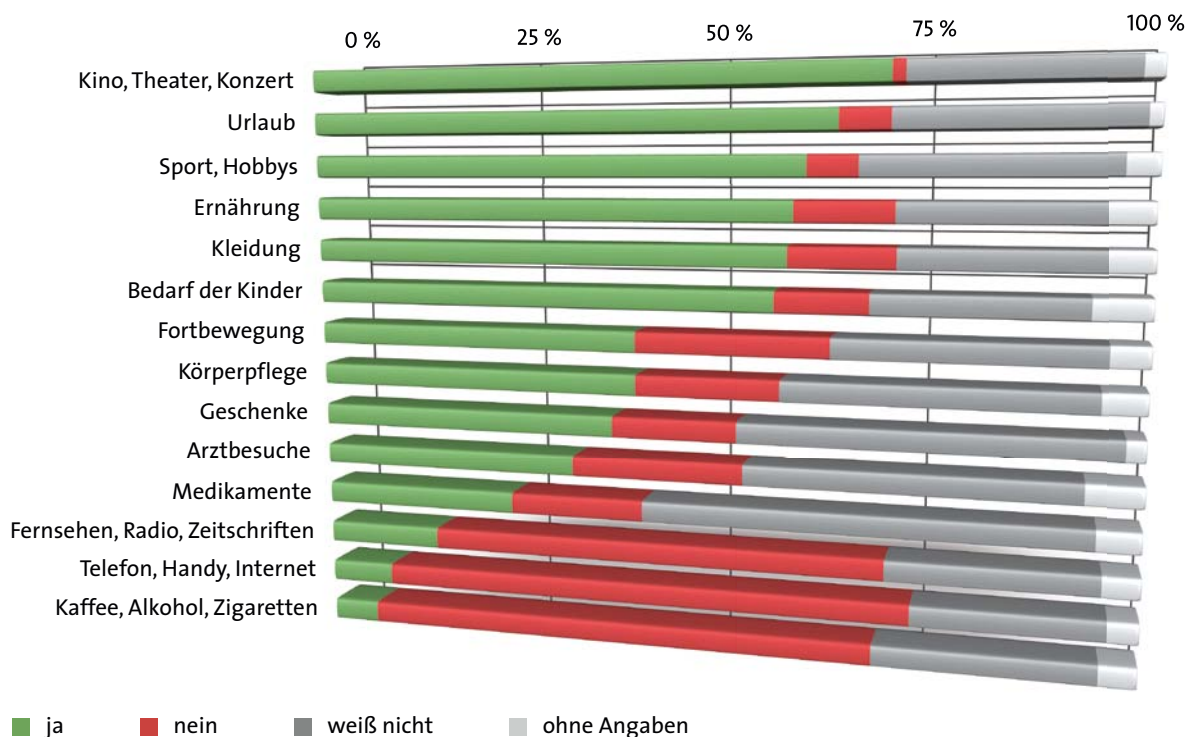


Abbildung: Worauf verzichten die Haushalte mit geringem Einkommen und minderjährigen Kindern, wenn das Geld nicht reicht/
Akteursbefragung (n=136)

die Haushalte als letztes auf Kaffee, Alkohol und Zigaretten verzichten würden (d.h. der Konsum dieser Artikel ist nach Aussage der Akteure den Haushalten am wichtigsten). Die Haushalte dagegen sagen, dass sie wesentlich eher auf Kaffee, Alkohol und Zigaretten verzichten. Und, um es nochmals zu betonen, die wenigsten befragten Haushalte sparen bei den Bedarfen ihrer Kinder.

Diese Auswertungsergebnisse stützen somit nicht die Einstellung von vielen Bürgern und Bürgerinnen sowie auch der öffentlichen und veröffentlichten Meinung, der zufolge Hartz-IV-Eltern „Rabeneltern“ sind. Diese Einstellung spiegelt sich zum Teil aber in den Antworten der Akteure, was zeigt, dass sie, als Teil der gesellschaftlichen Realität, nicht gegen die Reproduzierung dieser Vorstellung von „armen Eltern“ gefeilt sind.

5 Lebensfreude und Zukunftsperspektive von minderjährigen Kindern aus Haushalten mit geringem Einkommen

Die Haushalte wurden gefragt, wie ihr Lebensstandard die Lebensfreude ihrer Kinder beeinflusst. Ungefähr vier von zehn Befragten (39,7 %) sagen, dass die Lebensfreude ihrer Kinder infolge ihres derzeitigen Lebensstandards etwas geringer (29,4 %) oder sogar viel geringer (jeder zehnte Haushalt, 10,3 %) ist, als die Lebensfreude anderer Kinder. Fast die Hälfte (47,1 %) denkt nicht, dass sich die Lebensfreude der eigenen Kinder wegen ihres Lebensstandards von denen anderer Kinder unterscheidet. Immerhin 8,9 % gaben sogar an, dass der eigene Lebensstandard bei ihren Kindern mit einer höheren Lebensfreude einhergeht als bei anderen Kindern.

Der Teilgruppenvergleich bringt den erwartbaren Unterschied zwischen Ziel- und Kontrollgruppe. Die Befragten der Kontrollgruppe glauben zu mehr als einem Drittel, dass ihre Kinder eine höhere Lebensfreude aufgrund ihres Lebensstandards haben als andere Kinder und nur

zu 2,5 %, dass dadurch die Lebensfreude ihrer Kinder geringer ist als die anderer Kinder.

Im Kontext von Aussagen zur Zukunft wurden die Haushalte ebenfalls gefragt, ob sie glauben, dass ihr derzeitiger Lebensstandard einen Einfluss auf die Zukunftsperspektiven der Kinder hat (z.B. Ausbildung, späteres Einkommen). 42,6 % der Befragten sagen, dass die Zukunftsperspektive ihrer Kinder wegen des derzeitigen Lebensstandards der Haushalte etwas schlechter (28,3 %) oder sogar viel schlechter (14,3 %) ist, als die Zukunftsperspektive anderer Kinder. Ein vergleichbar hoher Anteil (40,8 %) erwartet keinen Unterschied zwischen den Zukunftsperspektiven der eigenen und denen anderer Kinder. Mehr als ein Zehntel (11,4 %) sagt, dass die eigenen Kinder eine bessere Zukunftsperspektive haben als die Kinder von anderen Familien.

Fast zwei Drittel der Kontrollgruppe (65,0 %) glaubt, dass die eigenen Kinder auf Grund ihres Lebensstandards bessere Zukunftsperspektiven haben als andere Kinder

(Zielgruppe: 11,4 %), und nur 2,5 % (ein Haushalt) befürchtet etwas schlechtere Zukunftsperspektiven für die eigenen Kinder (Zielgruppe: 42,6 %).

Haushalte ohne Migrationshintergrund sind häufiger als Haushalte mit Migrationshintergrund der Meinung, dass ihre Kinder schlechtere Zukunftsaussichten haben als andere Kinder (48,4 % gegenüber 29,2 %). Haushalte mit Migrationshintergrund glauben auch überdurchschnittlich häufig, dass die eigenen Kinder bessere Zukunftsaussichten haben als andere Kinder (16,7 % verglichen mit 9,0 % bei Haushalten ohne Migrationshintergrund).

Interviewte Alleinerziehende sagen häufiger, dass ihre Kinder schlechtere Zukunftsaussichten haben als befragte gemeinsam Erziehende (49,4 % gegenüber 30,2 %) und denken seltener, dass die Zukunftsaussichten ihrer Kinder besser sind als die Zukunftsaussichten anderer Kinder (7,4 % der Alleinerziehenden, 18,8 % der gemeinsam Erziehenden gaben die entsprechende Antwort).

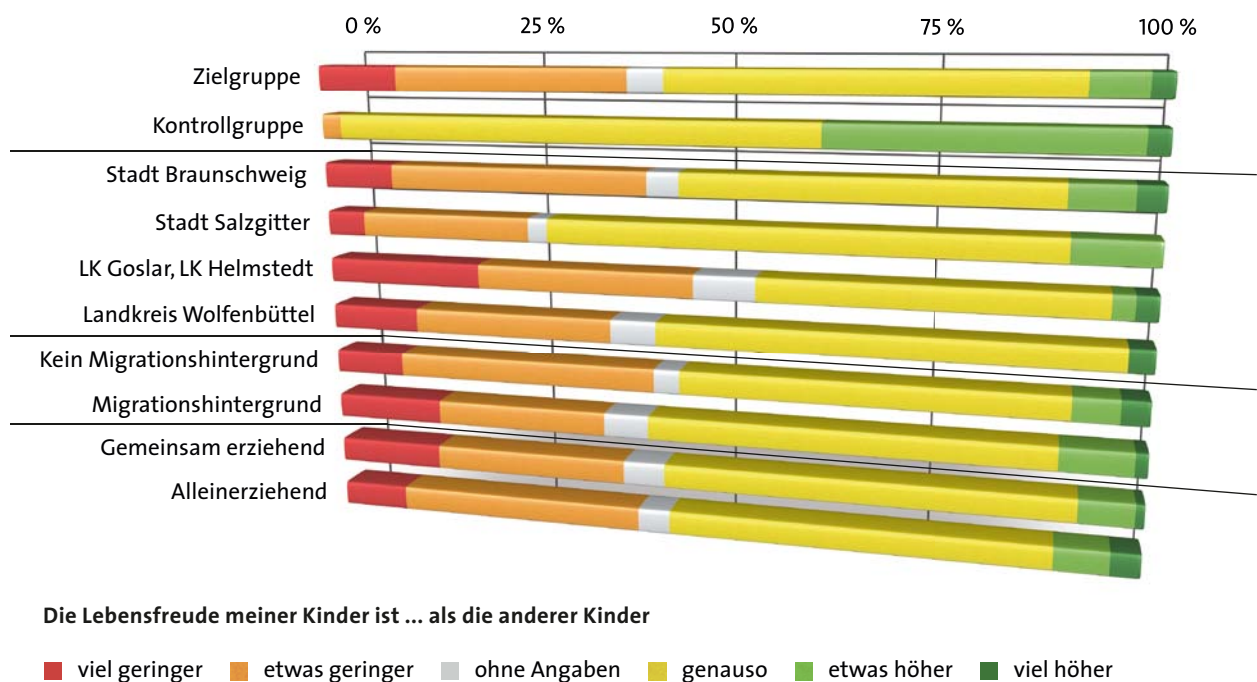


Abbildung: Einfluss des Lebensstandards der Haushalte auf die Lebensfreude der Kinder, Teilgruppenvergleich/
Haushaltsbefragung (n=272)

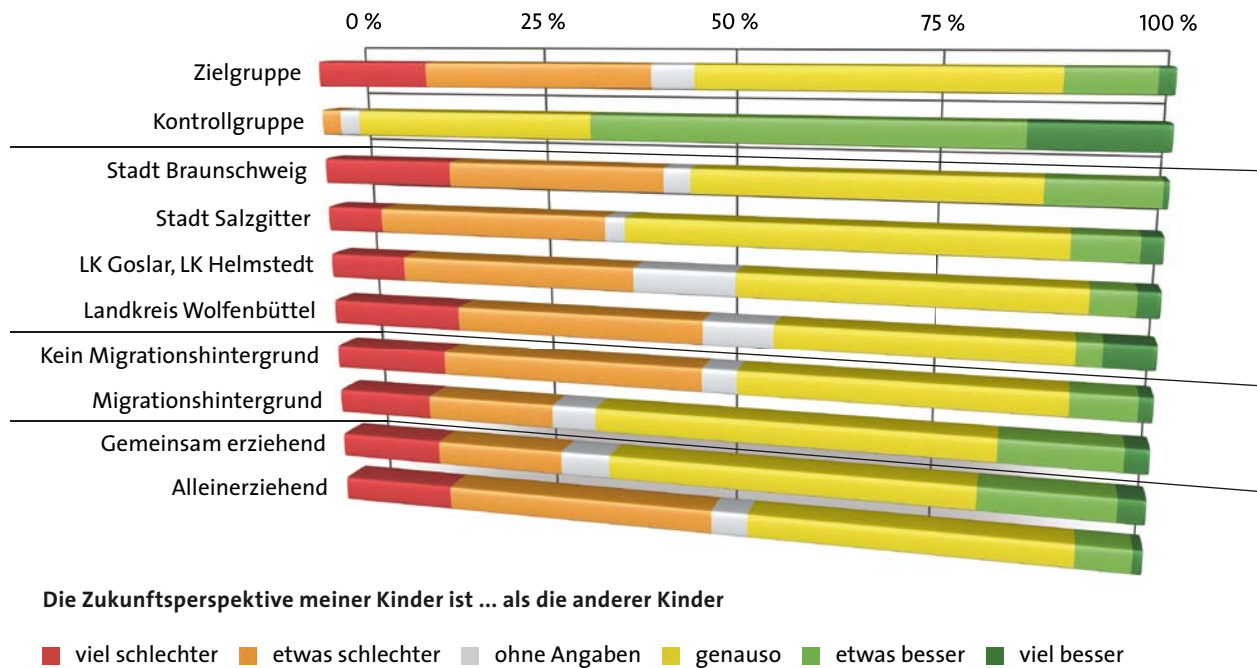


Abbildung: Einfluss des Lebensstandards der Haushalte auf die Zukunftsperspektive der Kinder, Teilgruppenvergleich/ Haushaltsbefragung (n=272)

6 Die Lebenslage von Haushalten mit Migrationshintergrund, minderjährigen Kindern und geringem Einkommen gleicht sich der Lebenslage der Haushalte ohne Migrationshintergrund an

Knapp ein Drittel der Befragten (31,5 %) gab an, dass ihr Haushalt über einen Migrationshintergrund verfügt. Ein Haushalt hat dann einen Migrationshintergrund, wenn

- jemand angab, das er selbst oder ihr Partner bzw. seine Partnerin selbst migriert ist oder
- wenn jemand jünger als 50 Jahre alt war und angab, das mindestens ein Elternteil des Interviewten bzw. des Partners migriert ist.

Somit verfügen knapp zwei Drittel (64,6 %) über keinen Migrationshintergrund. Bei den restlichen 3,9 % (12 Haushalte) fehlten ausreichende Angaben, um die Haushalte zuzuordnen. In der folgenden Tabelle (siehe Seite 83) sind zur Struktur der Haushalte für 22 zentrale Fragen die entsprechenden Daten, z.B. Alter, Jahre, Eurobeträge etc. für

- alle Haushalte
- Haushalte ohne Migrationshintergrund und
- Haushalte mit Migrationshintergrund aufgetragen.

Die Daten zeigen, dass es in der Regel keine Unterschiede zwischen den Haushalten mit und ohne Migrationshintergrund gibt. Die größten Unterschiede gibt es beim Haushaltstyp.

In der folgenden Tabelle (siehe nächste Doppelseite) sind für 79 zentrale Fragen oder Antwortkategorien hinsichtlich der Differenz zwischen den Haushalten mit und ohne Migrationshintergrund aufsteigend angeordnet, so dass deutlich wird, wo es keine Unterschiede und wo es sehr große Unterschiede gibt.

Zwischen den Haushalten mit und ohne Migrationshintergrund gibt es keine oder nur Unterschiede bis zu 10 % bei 24 (30,4 %) der aufgeführten 79 Fragen oder Antwortkategorien. In dieser Gruppe befinden sich z.B. sechs der dreizehn Unterstützungsbereiche. Dies sind die Bereiche:

- im Umgang mit Behörden
- beim Umgang mit Schulden
- bei schulischen Problemen der Kinder
- bei gesundheitlichen Problemen
- Betreuung für Schulkinder
- bei Erziehungsfragen.

Frage/Antwortkategorien	Alle Haushalte	Haushalte ohne Migrationshintergrund	Haushalte mit Migrationshintergrund	Differenz
1. Gesundheitsbezogene Selbsteinschätzung. Antwortkategorie: fühle mich öfter erschöpft oder erschlagen (1=gar nicht zutreffend, 2=teilweise zutreffend, 3=vollständig zutreffend)	2,3	2,3	2,3	0,0 %
2. Mietanteil, den die Arge für Wohnkosten überweist	91,2 %	91,1 %	91,3 %	0,2 %
3. Besuch Halbtagschule	59,2 %	59,7 %	60,2 %	0,8 %
4. In welchen Bereichen wünschen Sie sich Unterstützung? Im Umgang mit Behörden und Ämtern	56,6 %	57,7 %	57,1 %	1,1 %
5. Ist Alltag für Interviewte psychisch belastend? Antwortkategorie: sehr belastend	19,1 %	19,7 %	19,4 %	1,5 %
6. Erwartete Veränderung des Lebensstandards. Antwortkategorie: stark verbessern	9,0 %	9,0 %	9,2 %	2,2 %
7. Besuch Ganztagschule	30,1 %	29,4 %	30,1 %	2,4 %
8. Hat der Haushalt Schulden? Antwortkategorie: ja	71,1 %	71,6 %	73,5 %	2,7 %
9. Erwartete Veränderung des Lebensstandards. Antwortkategorie: etwas verbessern	33,1 %	32,8 %	33,7 %	2,7 %
10. Gibt es Dinge, bei denen sich Ihre Kinder wegen Geldmangel einschränken müssen? Durchschnittswert der Mittelwerte	2,9	2,8	2,9	3,6 %
11. Erwerbseinkommen	39,9 %	40,3 %	38,8 %	3,9 %
12. Gesundheitsbezogene Selbsteinschätzung. Antwortkategorie: fühle mich gesund (1=gar nicht zutreffend, 2=teilweise zutreffend, 3=vollständig zutreffend)	2,1	2,0	2,1	5,0 %
13. In welchen Bereichen wünschen Sie sich Unterstützung? Beim Umgang mit Schulden	41,2 %	41,8 %	43,9 %	5,0 %
14. In welchen Bereichen wünschen Sie sich Unterstützung? Bei schulischen Problemen der Kinder	47,9 %	47,8 %	51,0 %	6,7 %
15. War Kind bereits auf Geburtstag eingeladen? Antwortkategorie: ja	65,1 %	64,9 %	69,4 %	6,9 %
16. Gewünschte weitere Wohndauer: schnellstmöglich ausziehen	21,3 %	22,3 %	20,8 %	7,2 %
17. In welchen Bereichen wünschen Sie sich Unterstützung? Bei gesundheitlichen Problemen	42,8 %	42,8 %	45,9 %	7,2 %
18. In welchen Bereichen wünschen Sie sich Unterstützung? Betreuung für Schulkinder	34,7 %	36,3 %	33,7 %	7,7 %
19. ALG II, Sozialgeld	69,1 %	68,2 %	73,5 %	7,8 %
20. War Kind bereits auf Geburtstag eingeladen? Antwortkategorie: nein	16,5 %	16,5 %	15,3 %	7,8 %
21. Entspricht gewählte Schule der Empfehlung? Nein, höhere empfohlen, niedrigere gewählt	11,0 %	10,7 %	11,6 %	8,4 %
22. In welchen Bereichen wünschen Sie sich Unterstützung? Bei Erziehungsfragen	46,6 %	48,8 %	44,9 %	8,7 %
23. Auswirkungen der Erkrankungen auf Alltag der Eltern. Antwortkategorie: Eher belastend	19,2 %	19,1 %	17,5 %	9,1 %
24. Gesundheitsbezogene Selbsteinschätzung. Antwortkategorie: fühle mich oft überlastet (1=gar nicht zutreffend, 2=teilweise zutreffend, 3=vollständig zutreffend)	2,2	2,1	2,3	9,5 %
25. Reicht das Haushaltseinkommen zur Deckung des laufenden Bedarfs? Einkommen reicht nicht aus	62,7 %	60,7 %	67,3 %	10,9 %
26. Gesundheitsbezogene Selbsteinschätzung. Antwortkategorie: leide häufig unter Kopfschmerzen (1=gar nicht zutreffend, 2=teilweise zutreffend, 3=vollständig zutreffend)	1,8	1,8	2,0	11,1 %
27. Auswirkungen der Erkrankungen auf Alltag der Eltern. Antwortkategorie: mittel	16,9 %	17,0 %	19,0 %	11,8 %
28. Hilfe bei der Alltagsbewältigung. Antwortkategorie: ja	50,4 %	48,4 %	54,2 %	12,0 %
29. In welchen Bereichen wünschen Sie sich Unterstützung? Beim Umgang mit Geld	27,0 %	26,4 %	29,6 %	12,1 %
30. Haben Sie in den letzten drei Monaten Hilfe oder Unterstützung benötigt? Antwortkategorie: ja	68,4 %	71,8 %	63,9 %	12,4 %
31. Reicht das Haushaltseinkommen zur Deckung des laufenden Bedarfs? Einkommen reicht aus	35,4 %	36,8 %	32,7 %	12,5 %
32. In welchen Bereichen wünschen Sie sich Unterstützung? Im Haushalt	29,9 %	31,3 %	27,6 %	13,4 %
33. Hilfe bei der Alltagsbewältigung. Antwortkategorie: nein	33,1 %	35,1 %	30,6 %	14,7 %
34. Auswirkungen der Erkrankungen auf Alltag der Kinder. Antwortkategorie: gar nicht belastend	15,4 %	16,5 %	14,3 %	15,4 %
35. Gesundheitsbezogene Selbsteinschätzung. Antwortkategorie: kann oft nicht einschlafen (1=gar nicht zutreffend, 2=teilweise zutreffend, 3=vollständig zutreffend)	1,9	1,8	2,1	16,7 %
36. Auswirkungen der Erkrankungen auf Alltag der Kinder. Antwortkategorie: sehr belastend	14,6 %	14,9 %	12,7 %	17,3 %
37. Nutzung von Unterstützungsangeboten	39,3 %	41,5 %	35,3 %	17,6 %
38. Gewünschte weitere Wohndauer: so lange wie möglich	43,0 %	44,1 %	37,5 %	17,6 %
39. Finanzielle Rücklagen – Antwortkategorie: keine Rücklagen vorhanden	72,3 %	69,2 %	81,6 %	17,9 %
40. Einfluss des Lebensstandards der Eltern auf die Zukunftsperspektive der Kinder. Antwortkategorie: viel schlechter	14,3 %	14,9 %	12,5 %	19,2 %

Frage/Antwortkategorien	Alle Haushalte	Haushalte ohne Migrationshintergrund	Haushalte mit Migrationshintergrund	Differenz
41. Allgemeinbildender Schulabschluss der Interviewten – Abitur	15,8 %	14,4 %	17,3 %	20,1 %
42. Erwachsene Haushaltsmitglieder in ärztlicher Behandlung. Antwortkategorie: nein	52,1 %	48,5 %	58,8 %	21,2 %
43. Auswirkungen der Erkrankungen auf Alltag der Eltern: Gar nicht belastend	14,6 %	15,4 %	12,7 %	21,3 %
44. In welchen Bereichen wünschen Sie sich Unterstützung: Bei Entscheidungen treffen	22,2 %	20,9 %	25,5 %	22,0 %
45. Nicht geringfügig beschäftigt	47,8 %	44,6 %	54,5 %	22,2 %
46. Ist Alltag für Interviewte psychisch belastend? Antwortkategorie: mittel	33,8 %	34,0 %	27,8 %	22,3 %
47. Ist Alltag für Interviewte psychisch belastend? Antwortkategorie: eher nicht belastend	15,8 %	17,0 %	13,9 %	22,3 %
48. Haben Sie in den letzten drei Monaten Hilfe oder Unterstützung benötigt? Antwortkategorie: nein	27,2 %	25,0 %	30,6 %	22,4 %
49. In welchen Bereichen wünschen Sie sich Unterstützung? Kinderbetreuung (0–6 Jahre)	32,5 %	29,9 %	36,7 %	22,7 %
50. In welchen Bereichen wünschen Sie sich Unterstützung? Beim Lebensmittelkauf und der Vorratshaltung	18,3 %	17,4 %	21,4 %	23,0 %
51. Erwachsene Haushaltsmitglieder in ärztlicher Behandlung: Antwortkategorie: ja	39,0 %	42,5 %	34,5 %	23,2 %
52. In welchen Bereichen wünschen Sie sich Unterstützung? Ernährungsberatung	20,9 %	22,9 %	18,4 %	24,5 %
53. Nimmt das Kind am Mittagessen teil? Antwortkategorie: nein	50,8 %	54,3 %	42,9 %	26,6 %
54. Einfluss des Lebensstandards auf die Zukunftsperspektive der Kinder. Antwortkategorie: genauso	40,8 %	38,3 %	48,6 %	26,9 %
55. Auswirkungen der Erkrankungen auf Alltag der Eltern. Antwortkategorie: sehr belastend	19,6 %	20,2 %	15,9 %	27,0 %
56. Geringfügig beschäftigt	48,9 %	52,3 %	40,9 %	27,9 %
57. Erwerbslos	77,9 %	85,1 %	62,9 %	35,3 %
58. Vereinsmitgliedschaft der Kinder (ab 3 Jahre)	43,4 %	47,9 %	34,2 %	40,1 %
59. Erwartete Veränderung des Lebensstandards. Antwortkategorie: stark verschlechtern	7,7 %	6,5 %	9,2 %	41,5 %
60. Allgemeinbildender Schulabschluss der Interviewten – Hauptschulabschluss	30,9 %	35,3 %	24,5 %	44,1 %
61. Ist Alltag für Interviewte psychisch belastend? Antwortkategorie: gar nicht belastend	8,8 %	10,1 %	6,9 %	46,4 %
62. Hilfe bei der Alltagsbewältigung. Antwortkategorie: Ich brauche keine Hilfe	11,4 %	12,2 %	8,3 %	47,0 %
63. Ist Alltag für Interviewte psychisch belastend? Antwortkategorie: eher belastend	19,5 %	17,6 %	26,4 %	50,0 %
64. Auswirkungen der Erkrankungen auf Alltag der Eltern. Antwortkategorie: eher nicht belastend	13,5 %	14,4 %	9,5 %	51,6 %
65. Schwierigkeit, derzeit eine geeignete Stelle zu finden. Antwortkategorie: vollkommen unmöglich	16,7 %	14,3 %	22,5 %	57,3 %
66. Unterhalt (Ehegatten, Eltern, Jugendamt)	45,3 %	52,2 %	32,7 %	59,6 %
67. Auswirkungen der Erkrankungen auf Alltag der Kinder. Antwortkategorie: mittel	20,0 %	17,6 %	28,6 %	62,5 %
68. In welchen Bereichen wünschen Sie sich Unterstützung: Bei Problemen in der Partnerschaft	14,8 %	12,4 %	20,4 %	64,5 %
69. Auswirkungen der Erkrankungen auf Alltag der Eltern. Antwortkategorie: keine belastenden Erkrankungen	11,9 %	10,6 %	17,5 %	65,1 %
70. Wohngeld	35,7 %	42,3 %	25,5 %	65,9 %
71. Anteil erkrankter Kinder	43,8 %	52,1 %	30,5 %	70,8 %
72. Einfluss des Lebensstandards der Eltern auf die Zukunftsperspektive der Kinder. Antwortkategorie: viel besser	1,8 %	1,6 %	2,8 %	75,0 %
73. Einfluss des Lebensstandards der Eltern auf die Zukunftsperspektive der Kinder. Antwortkategorie: etwas besser	9,6 %	7,4 %	13,9 %	87,8 %
74. Auswirkungen der Erkrankungen auf Alltag der Kinder. Antwortkategorie: keine belastenden Erkrankungen	11,9 %	10,1 %	19,0 %	88,1 %
75. Einfluss des Lebensstandards der Eltern auf die Zukunftsperspektive der Kinder. Antwortkategorie: etwas schlechter	28,3 %	33,5 %	16,7 %	100,6 %
76. Auswirkungen der Erkrankungen auf Alltag der Kinder. Antwortkategorie: eher belastend	18,1 %	20,2 %	9,5 %	112,6 %
77. Allgemeinbildender Schulabschluss der Interviewten – ohne Abschluss	6,1 %	4,5 %	10,2 %	126,7 %
78. Dauer der Erwerbslosigkeit von nicht erwerbstätigen Personen – nie erwerbstätig gewesen	16,0 %	10,5 %	27,4 %	161,0 %
79. Beruflicher Ausbildungsabschluss der Interviewten – keine Ausbildung begonnen	18,6 %	11,4 %	35,7 %	213,2 %

Das heißt in diesen Bereichen gibt es einen nur sehr geringen Unterschied hinsichtlich des Unterstützungsbedarfs bei Haushalten mit und ohne Migrationshintergrund. Bei 35,4 % der Fragen- bzw. Antwortkategorien (28) beträgt der Unterschied zwischen 10 % und 25 %. So sagen z.B. 60,7 % der Haushalte ohne Migrationshintergrund, dass das Haushaltseinkommen nicht ausreicht, um den laufenden Bedarf zu decken; bei den Haushalten mit Migrationshintergrund sind es 67,3 %, d.h. der Unterschied beträgt 10,9 %.

Zwischen 25 % und 50 % beträgt der Unterschied bei elf Fragen/Antwortkategorien (13,9 %). Eine Tendenz, die sich in diesen Zahlen bereits ankündigte, setzt sich fort: je größer die Unterschiede werden, um so weniger Fragen/Antwortkategorien sind davon betroffen. So liegt bei weiteren elf Fragen/Antwortkategorien der Unterschied zwischen 50 % und 100 % und bei fünf Fragen/Antwortkategorien ist der Unterschied zwischen Haushalten mit und ohne Migrationshintergrund mehr als doppelt so groß (100,6 % bis 213,3 %). Dies sind die Nummern 75 bis 79 der Tabelle auf der Vorseite.

Bei zwei von diesen fünf Fragen und Antwortkategorien haben die Haushalte ohne Migrationshintergrund eine negativere Wahrnehmung als Haushalte mit Migrationshintergrund.

Dies bezieht sich zum einen auf den Einfluss des Lebensstandards der Eltern auf die Zukunftsperspektive der Kinder. Denn 33,5 % der Eltern ohne Migrationshintergrund sind der Einschätzung, dass die Zukunftsperspektive ihrer Kinder gegenüber anderen Kindern etwas schlechter ist, während nur 16,7 % der Eltern mit Migrationshintergrund dieser Meinung waren (Zeile 75).

Zum anderen bezieht sich die negativere Wahrnehmung der Eltern ohne Migrationshintergrund auf die Auswirkungen von Erkrankungen der Kinder auf den Alltag der Kinder. So sind 20,2 % der Eltern ohne Migrationshintergrund der Meinung, dass sich die Auswirkungen der Erkrankungen auf den Alltag der Kinder eher belastend auswirken, bei den Eltern mit Migrationshintergrund sind es jedoch nur 16,7 % (Zeile 76).

Bei den restlichen drei dieser fünf Fragen und Antwortkategorien fällt der Vergleich zwischen den Haushalten ohne und mit Migrationshintergrund dagegen zuungunsten der Haushalte mit Migrationshintergrund aus. Denn wesentlich häufiger stellte sich bei den Haushalten mit Migrationshintergrund heraus, dass die erwachsenen Personen

- über keinen allgemeinbildenden Schulabschluss verfügen (Zeile 77) und
- keine berufliche Ausbildung begonnen haben (Zeile 79).

Zudem ist bei den erwerbslosen Personen mit Migrationshintergrund der Anteil wesentlich größer, die bisher nie erwerbstätig waren (Zeile 78).

Die Daten zeigen, dass es bei vielen Aspekten, Fragen oder Antwortkategorien nur geringe Unterschiede zwischen Haushalten mit und ohne Migrationshintergrund gibt und sich die Situation, das Verhalten und die Einstellungen dieser beiden Gruppen mit minderjährigen Kindern und geringem Einkommen annähern. Somit stützen diese Daten auch die Auffassung, Integrationsbemühungen und Maßnahmen zum einen verstärkt auf der gesellschaftlichen Strukturebene (Bildungssystem, Gesundheitssystem etc.) anzusiedeln und sie zum anderen eher auf die sozioökonomische Situation der Haushalte auszurichten als auf die kulturelle und ethnische Seite der einkommensschwachen Haushalte mit Migrationshintergrund.

Frage	Alle Haushalte	Haushalte ohne Migrationshintergrund	Haushalte mit Migrationshintergrund
Strukturdaten der Haushalte			
Personen im Haushalt			
Alter der Interviewten – Median*	37	37	35
Alter der Kinder – Median	8	9	8
Anzahl Kinder im Haushalt – Median	2	2	2
Anzahl Haushaltsmitglieder – Median	3	3	4
Einkommen/Schulden			
Haushaltseinkommen – Median	1.300,- €	1.300,- €	1.400,- €
Höhe der Schulden – Median	4.500,- €	5.000,- €	4.000,- €
Arbeit/Erwerbslosigkeit			
Wochenarbeitsstunden der Interviewten – Median	20	20	20
Dauer der Erwerbslosigkeit (Pers., die bereits gearbeitet haben) – Median/Jahre	4,4	4,4	4,9
Zeit seit der letzten Bewerbung – Median/Jahre	0,3	0,4	0,3
Wohnen			
Wohnungsgröße, Quadratmeter	70,5	70,0	72,0
Quadratmeter pro Person	25,0	25,0	24,1
Wohnkosten pro Quadratmeter	7,74 €	7,78 €	7,67 €
Alter, ab dem das Wohngebiet für Kinder sicher ist	6	6	7
Freizeit/Netzwerke			
Fernsehkonsument der Kinder – Median/Std. pro Tag	1,8	1,9	1,8
Anzahl Kontakte zu Verwandten – Median	3,0	3,0	4,0
Anzahl Kontakte zu Freunden – Median	3,0	4,0	2,0
Anzahl Kontakte zu Nachbarn – Median	1,0	1,0	1,0
Anzahl Kontakte zu Notfallhelfern – Median	3,0	3,0	3,0
Anzahl Kinder auf letztem Kindergeburtstag – Median	5,0	5,0	3,5
Haushaltstyp			
Alleinerziehend	62,4 %	70,6 %	44,9 %
Gemeinsam erziehend	37,6 %	29,4 %	55,1 %

Tabelle: Strukturdaten der Haushalte ohne und mit Migrationshintergrund

* Der Median ist ein Maß der zentralen Tendenz. Er wird berechnet, indem man alle Messwerte in ihrer natürlichen Reihenfolge anordnet und daraufhin den mittleren Wert, der die Reihenfolge halbiert, ausählt.

Kontakt

Die vorliegende Veröffentlichung – „Wirksame Wege für Familien mit geringem Einkommen im Braunschweiger Land gestalten“ – wird vom Diakonischen Werk der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig e.V. in Zusammenarbeit mit der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz herausgegeben. Die Broschüre kann beim Diakonischen Werk Braunschweig bestellt werden.

Diakonisches Werk

der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig e.V.

Klostergang 66

38104 Braunschweig

Tel.: 05 31 / 37 03-132

Fax: 05 31 / 37 03-199

E-Mail: soziales@diakonie-braunschweig.de

Internet: www.diakonie-braunschweig.de

Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz

Haus der Braunschweigischen Stiftungen

Löwenwall 16

38100 Braunschweig

Tel.: 05 31 / 707 42-52

Fax: 05 31 / 707 42-33

E-Mail: raphaela.harms@sbk.niedersachsen.de

Internet: www.sbk-bs.de

Die Broschüre und die gesamten Auswertungen des mehr als zweijährigen Projekts „Handlungsorientierte Sozialberichterstattung für das Braunschweiger Land“ sind als **Download** (PDF-Dateien)

DW_Wirksame_Wege_Broschuere

Wirksame_Wege_Sozialdaten_Datenreader

Wirksame_Wege_Haushaltsbefragung_Grundauswertung

Wirksame_Wege_Haushaltsbefragung_Detailauswertung

Wirksame_Wege_Haushaltsbefragung_Auswertung_freie_Antworten

Wirksame_Wege_Akteursbefragung

auf der Internetseite des Diakonischen Werkes unter „Aktuelles“ zu finden.

Die Durchführung der Studie und die wissenschaftliche Verantwortung lagen bei der

Gesellschaft für Organisation

und Entscheidung (GOE), Bielefeld

Andreas Kämper

Ritterstraße 19

33602 Bielefeld

Tel.: 05 21 / 8 75 22 22

Fax: 05 21 / 8 75 22 88

E-Mail: goe@goe-bielefeld.de

Internet: www.goe-bielefeld.de

Spenden:

Diakonisches Werk Braunschweig,
Braunschweigische Landessparkasse,

Konto 202 630, BLZ 250 500 00

Verwendungszweck: Familienarmut



– Ob wir klarkommen? Schön, dass Sie uns fragen!

Mit großer Offenheit haben
mehrere Hundert Eltern mit
geringem Einkommen über ihre
Situation und die bestehenden
Probleme berichtet.

Wer nichts sagt, kann
nicht gehört werden.

SBK Stiftung
Braunschweiger
Kulturbesitz

Diakonie 